



COMMUNITY GARDENING TRIFFT COMMUNITY ORGANIZING

– Chancen einer konzeptionellen
Weiterentwicklung

Katholische Hochschule NRW

Abteilung Aachen

Fachbereich Sozialwesen

M.A. Soziale Arbeit

Schwerpunkt Bildung und Integration

**Masterthesis zur Erlangung des Grades
„Master of Arts“**

Vorgelegt von:

Janise Ebbertz (509510)

Rochusstraße 62

52062 Aachen

Lena Häfner (509457)

Gerolsteiner Straße 26

50937 Köln

Erstgutachterin:

Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker

Zweitgutachter:

Prof. Dr. Norbert Frieters-Reermann

Aachen, den 01.04.2016

Inhalt

1. Einleitung.....	6
2. Community Organizing.....	12
2.1 Definition	13
2.2 Historischer Hintergrund.....	16
2.2.1 Die Wurzeln des Community Organizing in den USA	17
2.2.2 Community Organizing kommt nach Deutschland und wird zur Gemeinwesenarbeit.....	19
2.2.3 Community Organizing innerhalb der Gemeinwesenarbeit.....	23
2.3 Prinzipien	24
2.3.1 Solidarität	25
2.3.2 Politische Partizipation.....	27
2.3.3 Teilhabe.....	28
2.3.4 Inklusion.....	29
2.3.5 Diversität	30
2.3.6 Menschenrechte	32
2.3.7 Gerechtigkeit.....	32
2.3.8 Empowerment.....	33
2.3.9 Netzwerk	34
2.3.10 Demokratie.....	35
2.3.11 Strategie und Taktik.....	38
2.3.12 Beziehungsaufbau	39
2.3.13 Macht	39
2.3.14 Konflikte	40
2.3.15 Öffentliche Beziehungen.....	41
2.3.16 Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung	41
2.3.17 Unterschicht, Mittelschicht und Eliten	43
2.4 Bestehendes Projekt: Die Bürgerplattform "Wir sind da! Wedding/Moabit"	44
2.4.1 Prinzipien	44
2.4.2 Arbeit mit geflüchteten Menschen.....	47
2.5 Grenzen und Herausforderungen	47
2.5.1 Community Organizing und neoliberale Stadtpolitik.....	48
2.5.2 Community Organizing und Soziale Arbeit	52

5.5 Konzeptziele.....	105
5.6 Methoden bezogen auf.....	109
5.6.1 ... die Stärkung des Individuums (Einzelfallarbeit).....	110
5.6.1.1 Empowerment.....	111
5.6.1.2 Sozialpädagogische Beratung.....	113
5.6.2 ...die Stärkung der Gemeinschaft (Gruppenarbeit).....	114
5.6.2.1 Gruppenpädagogik.....	115
5.6.2.2 Gruppendynamik.....	115
5.6.2.3 Erlebnispädagogik.....	117
5.6.2.4 Themenzentrierte Interaktion.....	118
5.6.3 ... Bildungsarbeit.....	120
5.6.3.1 Politische Bildung.....	120
5.6.3.2 Antirassistische Bildung.....	123
5.6.3.3 Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.....	124
5.6.4 ...die Stärkung des Gemeinwesens.....	125
5.6.4.1 Gemeinwesenarbeit.....	126
5.6.4.2 Die Bürgerplattform als Kernmethode des Community Organizings...	127
5.7 Vorgehensweise: Vom Projektstart zur Qualitätssicherung / Evaluation und Verstetigung des Projektes.....	131
5.8 Rahmenbedingungen und Voraussetzungen.....	134
5.9 Mögliche Kooperationspartner.....	140
5.10 Rolle der Fachkräfte und Anforderungen.....	141
6. Fazit.....	146
Quellenverzeichnis.....	163
Danksagung.....	179

1. Einleitung (Lena Häfner)

Community Gardening trifft Community Organizing. Zwei Begriffe, die sich stark ähneln. Der eine hat offensichtlich das Gärtnern, der andere das Organisieren zum Gegenstand. Beide beziehen sich auf die Community – die Gemeinschaft. Die Verknüpfung dieser beiden Ansätze im Rahmen einer konzeptionellen Weiterentwicklung im Bereich der Sozialen Arbeit bietet ein großes Potential im Hinblick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Inwiefern? Was beinhalten diese beiden Begriffe genau? Was hat das mit Sozialer Arbeit zu tun? Und wie soll so ein Konzept aussehen? Diese Fragen werden in den vorliegenden Ausführungen beantwortet. Doch zuerst ist zu klären, auf welche gesellschaftlichen Herausforderungen das Konzept reagiert und warum es heute besonders relevant ist.

Die Individualisierung und die Pluralisierung der Lebenslagen schreiten un-aufhörlich voran (vgl. Kron 2011, 444). Sie bedeuten einerseits eine zunehmende Entscheidungsfreiheit, aber andererseits auch die Auflösung von traditionellen Bindungen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird geringer, Milieus lösen sich auf. Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Vereine verlieren Mitglieder (vgl. Szyuka 2011, 5). Vor allem ältere Menschen sehen sich mit Isolation und Vereinsamung konfrontiert. Damit wird die aktive Gestaltung von Netzwerken immer wichtiger. Wer nicht zu produktivem Beziehungsmanagement in der Lage ist, dem droht die radikale Vereinsamung (vgl. Herriger 2014, 51). „Das ‚Soziale‘ (Bindungen, Freundschaften, Vertrautheiten) ist nicht mehr das selbstverständlich Gegebene.“ (ebd., 50) Öffentliche Räume, in denen Begegnung und Netzwerkbildung bedingungslos möglich sind, sind auch auf Grund einer zunehmenden Privatisierung und Ökonomisierung immer weniger gegeben oder an Konsum und wirtschaftliche Aspekte geknüpft (vgl. Klose 2012). Neue Formen und Orte der Gemeinschaftsbildung sind gefragt.

Die Politikverdrossenheit nimmt, einhergehend mit einer großen Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungsprozessen und Intransparenz, zu (vgl. Szyuka 2011, 5). Der politische Diskurs und die Suche nach Kompromissen

werden als zu anstrengend empfunden. Viele Menschen enthalten sich immer mehr der Politik und flüchten ins Private. Diese Entwicklung schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bedroht letztlich die Grundlagen der Demokratie (vgl. ebd.). Roth spricht von einer "Krise der Demokratie" (Roth, 2011, 14ff.). Die Politik scheint auf Grund von ökonomischen Abhängigkeiten häufig handlungsunfähig, deshalb sind kreative und utopisch erscheinende Lösungen und Entwürfe von unten gefragt, die Politiker zum Umdenken zwingen (vgl. Szyka 2011, 5). Als Lösungen für drängende gesellschaftliche Probleme werden derzeit häufig bürgerschaftliches Engagement und Selbstverantwortung beschworen (besonders bei Klimaschutz, Integration und demographischen Entwicklungen) (vgl. Szyka 2011, 5). Dessen Kehrseite ist die Bürgeraktivierung, bei denen sich der Staat aus der Verantwortung zieht, zum Beispiel in Programmen wie "die Soziale Stadt" (vgl. ebd.).

Tatsächlich stand und steht jeder Gesellschaft vor dem Problem, eine Struktur für die Regelung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten zu entwickeln, also Politik zu organisieren - und diese politische Struktur den Gesellschaftsmitgliedern, insbesondere der jungen Generation, in Lernprozessen zu vermitteln. (Sanger 2005, 13)

Community Organizing ist im Wesentlichen politische Bildungsarbeit (vgl. Szyka 2011, 4). Es könnte als Strategie dazu geeignet sein, die in Deutschland bestehenden Tendenzen der fortschreitenden Entpolitisierung und die Flucht ins Private zu stoppen beziehungsweise umzukehren (vgl. ebd.).

Auch die Flüchtlingsthematik stellt die deutsche Gesellschaft derzeit vor eine große Herausforderung. Die Frage nach Integration - oder besser nach Inklusion, auch jenseits von Erwerbstätigkeit, steht im Raum. Vor allem jetzt, da viele Menschen nach Deutschland fliehen, ist die Inklusion ein drängendes Thema. Menschen müssen miteinander in Kontakt kommen, sich kennen lernen, um auf der einen Seite Vorurteile abzubauen und sich auf der anderen Seite zugehörig zu fühlen. Dabei sind fehlende Sprachkenntnisse häufig ein Hindernis. Gemeinsame Aktivitäten bieten eine Möglichkeit dieses Hindernis zu überwinden und Kontakt aufzubauen. Wie spä-

ter aufgezeigt wird, bieten Gemeinschaftsgärten dafür eine Vielzahl an Möglichkeiten. Über das gemeinsame Tun können schließlich die Sprachkenntnisse verbessert werden.

Politische Partizipation und das Gefühl, die eigene Umwelt mitgestalten zu können, zunächst im kleineren und schließlich im größeren Rahmen, sind für alle Menschen von hoher Bedeutung für die eigene Lebensqualität – auch für Menschen mit Fluchthintergrund. Es gilt ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv zu sein und etwas zu gestalten, wodurch ihnen zumindest im begrenzten Umfang das Gefühl gegeben werden kann, für sich selbst sorgen zu können.

Einher mit der Flüchtlingsthematik geht eine zunehmende Äußerung und Legitimierung rechter Meinungen in der Gesellschaft. Das zeigen nicht nur die Ergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt im März 2016, aus denen die rechtspopulistische Alternative für Deutschland als starke Partei hervorging. Auch die Zahl der rechten Straftaten ist in letzter Zeit stark angestiegen (vgl. Jansen 2015). Rechte Einstellungen sind häufig Ausdruck eines Gefühls von Unsicherheit und Orientierungslosigkeit, der Schwierigkeit die zunehmende Komplexität der globalisierten und sich immer schneller verändernden Welt zu verstehen (vgl. Zick 2004, 268ff.). Die Medien sind scheinbar nicht mehr in der Lage komplexe Realitäten angemessen darzustellen (vgl. Szyka 2011, 5). Hinzu kommt eine zunehmende Angst vor Terroranschlägen und vor dem eigenen sozialen Abstieg. Gleichzeitig wächst die Schere zwischen Arm und Reich weiterhin (vgl. Gammel/Öchsner 2016). „Die Desintegration ist anfällig für Ideologien, die vermeintlich die Desintegration aufhalten.“ (Zick 2004, 268 ff.) Hinter diesen Gefühlen steht vermutlich der Wunsch nach dem Erfahren von Gemeinschaft, nach Sicherheit, Identität, Anerkennung und Überschaubarkeit, nach als sinnvoll erlebten Tätigkeiten, nach dem Gefühl, selbst etwas verändern zu können und in der Hand zu haben.

Neoliberale Regierungsstrategien geraten zunehmend in die Kritik. „Die neoliberale Globalisierung richtet die Welt zu Grunde!“ – so kann die Grundeinstellung der Neoliberalismus- und Globalisierungskritiker beschrieben

werden (vgl. bpb 2003, 80). Zusammengefasst bedeutet Neoliberalismus die Zurückdrängung des Staates und die Stärkung des Marktes und des Wettbewerbs. Damit einher geht die Liberalisierung der Märkte, die Deregulierung bislang staatlich regulierter Wirtschaftsbereiche sowie die Privatisierung von Unternehmen und Dienstleistungen, auch im Bereich der Sozialen Arbeit, die bislang vom Staat betrieben wurden (vgl. ebd.). „Alles sollte der Konkurrenz und dem Markt unterworfen werden.“ Unter gleich Starken können solche Strategien nützlich Effekte haben. Doch zwischen Ungleichheiten, wie zwischen den westlichen Industrieländern und den südlichen Entwicklungsländern, aber auch innerhalb eines Landes kann dieses Denken viel Schaden anrichten und Ungleichheiten drastisch verstärken.

Der Kommunitarismus gilt als Gegenbewegung zu solchen bis hierher beschriebenen Tendenzen verknüpft mit einer zunehmenden „Ellenbogen-Mentalität“. Er setzt in seinem Kern auf Werte der Gemeinschaft und der sozialen Kohäsion (Herriger 2014, 51).

[Kommunitarismus] bezeichnet eine sozial-philosophische Lehre, die sich gegen die Tendenz zum (Hyper-)Individualismus stellt, für eine Erneuerung gemeinsamer Werte eintritt und damit (wieder) ein Fundament für eine gerechte politische Ordnung schaffen will. Mit dem Postulat, dass dem gemeinsamen durch sozialen Austausch geschaffenen Guten höhere Priorität zukommt als dem (kurzfristigen) individuellen Interesse, fordert der K. eine Rückbesinnung auf urdemokratische [...] Werthaltungen. (bpb 2016)

Der Kommunitarismus ist eng mit der Transition-Town-Bewegung und dem Community Gardening verknüpft, welche im dritten Kapitel ausführlich dargestellt werden. Community Gardens entstehen in immer mehr Städten Deutschlands. „In Gemeinschaftsgärten wird gemeinschaftlich und ehrenamtlich eine (urbane) Fläche als Garten [...] gestaltet, wobei das Engagement auf Freiwilligkeit beruht und der geschaffene Ort [...] auch für andere öffentlich zugänglich ist.“ (Madlener 2009, 93-94)

Menschen müssen einen Ort haben, von dem aus sie gemeinsam, dabei aber ihre Vielfalt bewahrend, eine lebenswerte und gerechte Gesellschaft kreativ, ja auch spielerisch entwerfen können. Damit die Vision beflügelt und nicht als scheinbar unerreichbar entmutigt, damit Entwürfe wenigstens teilweise in die Realität umgesetzt werden können, brauchen Menschen handlungsfähige Institutionen, die aus der Mitte der Gesellschaft heraus die Ressource der Solidarität organisieren, die sich gegenüber den Kräften des Staates und der Wirtschaft behaupten können. (Penta 2007, 14)

Durch die Verknüpfung von Community Gardening und Community Organizing im Rahmen der Sozialen Arbeit wird ein Konzept erstellt, welches einen eben solchen Ort - ein „ganzheitlichen Draußen-Stadtteilzentrum“ - entstehen lässt.

Im zweiten Kapitel wird zunächst das Community Organizing als Ansatz einer kritischen Sozialen Arbeit, der eng mit der Gemeinwesenarbeit verbunden ist, vorgestellt. An erster Stelle steht eine Definition (2.1), darauf folgt die Darstellung des historischen Hintergrunds ausgehend von den amerikanischen Wurzeln bis zur heutigen Theorie und Praxis (2.2). Die wichtigsten Prinzipien des Community Organizings werden unter Punkt 2.3 beschrieben. Unter Punkt 2.4 wird die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Berlin-Wedding/Moabit als Praxisbeispiel des Community Organizings mit besonderem Bezug zur Arbeit mit geflüchteten Menschen vorgestellt. Als kritische Reflexionshilfe werden am Ende des zweiten Kapitels die Grenzen des Community Organizings dargestellt (2.5), zu welchen auch die teilweise Anschlussfähigkeit an und Vereinnahmung durch neoliberale Regierungslogiken zählt.

Im dritten Kapitel steht das Community Gardening im Zentrum. Wieder findet sich am Anfang die Definition (3.1), gefolgt vom historischen Hintergrund (3.2) und einer Bezugnahme auf die Transition-Town-Bewegung als wichtigen Entstehungshintergrund des Community Gardenings (3.3). Auch für das Community Gardening werden die wichtigsten Prinzipien (3.4) sowie drei Praxisbeispiele aus Aachen, Berlin und Göttingen vorgestellt (3.5). Unter Punkt 3.6 finden sich wiederum die Grenzen und Herausforderungen des Ansatzes. Zuletzt wird das Community Gardening im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ kritisch reflektiert.

Im vierten Kapitel wird ein Zwischenfazit gezogen. An dieser Stelle werden die beiden Ansätze Community Organizing und Community Gardening in Verbindung zueinander gebracht und die Möglichkeiten der gegenseitigen Ergänzung und Bereicherung erläutert.

Hierbei wird die Argumentationsgrundlage für den im fünften Kapitel präsentierten Konzeptentwurf für die Soziale Arbeit gelegt. Darin werden Überlegungen zu dem möglichen Umsetzungsort Aachen-Preuswald, zum Vorhaben und der Idee, theoretischen Grundlagen, Zielgruppe, Zielen, Methoden, Vorgehensweisen, Rahmenbedingungen, Kooperationspartnern und Anforderungen an die Fachkräfte vorgestellt.

Abschließend werden im Fazit politische Forderungen, Herausforderungen und Forschungsbedarfe diskutiert sowie die wichtigsten Erkenntnisse noch einmal zusammengefasst.

Anmerkung zur Partnerarbeit: Im Inhaltsverzeichnis sowie bei den Kapitel-Überschriften ist jeweils angegeben, wer welches (Unter-)Kapitel formuliert hat. Die Idee und der Aufbau der vorliegenden Arbeit sowie die jeweiligen Inhalte der Unterkapitel wurden, im fünften Kapitel besonders intensiv, gemeinsam im ständigen Austausch entwickelt.

2. Community Organizing (Lena Häfner)

Die Definition des Begriffs Community Organizing weist mehrere Fallstricke auf, da sich in einigen Aspekten Unschärfe zeigt. So sind die Begriffe Community Organizing, Gemeinwesenarbeit, Sozialraumorientierung und Quartiersmanagement theoretisch und historisch eng miteinander verwoben, nicht immer klar voneinander zu trennen und werden mit jeweils unterschiedlichen Bedeutungen und Ausprägungen verwendet. Ursprünglich entwickelte sich - wie später im Kapitel 2.2 zum historischen Hintergrund ausführlicher dargestellt wird - die deutsche Gemeinwesenarbeit aus dem amerikanischen Community Organizing. Community Organizing war in den USA nicht Teil der Sozialen Arbeit, sondern tendenziell ein eigenständiger Bereich. In Deutschland wurde Community Organizing größtenteils über die Soziale Arbeit verbreitet und floss in die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit ein, ohne dass sich zunächst eine eigene Praxis des Community Organizing entwickelte (vgl. Penta 2011, 154).

Mittlerweile versucht Community Organizing sich an mehreren Stellen von der Sozialen Arbeit zu lösen, wie in Kapitel 2.5 ausgeführt wird. Im Folgenden wird Community Organizing jedoch weiterhin der Gemeinwesenarbeit im Rahmen einer kritischen Sozialen Arbeit zugeordnet. Der Begriff und Gegenstand der Gemeinwesenarbeit ist außerordentlich komplex und weitgefächert; mal bezeichnet er ein Arbeitsprinzip, mal ein disziplinübergreifendes Handlungsfeld, mal die dritte Methode der Sozialen Arbeit, mal ein systemkritisches Instrument zur Aufdeckung von Widersprüchen und Konflikten (vgl. Schreier 2011, 1). Im Kapitel 2.2 „Historischer Hintergrund“ wird sie näher erläutert.

Community Organizing wurde während des Aufbaus der Fachhochschulbildung zur Sozialen Arbeit in Deutschland und wird auch aktuell als radikaler Teil der Gemeinwesenarbeit angesehen (vgl. Forum Community Organizing 2016). Es entwickelte sich ein fundierteres, konkreteres und konsequenteres Handlungsfeld. Deshalb wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff „Community Organizing“ verwendet. Allerdings meint auch Community Organizing nicht immer das Gleiche. So weist Robert Maruschke darauf

hin, dass es eher liberale und transformative Ausprägungen gibt (vgl. Maruschke 2014, 8 ff.). Hierauf wird in Kapitel 2.5 weiter eingegangen.

Zunächst folgt die Definition des Begriffs Community Organizing (2.1). Daraufhin wird der historische Hintergrund des heutigen Community Organizing dargestellt (2.2). Damit einher geht eine Klärung der Unterschiede und Zusammenhänge zwischen Community Organizing und Gemeinwesenarbeit und deren Verortung innerhalb der Sozialen Arbeit. Im Anschluss werden die herausgearbeiteten Prinzipien des Community Organizing ausführlich erläutert (2.3). Zur Darstellung der praktischen Arbeit innerhalb des Community Organizing folgt ein Beispiel einer bestehenden Bürgerplattform (2.4). Unter Punkt 2.5 folgt abschließend eine kritische Betrachtung des Community Organizing und das Aufzeigen bestehender Grenzen und Herausforderungen. Die Bürgerplattform als zentrale Methode des Community Organizing wird erst im fünften Kapitel im Rahmen des Konzeptentwurfs vorgestellt.

2.1 Definition (Lena Häfner)

Vereinfacht lässt sich Community Organizing als aktivierende Beziehungsarbeit zum Aufbau von Bürger-Organisationen [Bürgerplattformen] definieren, etwa in einem benachteiligten Stadtteil. Community Organizing verfolgt das Ziel, Bürgerinnen und Bürger zusammen zu bringen, damit diese für ihre eigenen Interessen eintreten und eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen u. ä. durchsetzen. Dies kann nur gelingen, wenn Bürgerinnen und Bürger Macht (Power) gewinnen; deshalb will Community Organizing möglichst viele Menschen und Gruppen zusammenbringen. (Forum Community Organizing e.V. 2016)



(Forum Community Organizing e.V. 2016)

Zum einen sollen also Machtbeziehungen verändert werden, "so dass die Menschen [...] sich nicht mehr als ohnmächtig erfahren und den Inhabern von Machtpositionen `auf gleicher Augenhöhe` gegenüberreten" (Forum Community Organizing e.V. 2016). Zum anderen soll die Lebenslage von Menschen aus den mittleren und unteren Schichten, vor allem im lokalen Zusammenhang, konkret verbessert werden (vgl. ebd.).

Community bezeichnet die soziale Dimension einer Nachbarschaft, eines Quartiers, eines Stadtteils, einer Stadt, einer Region, einer bestimmten Bevölkerungsgruppe mit gemeinsamen Interessen oder Lebenssituationen (vgl. ebd.).

Mit Community ist zugleich auch ein Bewusstsein und die Erfahrung von Gemeinsamkeit und „Gemeinschaft“ gemeint. Das bedeutet einerseits geteilte Werte (z.B. Menschenrechte für alle, Gerechtigkeit, Toleranz), andererseits eine Vielfalt von Alter, Herkunft, Geschlecht, Glaubensrichtungen, Lebensvorstellungen, um mit den ja durchaus unterschiedlichen Interessen des lokalen Umfelds zu korrespondieren. Community bedeutet nicht, dass eine Gleichförmigkeit des Denkens angestrebt wird, wohl aber, dass man gemeinschaftlich handlungsmächtig wird. (ebd.)

Organizing beinhaltet den formalen Anteil, wie Satzung, Geschäftsordnung, Büro, Ordnung der Finanzen, Mitarbeiterstruktur, Treffen und Entscheidungsstrukturen.

Spezifischer ist aber bei Community Organizing der soziale und Kommunikationsprozess: Aufbau von handlungsmächtigen öffentlichen Beziehungen, Entwicklung und Förderung von Führungspersonen, Herausfinden von Themen (Issues), die gezielt angegangen werden, Machtanalyse, Entwicklung von Strategien und Taktiken, Durchführung und Auswertung von Aktionen und Kampagnen, Fundraising. (ebd.)

Der Doppelbegriff Community Organizing hat etwas Hybrides. Er verweist einerseits auf das traditionell Gemeinschaftliche, nach dem sich viele Menschen - vor allem in einer fremden Umgebung - sehnen, andererseits bezieht er Organisieren mit ein. Organisieren ist hingegen nichts Urwüchsiges, Gefühlsmäßiges, sondern etwas Absichtsvolles, das Notwendigkeiten anerkennt (Szynka 2011, 6). Daraus lässt sich ein Auftrag von Community Organizing formulieren: "Den Menschen soll ein Übergang aus ihren traditionellen, nationalen Gemeinschaften in die moderne offene Gesellschaft ermöglicht werden." (ebd.)

Zentrale Merkmale des Community Organizings sind (vgl. Penta 2007b, 106):

- eine breite, aufgrund öffentlicher Interessensbeziehungen angelegte Basis von Gruppen und Organisationen über sozioökonomische und ethnische Trennlinien hinaus,
- finanzielle, parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit,
- Selbstinitiative und -organisation vor Ort,
- der Aufbau einer nachhaltigen Plattform, die langfristig planen und wirken kann,
- selbst erarbeitete Themenvielfalt und Lösungsvorschläge für strukturelle Probleme,
- hartnäckige und erfolgsorientierte Handlungsfähigkeit, die sowohl auseinandersetzungsfähig als auch kompromissbereit ist.

Im Rahmen des Community Organizings werden keine Dienstleistungen oder Projekte angeboten, sondern man setzt sich für praktikable Lösungen struktureller Probleme im Gemeinwesen ein (vgl. Penta 2011, 153). Community Organizing ist ein Handlungsansatz zur Stärkung einer politisch handlungsfähigen Bürger- und Zivilgesellschaft, als ebenbürtiger Gegenüber zu den anderen beiden Säulen des Gemeinwesens Staat und Markt (vgl. ebd.). Es baut durch die Errichtung von Bürgerplattformen lösungsorientierte, zivilgesellschaftliche Partizipation auf breiter gesellschaftlicher Basis von unten auf (vgl. ebd.). Wie genau Bürgerplattformen aufgebaut werden, wird im Konzeptentwurf unter dem Punkt "Methoden" näher erläutert (Kapitel 5.6). Community Organizing zielt darauf, Menschen zu befähigen, ihr eigenes Leben, das gesellschaftliche Zusammenleben und damit das öffentliche Leben wieder gemeinsam mit anderen zu gestalten, gegebenenfalls zu verändern und zu entwickeln, das heißt persönlich und öffentlich-politisch handlungsfähig zu werden (vgl. ebd.) Community Organizing wendet sich überwiegend, aber nicht ausschließlich an Menschen, die selbst- oder fremdverursacht von Teilnahme und -gabe ausgeschlossen sind.

Praktisch gesehen liegt die einzige Hoffnung für den wirklichen Fortschritt von Minderheiten darin, Verbündete innerhalb der Mehrheit zu suchen und die Mehrheit selbst zu einem Teil der nationalen Bewegung für soziale Veränderung zu machen. (Alinsky 2007, 22)

Wichtig zu betonen ist deshalb, dass Community Organizing sich grundsätzlich an alle Menschen richtet und Inklusion und Begegnung anstrebt. Es ist auf die Mitarbeit von vielen Freiwilligen und die Koordination durch professionelle Community Organizer_innen angewiesen (vgl. Penta 2011, 153).

Leo Penta etabliert Community Organizing seit 1997 zunehmend in Deutschland. Er bezeichnet Community Organizing als eine neue Form des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Penta 2007a, 7). Seine früheren Erfahrungen mit Community Organizing hatte er in Brooklyn und Philadelphia gemacht:

Ich hatte miterlebt, wie Menschen, die weder Profis noch Funktionäre sind, einem beinahe zerstörten Stadtteil die medizinische Versorgung verbessern, die Kriminalität erfolgreich bekämpfen, ganze Wohnviertel neu bauen. Mit den vereinten Kräften ihrer Organisationen und Gruppen gingen sie hartnäckig und kompetent konkrete Themen an und setzen Lösungen für tiefgreifende Probleme in ihrer Stadt um. Sollte dies nicht überall möglich sein, wo sich Menschen zu einer unabhängigen, zivilgesellschaftlichen Plattform zusammenschließen und von dort aus gemeinsam öffentlich-politisch handeln? (Penta 2007a, 7)

Robert Maruschke kritisiert, dass Community Organizing sich trotz seines oben beschriebenen radikaleren Ansatzes häufig instrumentalisieren lässt.

Indem bürgerschaftliches Engagement aktiviert und individuelle Kompetenzen ausgebaut werden, will dieser Ansatz von Community Organizing die jeweiligen Lebensumstände verbessern, ohne den aktuellen Status Quo in Frage zu stellen. (Maruschke 2014, 8)

Im Kapitel 2.5 „Grenzen und Herausforderungen“ wird dieser kritische Blickwinkel noch einmal aufgegriffen.

2.2 Historischer Hintergrund (Lena Häfner)

Zunächst werden nun die Wurzeln des Community Organizings in den USA dargestellt. Anschließend wird beschrieben, wie Community Organizing nach Deutschland kam und zur Gemeinwesenarbeit wurde. Schließlich folgt die Beschreibung, welche Stellung Community Organizing heute innerhalb der Gemeinwesenarbeit in Deutschland hat.

2.2.1 Die Wurzeln des Community Organizing in den USA

Die Wurzeln des Community Organizings liegen vorwiegend in den USA. Sozialarbeit insgesamt und Community Organizing waren die Antwort auf massive gesellschaftliche und soziale Probleme in Folge der Industrialisierung ab 1865:

Katastrophale Arbeitsbedingungen, Immigration aus dem Ausland und Verstädterung ließen die Großstädte der USA explosionsartig anwachsen. Versammlung ganzer Wohngebiete, Verarmung großer Teile der Bevölkerung, ethnische Konflikte und Rassendiskriminierung traten in aller Deutlichkeit in Erscheinung. (Mohrlock et al. 1993, 23)

Der Staat fühlte sich für diese Problemlagen entsprechend seiner Wächterrolle und des damaligen amerikanischen Armenfürsorgesystems nicht verantwortlich (vgl. ebd., 23). An Stelle des Staates begannen Freiwillige, überwiegend Frauen aus mittleren und hohen Einkommensschichten, private Wohltätigkeitsvereine zu gründen und sich den Armen zuzuwenden. Um die verschiedenen Vereine innerhalb eines Stadtteils zu koordinieren, entstanden sogenannte Charity Organization Societys (vgl. Mohrlock et al. 1993, 23). Ihr Ziel war es systematische Hilfeleistungen zu etablieren und die Armut so langfristig zu bekämpfen (vgl. ebd.). Dabei spielten weniger materielle Hilfen eine Rolle als viel mehr den Armen moralische Ratschläge zu erteilen, da zu dieser Zeit in diesen Kreisen die Ursache von Armut in individuellen Unzulänglichkeiten gesehen wurde (vgl. ebd.). Erst nach heftiger Kritik aus progressiven und kirchlichen Kreisen und auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen wurden schließlich auch strukturelle Ursachen für die Armut in den Blick genommen, was zu einer Professionalisierung der Charity Organization Societys führte (vgl. ebd.). Diese legten den Grundstein für das spätere Community Organizing, weil sie die Notwendigkeit erkannten, die Wohlfahrtstätigkeit auf Stadtteilebene zu organisieren (vgl. Mohrlock et al. 1993, 24).

Neben den Charity Organization Societys war die Settlement-Bewegung einer der ersten Vorreiter des Community Organizings. Sie entstand aus der reformerischen und wohltätigen Aktivität von Menschen, wiederum überwiegend Frauen der gebildeten Ober- und Mittelschicht, in Slumgebieten der US-Großstädte Ende des 19. Jahrhunderts (vgl. Morlock et al. 1993, 39).

Gemeinsam war [ihnen] der Glaube an die Demokratie, die sie so lange als unvollkommen betrachteten, als es die Armen in den Slums gab, denen jegliche politische und gesellschaftliche Teilhabe [...] versagt war. (Mohrlock et al. 1993, 24)

Ihr Ziel war das Wecken von Selbsthilfekräften, denen der Rahmen zu ihrer Entwicklung fehlte, mit kulturellen Angeboten, Einflussnahme auf struktureller Ebene und Unterstützung von politischen Alternativen (vgl. Mohrlock et al. 1993, 24). Der Prototyp eines amerikanischen Settlements war das von Jane Adams und Ellen Gates Starr gegründete Hull-House in Chicago (vgl. Spitzenberger 2011, 6). Aus den Kreisen der sozialen Reformbewegungen wie der Settlement-Bewegung kamen Impulse zur Errichtung von basisdemokratisch organisierten Community Centers, die Raum zur Zusammenkunft, der teilweise in gegenseitigem Konflikt stehenden Gruppen des Stadtteils boten, um Vorurteile abzubauen und konstruktiv für den Stadtteil zusammen zu arbeiten. Der Schwerpunkt lag auf Veranstaltungen zu Angelegenheiten im Stadtteil. Das politische Potential war jedoch auf Grund der öffentlichen Finanzierung eher gering (vgl. Mohrlock et al. 1993, 25).

Saul D. Alinsky (1909 - 1972) wird häufig als der wichtigste Begründer von Community Organizing in den USA bezeichnet und entwickelte in den 1930er und 40er Jahren einen radikal-demokratischen Ansatz von Community Organizing. Alinsky war mit seinen Eltern aus Russland in die USA emigriert und wuchs in einem Ghetto auf (vgl. Szyka 2014, 11). Er geht in seiner Arbeit von einem Verständnis des Ghettos aus, das aus ökonomischen Gründen und aus der Notwendigkeit nachbarschaftlicher Hilfe in einer Einwanderungsgesellschaft gebildet wird und eine Geisteshaltung darstellt, welche die Menschen beengen kann, die aber auch zu überwinden ist (vgl. Szyka 2014, 12).

Er schreibt:

Nachdem die Immigranten und ihre Kinder sich eine Zeit lang in diesen kulturellen Kokons entwickelt haben, in ihren Köpfen amerikanische Informationen und Einstellungen aufgenommen haben und in ihren Taschen amerikanisches Geld, kommen sie hervor, breiten ihre Flügel aus und machen sich auf den Weg in die amerikanische Gesellschaft. (Szyka 2014, 12)

Ausgehend von seiner Arbeit mit kriminellen Jugendlichen, beginnt er deren Eltern in einem vernachlässigten Stadtteil von Chicago zu organisieren, bezieht dabei aber größtenteils Vorsitzende von Vereinen und Organisationen

ein, um die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber übermächtigen Arbeitgebern durchzusetzen (vgl. Szyuka 2014, 13). Er führt später einen Kampf gegen den Untertanengeist und die darin beschlossene Sklavenmentalität, organisiert vornehmlich schwarze Bürger_innen im Chicagoer Stadtteil Woodlawn und hilft ihnen sich selbst zu organisieren und Führungspersönlichkeiten auszubilden. Damit wird er Wegbereiter der Bürgerrechtsbewegung in Chicago (vgl. ebd.).

Von diesen Wurzeln aus entwickelten sich zwei unterschiedliche Ausprägungen des Community Organizings. Auf der einen Seite lag der Schwerpunkt im Rahmen von Community Organizing als Methode von Social Work auf der Koordination und dem Ausbau sozialer Dienstleistungen (vgl. Mohrlock et al. 1993, 39). Auf der anderen Seite galt Community Organizing außerhalb von „Social Work“ als Aktionsfeld bürgerschaftlichen Engagements auf Stadtteilebene, mit dem Ziel innerhalb einer Community eine Organisation aufzubauen, durch die sie ihre Lebensverhältnisse verbessern kann (vgl. ebd.). Dieses Verständnis von Community Organizing liegt dieser Arbeit zu Grunde.

Community Organizing wurde in den 60er Jahren als dritte Methode von „Social Work“ neben Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit anerkannt. Ende der 60er Jahre begannen sich aggressivere und radikalere Konzepte durchzusetzen. Diese wurden zum Ausgangspunkt für die Rezeption von Community Organizing in der Bundesrepublik Deutschland.

2.2.2 Community Organizing kommt nach Deutschland und wird zur Gemeinwesenarbeit

Die Soziale Arbeit in Deutschland war nach 1945 neben der Umerziehung zu Demokratie und Pluralismus durch eine große Orientierungslosigkeit geprägt (vgl. Mohrlock et al. 1993, 40). Eine Neuorientierung sollte unter anderem durch USA-Austausche entstehen. So wurden zwar viele amerikanische Methoden übernommen, die Aneignung geschah jedoch oberflächlich, da man sich wenig mit den theoretischen Hintergründen und Grundlagen befasste (vgl. ebd.).

1951 gab es eine Veröffentlichung von Hertha Kraus zu Community Organizing als ehrenamtliches Engagement von Bürger_innen mit gemeinsamen Anliegen - in der Regel ging es um die Beseitigung eines Notzustandes. Sozialarbeiter_innen wurden dabei als Spezialist_innen gesehen, die eine sinnvolle Herangehensweise garantieren sollten. Diese Veröffentlichung fand zu dieser Zeit jedoch wenig Beachtung, da die Soziale Arbeit noch mit der Übernahme von Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit beschäftigt war (vgl. ebd.). Erst durch die "International Conference of Social Work" 1962 entstand ein breiteres Interesse an Community Organizing in Deutschland. Hierfür wurde anschließend der Begriff Gemeinwesenarbeit gebraucht (vgl. ebd., 41). Bis 1966 galt die ausländische Praxis noch als Beispiel, es wurden aber kaum Projekte in Deutschland realisiert. Gemeinwesenarbeit wurde zunächst als vorbeugende Wohlfahrtsplanung unter Beteiligung der Betroffenen und als integrative Kraft verstanden (vgl. Mohrlock et al. 1993, 42). Auf Grund der wirtschaftlichen Depression und damit verbundenen zunehmenden sozialen Problemen in 1967/68 nahm das Interesse an Gemeinwesenarbeit mit einem größeren Schwerpunkt auf einer Gesellschaftskritik zu (vgl. Mohrlock et al. 1993, 43).

Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit wurden mittlerweile als unzureichend empfunden und Gemeinwesenarbeit als Chance zur Überwindung struktureller Ursachen sozialer Probleme gesehen (vgl. ebd.). Die eigene Theorieentwicklung in der BRD begann. Gemeinwesenarbeit wurde zunächst nur als partizipatorische Wohlfahrtsplanung verstanden, aggressivere Ansätze konnten nicht mit einer "konservativen, das kapitalistische System stützenden Funktionsbestimmung von Sozialer Arbeit in Einklang gebracht werden" (Mohrlock et al. 1993, 43). Diese Funktionsbestimmung war die sozialpädagogische Intervention zur Versöhnung der Opfer des ökonomischen Systems mit ihrer Umwelt über verschiedene Formen von individuellen Hilfen, mit dem Ziel der Anpassung der Betroffenen an die Strukturen, unter denen sie zu leiden haben (vgl. ebd.). Der Fokus lag auf der partiellen Verbesserung sozialer Missstände statt Veränderungen auf struktureller Ebene voran zu treiben (vgl. ebd.). Diese oberflächliche Rezeption der Gemeinwesenarbeit in BRD war der Grund für ihre Schwierigkeiten in Deutschland (vgl.

Mohrlock et al. 1993, 43). “Entscheidende Impulse bekam die Rezeption dieses Beteiligungsansatzes in den 1970er Jahren durch die internationale Studenten-, Friedens- und Umweltbewegung.” (Szynka 2011, 5)

Zwischen 1966 und 1975 erlebte die Gemeinwesenarbeit in Deutschland ihren Höhepunkt. Es entstand eine generelle Suche nach Reformen und ein Wille, Veränderungen durchzuführen, woraufhin sich viele Initiativen gründeten (vgl. Mohrlock et al. 1993, 44). Gemeinwesenarbeit wurde zunehmend als Arbeitsprinzip und als Bezugsrahmen der Sozialen Arbeit verstanden (vgl. Mohrlock et al. 1993, 49).

Die methodische Ausdifferenzierung und Spezialisierung innerhalb der Sozialen Arbeit, zum Beispiel in Beratung, Pädagogik etc., führte zur Individualisierung von Problemlagen, größere Zusammenhänge wurden weniger berücksichtigt. Daraus entstand der Wunsch, diese Begrenztheit durch die Orientierung an Kooperationen wieder aufzulösen, was sich aber als schwierig erwies (vgl. ebd.). Die Orientierung an Gemeinwesenarbeit, auch im Sinne einer Lebensweltorientierung, hatte das Ziel einer “Effektivierung ihres bis dahin als isoliert und unzulänglich empfundenen Handelns” (vgl. ebd.). Die Fachdiskussionen kreisten stärker um die “Politisierung des Alltags und der Sozialarbeit” (vgl. ebd., 44). Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit erschienen hierbei nicht mehr als ausreichend, da die Ursachen für die Probleme im kapitalistischen System gesehen wurden und Staat und Kommunen Strategien zur Konfliktregulierung im aufgeheizten sozialen Klima finden mussten (vgl. ebd.). Der Blick auf die Funktion der Sozialen Arbeit wurde kritischer, ihr wurde eine doppelte politisch-ökonomische Funktion zugeschrieben. Sie sollte den Preis der Ware Arbeitskraft drücken und das Proletariat durch permanente Konkurrenz mit industrieller Reservearmee disziplinieren (vgl. ebd.). Orientiert an Specht und Alinsky sollte Gemeinwesenarbeit nun zur Veränderung struktureller und materieller Verhältnisse beitragen. Dabei wurden konfliktorientierte und aggressivere Konzepte favorisiert. Wichtige Prinzipien waren dabei die Parteilichkeit für die Betroffenen statt einer Vermittlerrolle, die Selbstorganisation der Betroffenen (Arbeit mit statt für!), die Konfliktorientierung und die politische Orientierung der Gemeinwesenarbeit (vgl. Mohrlock et al. 1993, 45). Mit dieser Ausrichtung

war die Gemeinwesenarbeit häufig gegen die öffentliche Verwaltung gerichtet, wodurch ein Dilemma zwischen den Sozialarbeiter_innen und den Anstellungsträgern entstand (vgl. Mohrlock et al. 1993, 45). Auch auf Grund dessen konnten sich diese Ansätze in der Praxis häufig nicht durchsetzen, sodass ab Mitte der 70er wieder deutlich weniger Interesse an Gemeinwesenarbeit bestand (vgl. ebd., 46). 1973/1974 kam es zu einer weiteren wirtschaftlichen Krise, woraufhin es starke Sozialkürzungen gab, viele Projekte starben und weniger konfliktorientierte blieben (vgl. ebd., 47). Es verbreitete sich ein anderes Verständnis von Gemeinwesenarbeit; die katalytische Gemeinwesenarbeit nach Hauser und Hauser war eine Synthese der bestehenden Ansätze (vgl. ebd.). Hierbei ging es orientiert am Ideal der herrschaftsfreien Gesellschaft um die Aktivierung der Betroffenen und die Partizipation zur Gestaltung und Verbesserung der Lebensumstände mit dem Ziel "innerhalb bestehender Strukturen Veränderungen voranzutreiben" (ebd.).

Schließlich verfasste Dieter Oelschlägel eine weit verbreitete und in Sozialarbeitskreisen häufig diskutierte Grundlegung der Gemeinwesenarbeit (vgl. Mohrlock et al. 1993, 50), welche im fünften Kapitel als Methode des entworfenen Konzepts dargestellt wird.

Die Zielvorstellung der Gemeinwesenarbeit formulierte er wie folgt (vgl. Mohrlock et al. 1993, 5): Gemeinwesenarbeit muss Beiträge zur tendenziellen Aufhebung und Überwindung von Entfremdung leisten, also die Selbstbestimmung handelnder Subjekte ermöglichen. Gemeinwesenarbeit ist insofern als Befreiungsarbeit zu verstehen, als sie die unmittelbaren Wünsche und Probleme der Menschen ernst nimmt, zu veränderndem Handeln motiviert und Einsicht über strukturelle Bedingungen von Konflikten vermittelt. Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip kann jedes Handeln in der Sozialen Arbeit konstituieren. Sie hat einen gesellschaftlichen und pädagogischen Charakter, wenn davon ausgegangen wird, dass gesellschaftliche Veränderungen an das Bewusstsein und Lernprozesse des Einzelnen gebunden sind. Ferner hat sie einen therapeutischen Charakter, wenn sie für das Aufbrechen von krankhaften und krankmachenden Strukturen zuständig ist (vgl. ebd.).

Schreier bezeichnet Gemeinwesenarbeit in Anlehnung an Oelschlägel als

[...] [politische], gesellschaftlich bedingte Handlungsräume und -zusammenhänge, die von Menschen wahrgenommen, ausgedeutet und erlebt, gestaltet, umkämpft und verändert werden können, in denen Menschen sich ihre Geschichte und ihre Umwelt aneignen können, Machtzusammenhänge und die Funktionsweisen von Ausschließungsprozessen verstehen und thematisieren und vor diesem Hintergrund "an bewusster kollektiver Bestimmung und Veränderung ihrer Lebensbedingungen teilnehmen können. (Schreier 2011, 2)

Im Sinne einer gesellschaftspolitischen Dimensionierung ist es Aufgabe der so verstandenen Gemeinwesenarbeit eine kritisch-reflexive Relation der konkreten Lebenswirklichkeiten und Lebensgestaltungsvorstellungen der Menschen mit gesellschaftlichen Verhältnissen vorzunehmen und darauf hinzuwirken, dass ein Zuwachs an Artikulations- und Handlungsmöglichkeiten und politischer Gestaltungsmacht möglich wird (vgl. Schreier 2011, 3). Gemeinwesenarbeit ist damit anschlussfähig an eine kritisch-reflexive Soziale Arbeit. Deren Aufgabe ist es gesellschaftliche Widersprüche (bezogen auf ihren Gegenstandsbereich) aufzudecken, Interessenskonflikte zu benennen, für soziale Ungleichheit und Ausschließungsprozessen zu sensibilisieren, zu Grunde liegende Funktionsmechanismen, Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten zu thematisieren und zu skandalisieren (ebd., 4).

2.2.3 Community Organizing innerhalb der Gemeinwesenarbeit

Die Ansprüche einer so verstandenen Gemeinwesenarbeit decken sich weitgehend mit denen des oben definierten Community Organizing und ergänzen diese mitunter. Das Buch "Let's organize - Gemeinwesenarbeit und Community Organizing im Vergleich" löste Anfang der 1990er Jahre eine dritte Welle der Community Organizing-Rezeption aus (vgl. Stock 2014, 33).

Zu Beginn des neuen Jahrtausends etablierte sich Community Organizing zunehmend in Deutschland (vgl. Stock 2014, 38) und es kam zu einer selbständigen Institutionalisierung.

1993 gab es das erste Treffen der "Community Organizers in Germany" in Köln, bei dem allgemeine Ziele der Arbeit formuliert wurden (vgl. Stock 2013, 34):

1. Die Verbreitung von Community Organizing in der BRD und die Begeisterung von Begeisterungsfähigen.
2. Die Schaffung eines gegenseitigen Unterstützungsnetzwerks der Begeisterten.
3. Die Entwicklung von Community Organizing als eigenständiges Berufsfeld (vgl. ebd.). Im selben Jahr wurde das Forum für Community Organizing (FOCO) gegründet (vgl. ebd., 35-36).

1995 nahm Leo Penta Kontakt zu FOCO auf und suchte im Namen der von Alinsky 1940 gegründeten Industrial Areas Foundation (IAF) nach Möglichkeiten der Implementierung des IAF-Modells in Deutschland (vgl. ebd., 36). Nach Diskussionen und Klärungen von Vorbehalten entstand eine Zusammenarbeit von IAF und FOCO mit Beibehaltung der Vielfalt der unterschiedlichen Handlungsansätze (vgl. ebd.). Damit wurde eine neue Entwicklungsstufe des Community Organizings in Deutschland erreicht. Bislang stand die Implementierung von Methoden und Prinzipien von Community Organizing in bestehende Projekte, vor allem im Rahmen der Gemeinwesenarbeit, im Vordergrund, jetzt der Aufbau eines eigenständigen Community Organizing-Projekts (vgl. ebd.). 1999 scheiterte FOCO aus finanziellen Gründen beim Aufbau einer Bürgerorganisation, worauf hin es sich von IAF trennte und die Zusammenarbeit mit Penta beendet wurde (vgl. ebd., 37). Penta gründete 2006 an der Katholischen Hochschule Berlin, das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO). Damit gibt es zwei Organisationen, die sich der Verbreitung von Community Organizing in Deutschland verschrieben haben (ebd.).

2.3 Prinzipien (Janise Ebbertz)

Um die Prinzipien des Community Organizings zu veranschaulichen, werden sie im Folgenden im Allgemeinen erläutert und der Bezug des Community Organizings zu relevanten Themen, wie zum Beispiel Zivilgesellschaft und Demokratie dargestellt.

2.3.1 Solidarität

Solidarität ist ein Prinzip, welches für Zugehörigkeit von Menschen zueinander steht. Es geht darum, dass füreinander Verantwortung übernommen wird und eine gegenseitige (Mit-)Verpflichtung besteht. Eine Grundlage für Solidarität kann zum Beispiel eine gemeinsame, politische Überzeugung sein (vgl. bpb zitiert nach Schubert/Klein 2011). Auch ähnliche Hintergründe hinsichtlich der Klassenzugehörigkeit können verbinden, wie zum Beispiel, dass sich alle Menschen in einem Stadtteil zusammenschließen, die sich zu einer homogenen Klasse zugehörig fühlen und Verantwortung füreinander übernehmen. Aber auch die Familie oder altruistische Motive können zu solidarischem Verhalten führen (vgl. ebd.).

In der politischen Soziologie wird zwischen zwei Formen der Solidarität unterschieden, zum einen der mechanischen und zum anderen der organischen Solidarität. Die mechanische Solidarität beruht auf gemeinsamen, vorgegebenen Merkmalen, wie zum Beispiel dem Geschlecht einer Gruppe. Die organische Solidarität beruht auf dem aufeinander Angewiesensein, wie beispielsweise das Angewiesensein auf einen Arzt oder andere Spezialisten in einer komplexen Produktion (vgl. bpb, zitiert nach Schubert und Klein 2011).

Durch Community Organizing können neue Perspektiven entstehen und kann neue Solidarität wachsen. Grund hierfür ist, dass Betroffene ihren Lebensraum organisieren, die Herausforderungen aufgreifen und mit verschiedenen Akteuren zusammenarbeiten (vgl. Neher 2010, 35-36).

Im Laufe der respektvollen, gemeinsamen Arbeit in einer Bürgerplattform sollen die Beteiligten zu einem „handlungsfähigen Wir“ zusammenwachsen. Die Idee dahinter ist das solidarische Handeln (vgl. Schraml 2010, 104). Im Gegensatz zur institutionalisierten Zwangs- oder Pflichtsolidarität geht es bei Bürgerplattformen darum, dass lebensweltliche Solidaritätspotentiale genutzt werden und den Einzelnen dazu motivieren im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Hinzu kommt der allgegenwärtige Beziehungsaufbau bei Bürgerplattformen. Die Menschen sollen dadurch das „ihnen Gemeinsame“ erkennen, so dass sie für ihre gemeinsamen Interessen eintreten können

(ebd.) Dies ist kennzeichnend für die demokratische Gemeinschaft: Individualität und Sozialität sind in Freiheit miteinander verbunden. Im demokratischen Gemeinschaftsverständnis kann das Individuum Freiheit durch und in Gemeinschaft erreichen. Der Einzelne ist in seiner Einzigartigkeit für die Gemeinschaft wertvoll und nicht instrumentalisierbar (ebd.). Es geht um das zwanglose Füreinander. Die Bürgerplattformen sollen für alle Beteiligten, die teilnehmen und teilgeben solidarische Erfahrungsräume der gegenseitigen Wertschätzung bieten (ebd.).

Da Vielfalt eine Grundlage des Community Organizing ist - verschiedene Menschen treten in Interaktionsverhältnisse - kann das „bridging social capital“ (überbrückende Sozialkapital) gebildet und gestärkt werden. Nach Putnam stellt das überbrückende Sozialkapital, die verschiedenen Formen sozialer Verbindungen, zwischen und jenseits von identitären Gemeinschaftsstrukturen dar (vgl. Putnam 2000, 21 ff). Das „bonding social capital“ (verbindende Sozialkapital) wird seiner Theorie nach über soziale Netzwerke und die Normen der Reziprozität (die gegenseitige Unterstützung der Bürger in der Gesellschaft) und des Vertrauens definiert (vgl. Putnam 2000, 19).

„Bridging social capital“ verbindet Menschen mit heterogenen Ansichten und Weltbildern. Es ermöglicht Austausch zwischen unterschiedlichen Gruppen beispielsweise Nichtregierungsorganisationen, Vereinen, Unternehmen oder politische Parteien in der Gesellschaft. Es steht durch die Vernetzung mit „fremden“ Weltanschauungen für Transparenz und Offenheit.

Putnam sieht das „bridging capital“ somit als das für die Gesellschaft förderliche Kapital und als eine wichtige Ressource. Wie auch im Community Organizing werden durch die Vernetzung Horizonte erweitert und Möglichkeiten für alle Beteiligten, in der Beibehaltung ihrer Vielfalt, geboten.

Das „bonding social capital“ hingegen vernetzt Menschen homogener oder ähnlicher Ansichten. Hierzu zählt Putnam die Familie, Freunde, Sekten und fanatische Gruppen. An dieser Stelle sieht er eine weniger bedeutende Ressource für das Wohl der Gesellschaft; stattdessen ein Risiko für zum Beispiel terroristische und kriminelle Gruppierungen (vgl. Putnam 2001, 28-29).

Putnam analysiert die Solidarität, das Verantwortungsgefühl gegenüber Fremden, das Gemeinschaftsgefühl und das bürgerschaftliche Engagement in der Gesellschaft. Auch Penta geht es um die Stärkung und Reproduktion des „social capitals“ nach Putnam. Penta benennt als Ziel des Community Organizings die intensive Förderung der Solidarität durch die systematische Stärkung der Zivilgesellschaft, als relativ autonome Instanz neben Markt und Staat. Die Zivilgesellschaft entsteht aus dem lebensweltlichen Kontext der Menschen heraus und ist der Ort der Beziehungen und Normen. Penta bezeichnet Solidarität im Vergleich zu Geld und Macht als schwächere Komponente (vgl. 2007, 101). Das Fokussieren auf die Eigenverantwortung hilfsbedürftiger Menschen und den Sozialstaat als Unterstützer bezeichnet Penta als zu eng gedacht (vgl. ebd.). Bisher ist die Schere zwischen Arm und Reich unter dem Sozialstaat in Deutschland immer weiter auseinandergegangen und die Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit und Teilhabe-Chancen sind ebenfalls fragwürdig.

Solidarität ist somit eine Herausforderung, welcher sich Community Organizing stellt. Kritisch zu betrachten gilt, dass Menschen nicht unbedingt aufopferungsvoll jede Art von Unterstützung leisten möchten. Die fragile menschliche Existenz mit Egoismen darf nicht außer Acht gelassen werden (vgl. Penta 2010, 211). Welche Strukturen greifen, wenn Menschen sich nicht solidarisch verhalten? Es gibt Aufgaben, die soziales Engagement erfordern. Penta hält fest, dass Solidarität „nicht vom Himmel fällt“. Menschen lernen erst sich für andere einzusetzen, wenn sich andere für sie eingesetzt haben. Ein Mensch rettet, weil ein anderer ihn gerettet hat. Der Weg von sogenannten „Gegenmenschen“, die um das Überleben kämpfen zu „Mitmenschen“ die einander unterstützen geschieht nicht ohne soziale Lernprozesse (vgl. Penta 2010, 211).

2.3.2 Politische Partizipation

Der Begriff Partizipation stammt aus dem lateinischen „participato“ und setzt sich aus den Teilen „pars“ (Teil) und „cipere“ (nehmen) zusammen. Oftmals wird der Begriff mit dem Teilhabebegriff gleichgesetzt. Partizipation impliziert im politischen Sinne jedoch die Idee des Einflussnehmens. Es ist ein

aktiver und bewusster Prozess des Handelns. Es geht nicht nur um das Teilnehmen oder Teilhaben. Insofern ist der Begriff abzugrenzen vom Teilhabebegriff (vgl. Néve, de, Dorothee und Olteanu 2013, 13). Bei politischer, gelungener Partizipation geht es um das „Mit“ statt um das „Für“, „Von“ oder „Gegen“ Menschen. Roth bezieht sich auf Mitbestimmung und Mitgestaltung. Zu Veranschaulichung bringt Roth das Beispiel der Kinderpolitik ein. Eine Politik für Kinder sei häufig entworfen wurden, ohne die Kinder miteinzubeziehen. Bei einer Politik von Kindern mischen sie sich ungefragt, unabhängig und selbstbestimmt ein und „gegen“ bezieht sich auf „Spielen verboten“-Schilder oder die Vertreibung von Jugendlichen von bestimmten Orten. Bei dem Wortlaut „Mit“ kommt Roth zur Partizipation: Es werden Entscheidungen mit Kindern getroffen und Projekte mit Kindern -oder mit der jeweiligen Zielgruppe- umgesetzt (vgl. Roth 2011, 78).

In Projekten des Community Organizings werden Menschen einflussreicher, u. a. durch den Zusammenschluss und die Organisation mehrerer Menschen. Die Ermöglichung von Partizipation ist daher eine bedeutende Zielsetzung des Community Organizings. Die Bürgergesellschaft ist als Ort sozialer Integration bedeutsam, vor Allem wenn herkömmliche Integrationsmechanismen brüchig werden. Munsch nennt als Beispiel die Krise der Erwerbsgesellschaft (vgl. ebd. 2011, 747). Wichtig ist, dass der Aspekt Partizipation beim Community Organizing von Anfang an berücksichtigt wird und so viele Bewohner_innen wie möglich einbezogen werden (vgl. Baldas 2010, 240). Dr. Theol. Eugen Baldas, Leiter des Referats Gemeindec Caritas und Engagementförderung im Deutschen Caritasverband e. V., geht davon aus, dass Menschen ihr Wohnumfeld mitgestalten, mitreden und einen Beitrag leisten möchten. Sie möchten nicht untergeordnet sein und die Institutionen darüber entscheiden lassen, was in ihrem Stadtteil geschieht.

2.3.3 Teilhabe

Die Weltgesundheitsorganisation beschreibt Teilhabe als “das Einbezogen sein in eine Lebenssituation”. In den Handlungsempfehlungen des Beirates für Integration wird Teilhabe “im Sinne einer gleichberechtigten Einbezie-

hung von Individuen und Organisationen in gesellschaftliche Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse“ beschrieben. Dies ist kein einmalig erreichter, fester Zustand. „Soziale Teilhabe ist vielmehr ein vielschichtiger, verzahnter und hochgradig dynamischer Prozess, der in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen immer wieder veränderte Schwerpunkte findet.“ (Laskowski 2012, 199) Die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger und Bürgerinnen ist im Grundgesetz Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG („Volkssouveränität“) verankert (vgl. Laskowski 2012, 19).

In einem Atemzug mit dem Begriff Teilhabe wird häufig der Begriff Inklusion genannt, das heißt die beiden Begriffe hängen eng zusammen. Der Begriff Teilhabe markiert den Paradigmenwechsel von der paternalistischen Fürsorge - im Rahmen der Inklusionsdebatte - hin zur gesellschaftlichen Teilhabe (vgl. Fornefeld 2012, 6).

Die Begriffe Inklusion, Integration und Teilhabe stammen aus der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen, und werden noch überwiegend in diesem Zusammenhang verwendet. Der gesamte sozio-ökonomische Hintergrund eines Menschen hat entscheidenden Einfluss auf seine Chancen zur Teilhabe. Sozio-ökonomischer Hintergrund meint unter anderem Alter, Geschlecht, Nationalität, Herkunft, Wohnort, Familienstand, Stellung im Berufsleben und Körper (behindert/nicht-behindert). Der Teilhabe-Begriff in diesem Sinne wird in der vorliegenden Arbeit in Bezug auf alle Mitglieder einer Gesellschaft verwendet. Bei Community Organizing spielt der Begriff „Teilhabe“ eine genauso wichtige Rolle wie der Teilhabe-Begriff. Menschen dürfen mitbestimmen und können sich einbringen, etwas geben, die Gesellschaft gestalten.

2.3.4 Inklusion

Der Begriff Inklusion geht über den der Integration hinaus. Ist mit Integration die Eingliederung von bisher ausgesonderten Personen gemeint, so will Inklusion die Verschiedenheit im Gemeinsamen anerkennen, d.h., der Individualität und den Bedürfnissen aller Menschen Rechnung tragen. Die Menschen werden in diesem Konzept nicht mehr in Gruppen (z.B. hochbegabt, behindert, anderssprachig, ...) eingeteilt [...] Inklusion beinhaltet die Vision einer Gesellschaft, in der alle Mitglieder in allen Bereichen selbstverständlich teilnehmen können und die Bedürfnisse aller Mitglieder ebenso selbstverständlich berücksichtigt werden. Inklusion bedeutet davon auszugehen, dass alle Menschen unterschiedlich sind und dass jede Person mitgestalten und mitbestimmen darf. (Mensch im Mittelpunkt 2005)

Es geht um die Wertschätzung von Heterogenität, statt um die Anpassung von bestimmten Gruppen an „die Gesellschaft“. Die Tatsache, dass Heterogenität natürlicherweise vorhanden ist, sodass diese in der Gesellschaft die Normalität darstellt und es nicht die Gesellschaft gibt, sondern dass die Gesellschaft aus verschiedenen Menschen und Gruppen besteht, geht dieser Auffassung voraus.

Um Inklusion zu ermöglichen, werden gesellschaftliche Verhältnisse, die exkludierend wirken und überwunden werden müssen, in den Blick genommen. Hier wird deutlich, dass die Vorbeugung von Ausgrenzung auf individueller, biografischer Ebene gegebenenfalls aufgehalten oder revidiert werden kann, die Förderung von Inklusion jedoch über das individuelle Gegensteuern hinausgehen muss. Dies bezieht sich auf den Arbeitsmarkt, Arbeitsverhältnisse, Systeme zur sozialen Sicherung, die Bereiche der Bildung und Gesundheit, sobald Ausgrenzung institutionalisiert ist. An dieser Stelle muss eine Politik der Inklusion die Institutionen in Frage stellen. Die „vorherrschenden Standards“, die zur Inklusion führen können sind historisch bedingt und beinhalten zum Beispiel die Erwerbstätigkeit. Ist ein Mensch nicht erwerbstätig, so erhöht sich das Risiko der Exklusion bzw. es ist eine Teilexklusion, zum Beispiel hinsichtlich des Arbeitsmarkts, vorhanden (vgl. Kronauer 2010, 45).

Damit Teilhabe möglich und Inklusion, wenn auch nur temporär erreicht wird, müssen Menschen, die wenig oder gar nichts voneinander wissen, einander kennenlernen. Begegnungen allein bewirken nichts, wenn die, die einander begegnen, kein gemeinsames Gesprächsthema haben. Das heißt, es ist notwendig, nach konkret Verbindendem von Menschen [...] zu suchen, nach den Themen, die [sie] miteinander teilen möchten. (Fornefeld 2012, 9-10).

An der Stelle des gemeinsamen Kennenlernens und des Verbindens von Menschen bekommt Community Organizing eine Bedeutung. Das gemeinsame Umsetzen der Interessen kann Menschen zusammenbringen. Im Rahmen des Community Organizings begegnen und verbünden sich Menschen und bauen Beziehungen auf Augenhöhe auf.

2.3.5 Diversität

Der Begriff Diversität beschreibt mehr als Integration. Der eingebürgerte Ausdruck impliziert Vielfalt als produktive Quelle sozialer Energien (vgl.

Röbke 2011, 614). Anfang der 1990er Jahre kam der Begriff im Bereich von Pädagogik, Bildung und Sozialer Arbeit auf. Im Jahr darauf erschien er in Ökonomie und Verwaltung als Management der Vielfalt („Managing Diversity“) (vgl. Mercheril/Plößer 2005, 322). Diversität beschreibt Vielfalt als Chance und Notwendigkeit für die Entwicklung sozialer Energien, statt der Notwendigkeit Andersartigkeit und Vielfalt zu integrieren. Vielfalt im soziologischen Sinn kann sich zum Beispiel auf kulturelle Vielfalt oder Sprachenvielfalt beziehen. Unter dem Etikett Diversitystudies können unter anderem folgende Forschungsschwerpunkte behandelt werden: Genderstudies, Altersforschung, Minderheiten-, Gleichstellungs-, Migrations-, Vorurteils-, Ungleichheits-, Antidiskriminierungsforschung (vgl. Krell et al. 2007, 7). Auch Mercheril und Plößer bezeichnen Diversität als Konzept, welches Differenzen anerkennt und auf deren Würdigung als Ressource abzielt. Der Begriff kann auch mit Heterogenität übersetzt werden, es ist jedoch schwierig den Begriff Diversity klar abzugrenzen und zu bestimmen (vgl. Mercheril/Plößer 2005, 323).

Es gibt verschiedene Diversity-Theorien; im Allgemeinen kann festgehalten werden, dass es um die wissenschaftliche Analyse der Vielzahl von Identitäts- und Zugehörigkeitskategorien, wie zum Beispiel Alter, Geschlecht, nationo-ethno-kultureller Status, sexuelle Orientierung, und ihr Zusammenspiel geht. Im pädagogischen Sinne ist die Frage nach dem angemessenen Umgang mit den unterschiedlichen Identitäts- und Zugehörigkeitskategorien relevant (vgl. Mercheril/Plößer 2005, 322). „Mit dem Begriff Diversity steht der Sozialen Arbeit jedenfalls ein Konzept zur Verfügung, das einen angemessenen Umgang in und mit gesellschaftlicher Wirklichkeit in Aussicht stellt.“ (Mercheril/Plößer 2005, 323). Zumal Vielfalt und Differenz in der Sozialen Arbeit lange unberücksichtigt waren (vgl. ebd.). Durch Differenzlinien wie zum Beispiel Jugend, Kinderarmut oder Migration werden in der Sozialen Arbeit andere Differenzkategorien wie zum Beispiel Alter, Gender oder Klasse ausgeblendet (ebd., 324). An dieser Stelle sind kritische Reflektion und ein Bewusstsein für die unterschiedlichen Differenzkategorien gefragt. Community Organizing bezieht Menschen über gewisse Kategorien hinweg

in das gesellschaftliche Geschehen ein. Jeder Mensch ist willkommen mitzumachen und zu gestalten. Es werden nicht zum Beispiel nur Unternehmer, nur Frauen, nur junge oder nur ältere Menschen einbezogen, sondern alle im Stadtteil lebenden Menschen.

2.3.6 Menschenrechte

Menschenrechte sind subjektive Rechte, die jedem Menschen gleichermaßen zustehen. Das Konzept der Menschenrechte geht davon aus, dass alle Menschen allein aufgrund ihres Menschseins mit gleichen Rechten ausgestattet sind und dass diese egalitär begründeten Rechte universell, unveräußerlich und unteilbar sind. (Koenig 2005, 8)

Alinsky beschreibt die Priorisierung der Menschenrechte im Gegensatz zu den Eigentumsrechten. Die Menschenrechte haben eine höhere Belangstellung (1973, 28). Er beschreibt den Radikalen, als jemanden der die Rechte der Minderheiten vertritt und an wirkliche Chancengleichheit, über Religion und Hautfarbe hinweg, glaubt (ebd., 29). Im Community Organizing wird, wie im folgenden Abschnitt beschrieben, die Herstellung von Gerechtigkeit angestrebt, hiermit ist die Verknüpfung zu den Menschenrechten gegeben. Die Menschenrechte können als Instrument zu Erreichung von mehr Gerechtigkeit genutzt werden.

2.3.7 Gerechtigkeit

Die Vorstellung von einer besseren und gerechteren Gesellschaft bewegt die Bürgerorganisationen. Auch Paulo Freire hat in den 60er Jahren benachteiligten Menschen in brasilianischen Arbeitervierteln durch Alphabetisierungskampagnen gezeigt, dass sie sich aus ihrer Position befreien können. Menschen, die nicht alphabetisiert waren, durften in Brasilien nicht wählen (vgl. German 1983, 90). Somit hat Freire politische Mitbestimmung ermöglicht und zur Teilhabe der Menschen beigetragen. Freires Ziel war es, die Menschen erkennen zu lassen, dass sie die Welt und ihre Lebensbedingungen verändern und aktiv gestalten können.

In der problemformulierenden Bildung entwickeln die Menschen die Kraft, kritisch die Weise zu begreifen, in der sie in der Welt existieren, mit der und in der sie sich selbst vorfinden. Sie lernen die Welt nicht als statische Wirklichkeit, sondern als eine Wirklichkeit im Prozess zu sehen, in der Umwandlung. (Freire 1973, 67)

Durch seine Alphabetisierungskampagnen befähigte Paulo Freire die Menschen ihre Situation zu verbessern und die Ungerechtigkeit der Ausgrenzung und Benachteiligung zu überwinden. Wie auch Freire ist es Alinskys Grundgedanke und Ziel die Menschen zu befähigen ihre Situation zu verbessern und Minderheiten zu stärken. Lob-Hüdepohl, Dozent für Professionsethik und ethische Grundlagen der Menschenrechte, beschreibt, welche weitreichende Bedeutung die Gerechtigkeit im Community Organizing hat. Es geht darum, dass Gerechtigkeit ein gesellschaftliches Strukturmerkmal sein soll und werden muss (vgl. 2010, 118). Folglich ist Gerechtigkeit nicht nur eine Tugend, sondern soll bürgerliche Handlungen steuern, sich in Strukturen widerspiegeln und diese fördern.

2.3.8 Empowerment

Empowerment bedeutet „Hilfe zur Selbsthilfe“ und ist unter anderem die wichtigste Methode der lebensnahen Netzwerkbildung. Ziel ist es, die Ressourcen der Menschen zu stärken, sodass sie fähig sind ihr Leben zu gestalten und selbstbestimmt zu führen. Vor allem wird der notwendige Unterstützungsbedarf berücksichtigt, um das Ziel zu erreichen und tatsächlich Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten. Auch das Umfeld des Menschen wird einbezogen und gestärkt. Den Empowerment-Ansatz macht das Befähigen von Menschen aus. Kennzeichnend ist, dass Menschen lernen selbst aktiv zu werden. Dahinter steht die Idee der Erfahrung der Selbstwirksamkeit.

Entscheidend sind die Berücksichtigung der Stärkung der Eigenkräfte (Binnenorientierung) und die der demokratischen Teilhabe (Außenorientierung). Diese außenorientierte Verknüpfung zu anderen sozialen Kreisen ist fester Bestandteil des Community Organizings, der zivilgesellschaftlichen Strategie der Netzwerkbildung (vgl. Röbbke 2011, 614).

Empowerment als Stärkung der Eigenkräfte und der Selbstorganisation muss aus zivilgesellschaftlicher Sicht durch ein interkulturelles Netzwerkmanagement ergänzt werden und austariert werden, das es versteht eine sozialkulturelle Anschlussfähigkeit herzustellen. (Röbbke 2011, 614)

Ziel des Community Organizings ist unter anderem, die Bürger zu „empowern“, das heißt, dass die Menschen es schaffen die Sklavenmoral und den Untertanengeist, ihre Abhängigkeit zu überwinden und selbstbestimmt aktiv

zu werden (vgl. Szyuka 2011, 304). Durch Community Organizing werden die Menschen ebenfalls

...befähigt, ihr eigenes Leben, das gesellschaftliche Zusammenleben und damit das öffentliche Leben (wieder) gemeinsam mit anderen zu gestalten und gegebenenfalls zu verändern, weiter zu entwickeln und dadurch persönlich und öffentlich-politisch handlungsfähig zu werden. (Penta/Düchting 2014, 1)

Eben dies verbindet Empowerment und Community Organizing. Es geht bei beiden Ansätzen darum die Menschen handlungsfähig zu machen und nicht bevormundend für sie zu arbeiten, sondern auf Augenhöhe mit ihnen. Die Mitarbeit in Bürgerplattformen erfordert Kompetenzen und eben diese Handlungskompetenzen erwerben Menschen durch Community Organizing (vgl. Penta/Düchting 2014, 1). Schraml betont die Befähigung zur Beteiligung an politischen Prozessen, die Teilhabe an öffentlichen Diskursen und die Vertretung von eigenen Interessen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, um die Menschen selbst an den „Kämpfen um Gerechtigkeit“ teilnehmen zu lassen (2010, 107).

Im 5. Kapitel folgenden Konzeptentwurf wird das Empowerment noch einmal als Methode in Bezug auf die Stärkung des Individuums aufgenommen.

2.3.9 Netzwerk

Der Begriff „Netzwerk“ wird vielfach mit technischer Datenkommunikation über Computer oder digitalen Netzwerken in Verbindung gebracht. Auf dem technischen Gebiet wird das Netzwerk als Gesamtheit netzartig verbundener Leitungen, Drähte, Adern oder Linien beschrieben (vgl. Duden 2015). Dies ermöglicht eine bildliche Vorstellung, wie ein Netzwerk, welches aus Menschen besteht, verbunden sein kann, da auch Menschen unter anderem über Kommunikationswege, wie Telefonleitungen miteinander kommunizieren. Im gesellschaftlichen Kontext stellt das Netzwerk eine Gruppe von Menschen dar, die verbunden sind; zum Beispiel durch gemeinsame Ansichten und Interessen (vgl. Duden 2015). Dies schließt bei Community Organizing an. „Je mehr Leitungen ein Netzwerk besitzt um Informationen zu übermitteln, desto komplexer und robuster ist es.“ (Röbke 2011, 612) Die kontinuierliche Pflege eines Netzwerkes ist notwendig, damit es funktioniert

(vgl. ebd.). Rübke geht der Frage nach besonderen strategischen Arbeitsweisen und der Ausgestaltungen bei Netzwerken des Bürgerschaftlichen Engagements auf den Grund. Er bezeichnet diese Netzwerke als Engagementnetzwerke, die eine Steuerung und Gestaltung fokussieren (vgl. 2010, 611). Rübke sagt, dass die Netzwerkmetapher zum Hoffnungsträger einer politischen Avantgarde wird. Hierarchie und Machtgefälle seien nicht mehr vorhanden. Stattdessen seien einige Knotenpunkte im Netzwerk und die einzelnen Verbindungen und Kanäle entscheidend. Die „Knoten“ stellen die Zentren dar. Moderne Netzwerke kennzeichnet die heterarchische Ausrichtung auf mehrere Knotenpunkte spinnennetzartig auf ein Zentrum. Diese Art von Netzwerk bietet Chancen der Mitgestaltung, wie sie im Community Organizing bewusst genutzt werden (ebd., 612). Community Organizing verknüpft Stadteilbewohner zu einem kompetenten Netzwerk, welches soziale und politische Belange umsetzen kann. Community Organizer nutzen und fördern Netzwerke.

Bei Community Organizing geht es hauptsächlich darum Einfluss und Engagement durch Beziehungsaufbau zu gestalten; somit um Vernetzung. Die Bürgerplattformen bestehen aus unterschiedlichsten, Vereinen, Akteuren und Bewohner_innen des Stadtteils. Die Bildung eines starken und einflussreichen Netzwerks ist die Strategie des Community Organizing. „Der Community Organizer bemüht sich um den systematischen Aufbau von Netzwerken im Stadtteil oder einer Region.“ (ebd. 613). Ein Netzwerk kann als gesellschaftliche Selbstorganisation funktionieren. Auch unter dem Abschnitt 2.3.8 „Empowerment“ ist nachzulesen, wie entscheidend die Rolle des Netzwerks ist. Empowerment gilt als die wichtigste Methode der lebensweltnahen Netzwerkbildung (vgl. Rübke 2011, 613). Bei Community Organizing-Netzwerken geht es weniger um das Individuum als um die Verknüpfung zu einem starken Netzwerk durch den Zusammenschluss vieler Menschen.

2.3.10 Demokratie

Demokratie bedeutet wörtlich aus dem Griechischen übersetzt „Herrschaft des Volkes“. Thurich stellt fest, dass diese Definition jedoch wenig bedeutet,

da sich heutzutage auch Diktaturen als Demokratie bezeichnen. Somit definiert er Demokratie durch demokratische Prinzipien und Werte (Art, 22 GG), die unantastbar sind (vgl. Thurich 2011, 19). In Deutschland ist der höchste Grundwert, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Das Bundesverfassungsgericht hat folgende Grundprinzipien der freiheitlichen Demokratie festgelegt: die Achtung des Grundgesetzes (der Menschenrechte), dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeiten der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Regierung, das Mehrheitsprinzip und Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition (vgl. ebd., 82-83). Zudem ist eine Diktatur ausgeschlossen, da das Volk die Parteien auf Zeit wählt und die jeweilige/n Partei/en wieder abgewählt werden können. Somit beschränkt sich die Herrschaft auf eine bestimmte Zeit.

Roth unterscheidet gegenwärtige Demokratien kritisch in starke, partizipative, funktionierende und weniger funktionierende Demokratien. Entscheidend ist der Faktor Partizipation. Er bestimmt den partizipativen Gehalt durch fünf verschiedene Fragen. Die erste der fünf Fragen ist, wie stark und mit wie vielen Akteuren das Mittelfeld demokratischer Beteiligung auf den politischen Ebenen des Systems vertreten ist. Die zweite Frage ist, welchen Einfluss dieses Feld auf Entscheidungsprozesse und repräsentative Institutionen ausübt. Als drittes wird hinterfragt, wie stark demokratische Normen (innerhalb des mittleren Feldes demokratischer Beteiligung) gelebt werden und ob dort zum Beispiel gleiche Beteiligungschancen gegeben sind. Hinzu kommt die Frage nach dem Umfang, in dem die Ergebnisse der Partizipationsprozesse eine besondere Legitimation beanspruchen können, das heißt, ob sie auf allgemeinen, zugänglichen und transparenten Verfahren gründen oder nicht (vgl. ebd., 81). Der fünfte Punkt ist die Notwendigkeit, Exklusionstendenzen zu vermeiden und soziale Barrieren abzubauen. Hierzu gehört die Frage, ob die dazu notwendigen, zeitlich und kognitiv anspruchsvollen Beteiligungsverfahren umgesetzt wurden (vgl. Roth 2011,

81). Somit ist Partizipation ein kritisch zu betrachtender Begriff. Die Umsetzung von partizipativen Prozessen erfordert Mittel, Zeit und Kompetenz und ist nicht als Selbstläufer zu betrachten (vgl. ebd.).

Community Organizing gilt als ein Hoffnungsträger hinsichtlich der Wiederbelebung der Demokratie und der Zivilgesellschaft (vgl. Szyuka 2011, 296). Der Grund dafür ist, dass Bürger_innen, die bisher zum Beispiel politisches Ohnmachtsgefühl hatten oder sich nicht in das gesellschaftliche Zusammenleben eingebunden fühlten, durch Community Organizing erleben, dass sie Einfluss haben und etwas bewegen können (vgl. Müller/Szyuka 2014b, 20). Eine Demokratie lebt von Auseinandersetzungen und Konflikten. Veränderung und Verbesserung für die Bürger_innen gehen meist mit Konflikten einher (vgl. Müller/Szyuka 2014b, 17). Auch Penta und Düchting beschreiben als Ziel des Community Organizing, die lebendigere Gestaltung von Demokratie (vgl. Penta/Düchting 2014, 1). Sie bezeichnen Community Organizing als eine Schule der Demokratie und sehen Community Organizing als besondere Chance für Menschen die bisher noch kein öffentliches Engagement gewagt haben oder sich davon verabschiedet haben (ebd.).

Demokratie und demokratische Partizipation werden im Community Organizing von Alinsky als „Harmonie der Dissonanz“ statt als harmonischer Gleichklang bezeichnet (ebd., 3). Daher die kritische Haltung gegenüber der konfliktmeidenden Steuerung durch den Staat oder die Auseinandersetzung scheuenden Managementstrategien des Gemeinwesens (ebd.).

Community Organizing ist an demokratische Prinzipien gebunden: Respekt ist der Ausgangspunkt im Umgang miteinander, niemand sollte verleumdet, beleidigt, oder verletzt werden. Der demokratische Rahmen des Community Organizing ist allgegenwärtig (vgl. Müller/Szyuka 2014b, 20). Community Organizing wird vorgeworfen ethisch fragwürdig zu sein. Dies könnte an der provokanten Strategie und der Ausübung von Druck und Macht liegen (vgl. ebd., 18). Dieses Thema wird kontrovers diskutiert. Im Folgenden wird die Strategie des Community Organizing beschrieben.

2.3.11 Strategie und Taktik

Mit Strategie und Taktik werden im Community Organizing die Vorgehensweisen zur Zielerreichung beschrieben. Diese werden strategisch geplant. Es geht darum, dass das gesteckte Ziel realistisch sein sollte, weshalb die Gegenmacht nicht zu groß sein sollte. Vorhandene Mittel wie die Fähigkeiten der Bürger_innen, Geld und die Macht der Organisationen werden eingeschätzt und in der strategischen Planung berücksichtigt. Hinzu kommen die Konflikttaktiken; zu diesen fasst Alinsky einige Regeln zusammen (vgl. Müller/Szynka 2014b, 17). Zum einen initiiert Community Organizing Konfrontationen, zum anderen besteht aber die eigentliche Aktion in der Reaktion der Gegenpartei. Eine zornige Reaktion der Gegenpartei stärkt die Bürgerbewegung nachhaltig. Zudem wird Spott als Waffe eingesetzt um den Gegner zu falschem Verhalten zu bringen und seine Schwächen aufzudecken. Alinsky sagt, dass Macht, nicht nur das ist, was eine Person besitzt, sondern auch das, von dem der Gegner glaubt, dass die Person es hat (Müller/Szynka 2014b, 17). Damit ist gemeint, dass der Gegner die Macht der Bürgerbewegung wahrnimmt. Die Beteiligten sollen den eigenen Erfahrungsbereich nie verlassen, aber den des Gegners. Der Gegner soll gezwungen werden nach seinen eigenen Gesetzen zu leben (ebd.).

Die Aktionen des Community Organizings müssen den Mitgliedern Spaß machen, damit sie die Motivation und den Willen zur Aktion nicht verlieren; ständige Aktionen sind notwendig um die Ziele zu erreichen. Die Regelmäßigkeit sorgt für Druck. Dieser Druck darf nicht nachlassen und bringt den Gegner zu Fehlreaktionen. Eine Taktik ist das Nutzen der Drohung. Das heißt, die Informationen zu einer geplanten Aktion, die geschickt zum Gegner geleitet werden, können effektiver und abschreckender wirken als die Aktion an sich. Der Gegner hat allein durch die Drohung Angst, gibt nach und die Gruppe spart sich die Aktion. Zudem muss die „Zielscheibe“ personalisiert sein. Komplexe, anonyme Systeme, Verwaltungen und Konzerne sind für einen Angriff nicht geeignet, da dieser an Bürokratie und organisierten Vorgängen scheitern kann.

Eine weitere Taktik ist das ständige Einsetzen von Ironie, gezielten Argumenten, politischen Aktionen gegen eine ausgewählte Person. Damit diese Auseinandersetzung fruchtbar ist, braucht es „gleichwertige“ Partner (Müller/Szynka 2014b, 18).

2.3.12 Beziehungsaufbau

Das zentrale Instrument des Community Organizing ist der Beziehungsaufbau (vgl. Lob-Hüdepohl 2010, 118). Bürgerplattformen beginnen mit dem Aufbau von Beziehungen. Die Menschen sollen durch die Begegnung und den Austausch, gemeinsame Ziele erkennen und zusammenarbeiten. Schraml fordert in ihrem Forschungsexpose zur Reflektion auf, inwieweit Community Organizing den Auf- und Ausbau von Zusammenhalt fördern kann (vgl. 2010, 52-53).

2.3.13 Macht

Durch den Aufbau von Bürgerorganisationen erzeugt Community Organizing Macht. Macht, die eingesetzt wird um die Interessen der Bürger gegenüber Unternehmen oder der Regierung durchzusetzen und um die Lebensbedingungen langfristig zu verbessern (vgl. Szynka 2011, 299-300). Alinsky unterscheidet zwischen zwei Arten von Macht. Zum einen benennt er die Macht des Geldes und zum anderen die des Volkes (vgl. ebd., 303-304). Macht soll möglichst ausgewogen verteilt sein. Es geht um die Verteilung der Macht auf den Staat und die Gesellschaft, wodurch die Demokratie belebt wird (vgl. ebd., 301). Eine ausgewogene Machtverteilung in Staat und Gesellschaft garantiert die beste Entwicklung für alle (vgl. Müller/Szynka 2014a, 301). Macht wird als Notwendigkeit betrachtet und nicht im Gegensatz zur Liebe. Sie stellt die pragmatische Ergänzung zu Gerechtigkeit und Liebe dar (vgl. Szynka 2014b, 16). Soziale Ungleichheit und bürgerschaftliches Engagement hängen zusammen. Soziale Ungleichheit (Diskriminierung, Benachteiligung) wird in diesem Zusammenhang nicht als individuell verantwortetes Merkmal analysiert, sondern als das Ergebnis von relativ

dauerhaften, auf bestehenden Machtverhältnissen aufbauenden, Bevorrechtigungen bzw. Benachteiligungen von Individuen und Gruppen (vgl. Kreckel 2001, 1729).

Um Ziele umzusetzen wird im politischen Rahmen Macht benötigt. Diese Machtausübung kann zu Konflikten führen, ist jedoch notwendig um Gerechtigkeit zu schaffen und die Lebensbedingungen von Benachteiligten zu verbessern. Community Organizing dient der Veränderung der Machtverhältnisse, welche unausweichlich mit einem Konflikt einhergeht (vgl. Szyuka 2011, 16). Das Organisieren von möglichst vielen Menschen, ist gleichzeitig Mittel und Ziel des Community Organizing (vgl. Müller/Szyuka 2014b, 16). Richers ergänzt die Machtdefinition durch Wissen, Kompetenz, Erfahrung und Kommunikation, die bei Community Organizing bewusst eingesetzt werden (vgl. Richers 2014, 90).

2.3.14 Konflikte

Alinsky ist nicht an Konflikten „orientiert“, sondern daran, durch Konflikte gleichberechtigte und konkrete Verbesserungen zu erzielen. Er sieht Konflikte als notwendige Durchgangsstadien an, die er - im Unterschied zu vielen seiner Zeitgenossen - zu vermeiden sucht. (Szyuka 2011, 236)

Müller benennt Konflikte als das Lebenselixier des Community Organizing. Es geht dabei aber nicht destruktiv oder aggressiv, sondern strategisch vor. Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung zum Beispiel mit der Stadtverwaltung, die besteht, wenn Strukturen zugunsten der Bürger_innen und der Zivilgesellschaft verändert werden sollen, macht das Community Organizing aus (vgl. Müller/Szyuka 2014b, 17). Die Deutung des Konflikts im Community Organizing ist positiv, da Machtverhältnisse verändert werden und kooperativ nach Lösungsansätzen gesucht wird. Der Konflikt dient der Verwirklichung von legitimen Interessen durch Betroffene und „nur ein Ziel welches von der Community getragen wird ist ein gutes Ziel“ (Müller/Szyuka 2014b, 19). Es gibt einen bedeutenden, sinnvollen Grund den Konflikt nicht zu scheuen. Es geht um Auseinandersetzung und Kompromissfindung, indem Verhandlungen zwischen den Akteuren stattfinden (vgl. Müller und Szyuka 2014b, 19). Bei diesen Verhandlungen und Versammlungen kommt es in der Praxis selten zu Konflikten. Wenn die Bedingungen angemessen

sind, dann stimmt insbesondere ein/e Politiker_in den Forderungen lieber zu, als diese abzulehnen, vor allem wenn er/sie wiedergewählt werden möchte. Als angemessene Bedingungen bezeichnet Szyuka die Anwesenheit von vielen Betroffenen, die Herstellung von ausreichender Öffentlichkeit und die Angemessenheit des Lösungsvorschlags (vgl. Szyuka 2011, 19).

2.3.15 Öffentliche Beziehungen

Der erste Schritt in der Praxis des Community Organizings ist das Aufsuchen von Schlüsselpersonen. Diese sind in der Gemeinschaft verwurzelt und werden somit zu Experten der Gemeinschaft. Diese werden möglichst in das Community Organizing einbezogen, sodass auch Community Organizing im Stadtteil Wurzeln schlagen kann. Es werden Beziehungen aufgebaut zu verschiedenen Menschen im Stadtteil, in der Nachbarschaft und/oder in Betroffenenengruppen. Auf diesem Wege wird die Gemeinschaft mit ihren Traditionen, Bräuchen, Erfahrungen und Werten kennengelernt. Das ist notwendig um das Community Organizing an der Lebenswelt der Beteiligten anschließen zu lassen und dauerhafte Organisationsstrukturen aufzubauen. Community Organizing ist langfristig geplant und die Organisationsstruktur ist so ausgerichtet, dass die Arbeit immer wieder neu aufgenommen werden kann und nicht nur einen bestimmten, absehbaren Zweck dient, sondern langfristig besteht (vgl. Müller/Szyuka 2014b, 17).

2.3.16 Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Die Zivilgesellschaft bildet das Feld, welches aus (relativ) frei gebildeten gesellschaftlichen und politischen Organisationen wie Forschungseinrichtungen und Intellektuellenzirkeln besteht (vgl. Hirsch 2001, 14).

In Ost- und Mitteleuropa wird dem Begriff im Hinblick auf die Abgrenzung zum System der Parteien und Staatsapparate eine hohe Bedeutung zugeschrieben (vgl. ebd.). Der Theoretiker Antonio Gramsci (1891-1937) verstand darunter die Gesamtheit aller nichtstaatlichen Organisationen, die auf den „Alltagsverstand und die öffentliche Meinung“ Einfluss haben (vgl. BMZ 2014). Die Zivilgesellschaft ist kein herrschaftsfreier Raum und wird geprägt

von politischen und ökonomischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen (vgl. Hirsch 2001, 4).

Das Community Organizing fördert unabhängig, das heißt partei- und konfessionslos, das zivilgesellschaftliche, öffentliche Engagement und die Selbstorganisation der Menschen. Es bringt Menschen zusammen, um eben dieses öffentliche Engagement auf breiter gesellschaftlicher Basis aufzubauen. Aussagekräftig ist, dass dieses Engagement von unten aufbaut und somit nicht nur die Anliegen von bestimmten Eliten oder Machthabern aufgreift (vgl. Penta/Düchting 2014, 1). In der praktischen Anwendung bedeutet Community Organizing, dass verschiedene Bürgerplattformen auf der breiten Basis vielfältiger zivilgesellschaftlicher Gruppen arbeiten (vgl. Penta/Düchting 2014, 1).

Die Verknüpfung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und engagierten Bürger_innen ist sehr eng (vgl. Lang et al. 2010).

Zivilgesellschaft entsteht und gedeiht dann, wenn es sowohl starke zivilgesellschaftliche Organisationen als auch engagierte Bürger_innen gibt, wenn also die Organisationen in der Gesellschaft verankert und akzeptiert sind und gleichzeitig das Engagement der Bürgerinnen und Bürger auf eine feste organisatorische Infrastruktur aufsitzen kann. (Lang et al. 2010, 3-4)

Damit die Zivilgesellschaft bedeutungsvoll und einflussreich sein kann, ist sie auf starke Organisationen als Gerüst, sowie auf engagierte Bürger_innen angewiesen. Andernfalls ist keine Bewegung, das heißt zum Beispiel Mitbestimmung und Ausübung von Macht, möglich (vgl. Lang et al. 2010, 4).

Eine lebendige Zivilgesellschaft indessen entsteht erst durch die engagierten Bürgerinnen und Bürger; ohne eine breite Basis von Unterstützern, Mitgliedern, Engagierten usw. gibt es zwar zivilgesellschaftliche Organisationen, aber keine Zivilgesellschaft im Sinne freiwilliger gesellschaftlicher Solidarität und breiter Teilhabe an der gemeinsamen Gestaltung des Gemeinwesens. (Lang et al. 2010, 4)

Eine Schwäche der Bürgergesellschaft ist, dass sie zu wenig politisch gedacht und gemeint ist und als „Bürgergesellschaft light“, wenig Einfluss haben kann. Es geht in diesem Fall mehr um gesellschaftliche Beteiligung und Verantwortung, statt um politische Mitbestimmung. Community Organizing hingegen lässt nach Penta und Düchting die Gesellschaft zu einer breiten Gesellschaft der Bürger_innen werden (vgl. 2014, 2). Echte Partizipations-

und Gestaltungsansätze, die von und mit Bürger_innen und dem Gemeinwesen umgesetzt werden stehen bei Community Organizing im Mittelpunkt. Es wird Einfluss auf Strukturen und Entscheidungen genommen (vgl. ebd.). Community Organizing entwaffnet die zwei Entmachtungsstrategien Vereinnahmung durch Kontrolle und Scheinbeteiligung. Dies funktioniert durch Selbstorganisation und die staatlich unabhängige Finanzierung (vgl. Penta/Düchting 2014, 3).

2.3.17 Unterschicht, Mittelschicht und Eliten

Alinsky setzte sich dafür ein, die Kluft zwischen der Unter- und der Mittelschicht zu überwinden. Die Unterschicht bräuchte die Mittelschicht um ihre Lage zu verbessern und die Mittelschicht ist ständig bedroht durch das mögliche Absteigen in die Unterschicht (vgl. Szyuka 2011, 304). Metaphorisch formuliert ist es wie folgt auszudrücken: Die Gefahr des sozialen Abstiegs sollte die träge Mittelschicht dazu bewegen das Wasser aus dem bald sinkenden Boot zu schöpfen. Das Ziel der Unter- und Mittelschicht sollte ein demokratischer gebändigter Kapitalismus sein (vgl. Szyuka 2011, 304-305). Alinsky bezieht im Rahmen des Community Organizing Stellung. Er positioniert sich, indem er die benachteiligten Menschen und die Mittelschicht aktiviert und befähigt. Alinskys Haltung entsprechend gibt es keine Unparteilichkeit: „The only non-partisan people are those who are dead.“ (Alinsky, 1946, 28). Mit unterschiedlichen, individuellen Handlungen bezieht jeder Mensch Stellung.

Das Wirkungsfeld der Bürgergesellschaft befindet sich eher in benachteiligten Stadtteilen, statt in solchen, die von einflussreichen, integrierten Eliten geprägt sind. Community Organizing fängt dort an, wo Exklusion am gravierendsten zu spüren ist. Es geht um den Zugang zur politischen Teilhabe und Beteiligung für alle (vgl. Penta/Düchting 2014, 2). Das beinhaltet die aufsuchende Kontaktaufnahme für den Organizer.

Weiteres zu den Aufgaben des Organizers ist im fünften Kapitel zu lesen.

Es folgt ein Einblick in die Praxis von zwei Bürgerplattformen um die Arbeitsweise von Community Organizing und die Umsetzung der Grundhaltung und -prinzipien zu skizzieren.

2.4 Bestehendes Projekt: Die Bürgerplattform „Wir sind da! Wedding/Moabit“ (Janise Ebbertz)

In Deutschland gibt es verschiedene Bürgerplattformen. Im Folgenden werden die Community Organizing-Bürgerplattform und ihre Tätigkeiten skizziert. Im Besonderen werden auf Grund der aktuellen Lage die Aktivitäten hinsichtlich geflüchteter Menschen beschrieben.

2.4.1 Prinzipien

Die Bürgerplattform „Wir sind da“ in Berlin-Moabit und -Wedding wurde im November 2008 von über 1100 Mitgliedern gegründet (vgl. Thuns, 2010, 131, zit. nach Penta, 2007). Bevor das Projekt der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) umgesetzt werden konnte gab es eine zweijährige Vorbereitungszeit, welche die KHSB federführend begleitet hat. In dieser Vorbereitungszeit wurde das Community Organizing als Organisationsform und Netzwerk in der Zivilgesellschaft vorgestellt. Zudem wurden Menschen angeworben, die an der Teilnahme an der Bürgerplattform interessiert waren und es wurde ein Unterstützerkreis aufgebaut (vgl. Thuns, 2010, 131, zit. nach Penta, 2007). Es handelt sich um den Zusammenschluss von über 35 vernetzten Organisationen aus Wedding und Moabit. Dazu gehören zum Beispiel muslimische und christliche Gemeinden, Initiativen, Seniorenvertretungen und Bildungseinrichtungen. So werden religiöse, soziale und kulturelle Grenzen überwunden (vgl. Wir sind da! Bürgerplattform Berlin-Wedding/Moabit 2015c).

Die Beteiligten engagieren sich gemeinsam für ihre Stadt und ihr Grundsatz ist, dass Beziehungen am Anfang von Engagement stehen (vgl. ebd.). Hinzu kommt die große Vielfalt, die den Zusammenschluss kennzeichnet; es sind ganz unterschiedliche Menschen involviert und aktiv (vgl. Thuns 2010, 133).

Anhand der Vision dieser Bürgerplattform lassen sich die Grundprinzipien des Community Organizings noch einmal konkret erklären. Bürgerplattformen bieten interessierten Gruppen die Möglichkeit politisch aktiv zu werden und mitzuwirken. Folgende Merkmale kennzeichnen diese Bürgerplattform (vgl. Wir sind da! Bürgerplattform Berlin-Wedding/Moabit 2015c):

- **Vielfalt:** Die Menschen, die mitwirken kommen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten, religiösen Gemeinden, sie spiegeln so das Abbild der Bevölkerung (unter anderem Nationalität, Status, Religion, Alter).
- **Netzwerk:** Das Netzwerk, welches die Gruppen bilden, ist stark und ergibt viele neue Möglichkeiten für den Einzelnen und die gesamte Bürgerplattform.
- **Langfristige Verbindungen:** Durch Nachbarschaft, Projektarbeit oder andere Faktoren sind die Teilnehmer langfristig vernetzt.
- **Unparteilichkeit:** Es gibt keine allgemeine Parteizugehörigkeit der Bürgerplattform. Die Mitglieder kommen aus unterschiedlichen religiösen Gruppen oder haben unterschiedliche (politische) Meinungen und Einstellungen. Statt parteilich sind sie erfolgsorientiert und streben als Gruppe nach Neutralität, hinsichtlich der Parteizugehörigkeit.
- **Gleichberechtigung:** Jede Mitgliedsgruppe hat eine Stimme und jede Stimme zählt gleich viel.
- **Unabhängig:** Der Zusammenschluss ist frei von Ideologien, Religionen. Ebenso von staatlichen Institutionen, es wird kein staatliches Geld angenommen.
- **Kraftvoll:** Es sind viele Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten bei der Bürgerplattform aktiv. Das führt zu kraftvollem Einsatz und Auftreten.
- **Engagement:** Die Mitarbeit ist ungezwungen und ohne Karrierestreben. Das Engagement ist (abgesehen von den 2 Hauptamtlichen) ehrenamtlich.
- **Wissen:** Durch die vielfältigen Mitglieder besteht eine Erfahrungsvielfalt aus Gesellschaft und Beruf.

- **Kreativität:** Es nehmen viele verschiedene Menschen teil. Daraus ergibt sich ein hohes kreatives Potential. "Viele Menschen haben viele Ideen".
- **Strategisch:** Das strategische Ziel ist es Machbares zu erkennen und einzufordern.
- **Zielstrebigkeit:** Es gilt mit Fairness aber Ergebnis-orientiert zu verhandeln und zu streiten.
- **Selbstbewusstes Auftreten:** Die Verhandlungen, zum Beispiel mit Politiker_innen, verlaufen auf Augenhöhe. Die Teilnehmer_innen werden unterstützt selbstbewusst aufzutreten.
- **Respekt:** Innerhalb der Bürgerplattform und gegenüber den Gesprächspartner_innen ist Respekt ein wichtiger Bestandteil in der Arbeitsweise.
- **Langlebigkeit:** Es gibt keine Projektbegrenzung und immer neue Problemstellungen die bearbeitet, besprochen und behandelt werden. Somit werden kontinuierlich Lösungen gefunden und Projekte initiiert, entworfen und umgesetzt. (ebd.)

Eine Bürgerplattform setzt sich zusammen aus Gruppen und nicht aus Einzelpersonen. Es geht darum, dass möglichst viele Menschen mit möglichst unterschiedlichen Hintergründen bezogen auf Alter, Herkunft, sozialer Status, also Menschen, die sonst vielleicht wenig Berührungspunkte haben, zusammenkommen und sich austauschen. Es soll nicht über andere, sondern miteinander gesprochen werden. Deshalb steht das persönliche Kennenlernen an erster Stelle. (Wir sind da! Bürgerplattform Berlin-Wedding/Moabit, 2015b)

Penta und Düchting jedoch beziehen in ihrer Beschreibung auch einzelne Bürger_innen ein. Ob nur Gruppen an Bürgerplattformen teilnehmen ist umstritten (vgl. Penta/Düchting 2014, 4) Die praktische Umsetzung von Community Organizing-Bürgerplattformen ist je nach Situation im Stadtteil und Beteiligten unterschiedlich. Um weitere Einblicke zu Bürgerplattformen zu geben wird im Folgenden der Zusammenhang mit Menschen mit Fluchthintergrund beschrieben.

2.4.2 Arbeit mit geflüchteten Menschen

Im Folgenden wird das Engagement der Bürgerplattform „Wir sind da! Wedding/Moabit“ auf dem Gebiet der Flüchtlingspolitik dargestellt. Die Bürgerplattform arbeitet langfristig mit der Ausländerbehörde zusammen. Ziel ist es, das Verständnis der Mitarbeitenden und Kunden/Kundinnen in Zusammenarbeit mit der Leitung der Ausländerbehörde zu erhöhen und dadurch eine „Willkommenskultur“ für Migranten/Migrantinnen und Menschen mit Fluchthintergrund zu schaffen. Zu diesem Projekt gehört auch die Zusammenarbeit mit dem Migrationsrat und dem Innensenator von Berlin. Die Plattform steht in direktem Kontakt und Austausch mit dem Ausländeramt und geflüchteten Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Menschen stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Ausländeramt. Das Engagement der Plattform macht den konkreten Einfluss der Bürgerplattform auf die Situation der geflüchteten Menschen, in Deutschland deutlich (vgl. Wir sind da! Bürgerplattform Berlin-Wedding/Moabit, 2015a).

Die Bürgerplattform hat aktuelle Geschehnisse in diesem Feld im Blick. Zum Beispiel setzt sich der Berliner Senat für Kundenorientierung in allen öffentlichen Behörden ein und hat „für die Ausländerbehörde einen Prozess zur „Interkulturellen Öffnung“ gefördert“. Die Plattform hat ebenso im Blick, dass der Senat vor Ort weiteren strikten Stellenabbau in der Ausländerbehörde umsetzt (vgl. Wir sind da! Bürgerplattform Berlin-Wedding/Moabit, 2015a).

2.5 Grenzen und Herausforderungen (Lena Häfner)

Um sich sowohl theoretisch als auch praktisch kritisch und reflektiert im Bereich des Community Organizings bewegen zu können und um mögliche Handlungsbedarfe beziehungsweise Ausbaumöglichkeiten aufzuzeigen, werden an dieser Stelle Grenzen und Herausforderungen des Community Organizings dargestellt.

2.5.1 Community Organizing und neoliberale Stadtpolitik

Mit der Etablierung von Community Organizing in Deutschland verstärkte sich auch die öffentliche Diskussion um Bürgerengagement, Zivilgesellschaft und Quartiersmanagement. Mit dem Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" war die Bürgerbeteiligung erstmals in der Geschichte der BRD zu einem maßgeblichen Förderkriterium erhoben (vgl. Stock 2013, 38).

Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen der Finanzierung. Es gab "kein tragendes gesellschaftliches Umfeld für einen Arbeitsansatz, der jenseits leistungsgesetzlicher Bestimmungen die Interessen der Wohnbevölkerung eines Quartiers in den Vordergrund stellte und damit erstmal fast alle gegen sich hatte", so Hinte (Hinte et al. 2011, 7). Man lobte zwar die Betroffenorientierung, erfolgreiche Bürgerinitiativen und das Innovationspotential, verwies aber stets auf die fehlenden finanziellen Mittel nach dem Motto "Schön, dass es euch gibt, aber Geld haben wir für Euch nicht." (vgl. Hinte et al. 2011, 8). Gemeinwesenarbeit war zu stark mit Assoziationen belegt, die sie nicht anschlussfähig an den Mainstream der Fachdiskussion machte (vgl. ebd.). Hinzu kamen eine zunehmende terminologische Unschärfe und eine uneinheitliche, "dahin dümpelnde" Praxis. Die Gemeinwesenarbeit war vermehrt verrufen als dogmatische Linke und Gutmenschen ohne Bodenhaftung (vgl. ebd.). Aus diesen Gründen entwickelte sich das Konzept "Stadtteilbezogene Soziale Arbeit" (vgl. ebd.), und daraus später dann die Sozialraumorientierung, welche einige Aspekte der Gemeinwesenarbeit aufnahm und sie mit Blick auf Anschlussfähigkeit zur institutionalisierten Sozialen Arbeit ergänzte und präziserte (vgl. Hinte et al. 2011, 9). Ziele der Sozialraumorientierung sind es, Lebenswelten zu gestalten und Arrangements zu kreieren, die dazu beitragen, dass Menschen auch in prekären Lebenssituationen zurechtkommen (vgl. ebd.). Es entsteht leicht der Eindruck die Sozialraumorientierung habe die Gemeinwesenarbeit abgelöst (vgl. Stoik 2011, 1).

Die aktuellen Entwicklungen sind ausgehend von der Grundlegung der Gemeinwesenarbeit nach Oelschlägel größtenteils kritisch zu betrachten. Mit

einer zu engen Verknüpfung mit vorherrschenden Politiken und Regierungsweisen und einem allzu unkritischen "Anschmiegen an innovative Projekte" entstehen Fallstricke wie der Verlust kritischer Professionalität (vgl. Schreier 2011, 2).

"Gemeinwesenarbeit, das zeigen historische Rückblicke, ist nicht per se herrschaftskritisch und emanzipatorisch." (Schreier 2011, 4). Durch ihre Verwobenheit in herrschende Regierungsweisen ist sie hochgradig anschlussfähig an neoliberales Gedankengut und damit an Begriffe wie "aktivierender Sozialstaat", "bürgerschaftliches Engagement", "Förderung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative" usw. (vgl. ebd.).

Sozialraumorientierung als neoliberale Strategie neige dazu Verantwortung nach unten zu delegieren und soziale Probleme zu manifestieren, so Stoik (vgl. Stoik 2011, 2). Terminologien des aktivierenden Sozialstaates sind zwar vordergründig anschlussfähig an Gemeinwesenarbeit und Community Organizing (vgl. Schreier 2011, 5). Mit dem Leitbildcharakter des Konzepts "Zivilgesellschaft" entsteht jedoch eine Sperrung gegen widerständige Aktionen und Interessensvertretung. Mit der Orientierung an normativen Leitbildern wie "Good Citizen" wird in legitime und unerwünschte Einstellungen und Verhaltensweisen unterschieden, die nicht engagementwürdig sind (vgl. ebd.). Vor allem Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement sind strikt voneinander abzugrenzen; QM ist eine top-down-Strategie, ein Steuerungsinstrument zum wirksameren Einsatz öffentlicher Mittel (vgl. Schreier 2011, 6). Sie entspringt einer neoliberalen Regierungspolitik, die selektiert, ausgrenzt und Problemlagen individualisiert (vgl. ebd.).

Sozialraumorientierte Programme haben derzeit Konjunktur (vgl. Schreier 2011, 7), am bekanntesten ist derzeit wohl das Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt" (vgl. Spitzenberger 2011, 7).

Solche Programme, die Gebiete als "Soziale Brennpunkte", "Entwicklungsbedürftige Quartiere" etc. bezeichnen, wirken an Segregation und Ausgrenzung mit (vgl. ebd.). Ihnen liegen problem- und defizitorientierte Blickwinkel zu Grunde. In erster Linie geht es um sicherheits- und ordnungspolitische

Ziele, erst in zweiter Linie steht das Ziel einer "lebenswerteren" Umgebung (vgl. Schreier 2011, 7). Die Chancen und Risiken der Absicherung durch staatliche Gelder sind deshalb genau abzuwägen und kritisch zu hinterfragen (vgl. Schreier 2011, 4). Das Problem in der Praxis ist, dass ständig eine Mittelkürzung droht, wenn man sich widersetzt - Soziale Arbeit muss trotzdem selbstbewusst und mutig auftreten (vgl. Schreier 2011, 7). Eine kritisch-reflexive Gemeinwesenarbeit hat sich von solchen Vereinnahmungen zu befreien, um sich ihr Konflikt- und Widerstandspotential und ihre Orientierung an den "ureigenen Interessen, Lebensvorstellungen und Haltungen aller Menschen" zu erhalten (vgl. Schreier 2011, 6). Man könnte meinen mit der aktuell wieder zunehmenden Verwendung des Begriffs Community Organizing und seinem dahinterliegenden konkreter definierten und kritischeren Verständnis fände eine Abgrenzung zu solchen Vereinnahmungen der Gemeinwesenarbeit durch neoliberale Regierungslogiken statt. Doch auch hinter dem Begriff Community Organizing können sich - wie in der Einleitung (2.) bereits angemerkt - unterschiedliche Vorstellungen verbergen:

Die Bedeutung von Community Organizing ist stark umkämpft. Zwei Modelle stehen sich in ihren politischen Ansprüchen gegenüber und definieren das Spannungsfeld zwischen Revolution und Herrschaftssicherung, in dem sich alle aktuellen Projekte bewegen. (Maruschke 2014, 8)

Hinter allen drei Begriffen finden sich somit sowohl an das neoliberale Regierungssystem anschlussfähige als auch kritische Ansätze.

Maruschke kritisiert, bei DICO und FOCO käme der Anspruch, die Verhältnisse ändern zu wollen nicht vor, darüber hinaus würden sie nur Kämpfe führen, die sie gewinnen können (2014, 77). Sie beschränkten sich auf Themen, die nur den Stadtteil betreffen, finanzieren sich über große Unternehmen und gehen von einer einheitlichen Community und einheitlichen Interessen der Community aus. Beide würden einen konfliktfreien und marktfreundlichen Ansatz verfolgen (vgl. ebd.)

Auch kritisiert er drei bestehende Bürgerplattformen in Berlin, von denen die Bürgerplattform „Wir sind da! Wedding/Moabit“ in Kapitel 2.4 vorgestellt wurde, für das Fehlen einer strukturellen Gesellschaftskritik, eine kleinteilige Projektarbeit, die Entwicklung neoliberaler Kontroll- und Ausgrenzungs-

mechanismen und damit die aktive Mitgestaltung neoliberale Kontrollstrategien und Gentrifizierung (vgl. ebd.). Die Bürgerplattform verweigere auch den Blick auf die Ursachen von Armut und Verdrängung (vgl. ebd.).

Dies drückt sich auch in der Mitwirkung an Aufwertungsprogrammen in Berlin Wedding aus. Statt problematische Aspekte unternehmerischer Stadtpolitik zu thematisieren, wurde die Präsenz der Trinker_innen auf einem zentralen Platz zu einem massiven Problem überhöht. Anschließend wurden diese vom Platz verdrängt, ein Platzmanagement eingesetzt und die Einsatzstunden der Polizei nach oben verhandelt. (Maruschke 2014, 78)

Sponsor_innen der Projekte hätten mit Community Organizing ein Instrument gefunden, dass sie wenig kostet (vgl. ebd., 79). Bürgerplattformen würden als vermittelnde Instanz zwischen Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft fungieren und "keinen Rassismus, keine Klassenkonflikte, keinen Sexismus und selbstredend keine strukturellen Ursachen irgendwelcher Probleme" erkennen (ebd.) Der Auftrag sei, dass Menschen sich selbst aus ihrer Armut herausorganisieren sollen (vgl. ebd.). Maruschke fordert deshalb ein transformatives statt liberales Community Organizing. Dieses vertritt umfassende Forderungen und stellt strukturelle Unterdrückungslinien des alltäglichen Zusammenlebens in Frage (vgl. ebd., 97). „Viele liberale Organizer_innen [...] haben behauptet, dass Nachbarschaftsorganisationen mit umfassenden Forderungen nicht erfolgreich sein können auf diese Weise die Menschen nicht animiert, sich zu beteiligen.“ (ebd., 97f.) Transformatives Community Organizing organisiere Menschen zwar für eine emanzipatorische Vision der Gesellschaft, aber auch um konkrete Erfolge zu erzielen (vgl. ebd., 98).

Diese Kritik kann als zu hart betrachtet werden und nicht alle Projekte des Community Organizings sind gleich. Sie ist jedoch wichtig, um sensibel dafür zu sein, dass auch innerhalb dieses Ansatzes neoliberalere Konzepte bestehen. Eine Orientierung an einer transformativen Ausrichtung des Community Organizings im Sinne von Maruschke, die weitgehend der Grundlegung der Gemeinwesenarbeit durch Oelschlägel entspricht, sollte im Hinblick auf eine kritische Reflektion der Ziele und Arbeitsweisen gewährleistet sein.

2.5.2 Community Organizing und Soziale Arbeit

Innerhalb des FOCO wird verstärkt über den Ausbildungsort von Community Organizing diskutiert und darüber, ob Community Organizing innerhalb oder außerhalb der Sozialen Arbeit anzusiedeln sei. Soziale Arbeit und Community Organizing stehen in einer "spannungsreichen Korrespondenzbeziehung" (vgl. Stock 2014, 59). Einerseits ist die Nähe von Community Organizing zur Gemeinwesenarbeit nicht zu verleugnen, andererseits gibt es Forderungen nach einer Verortung des Community Organizings im Spektrum der sozialen Bewegungen. Die Aktivitäten des FOCO sind faktisch stärker im Bereich der Gemeinwesenarbeit und somit der Sozialen Arbeit anzusiedeln (vgl. Stock 2014, 37).

Maja Heiner sagt jedoch, Community Organizing "ist nicht Gemeinwesenarbeit ... oder gar Soziale Arbeit!" (vgl. Stock 2014, 34). Erstens sei die Auftragslage unterschiedlich (Bürger_innen vs. Wohlfahrtsinstitution/Staat): "das 'doppelte Mandat' von Hilfe und Kontrolle wird durch das eindeutige Mandat der organisierten Mitglieder ersetzt" (ebd.). Zweitens würde die Zielstrebigkeit und Klarheit, mit welcher der Aufbau einer einflussreichen, mächtigen Organisation zu Stande kommt, zu einem inhaltlich gleichrangigen Ziel und als ebenso wichtige Aufgabe erklärt wie die Bearbeitung von Missständen und Durchsetzung von Interessen und Anliegen der Bürger_innen (vgl. ebd.). Drittens würden sich die Arbeitsbeziehungen und Rollendefinitionen der am Prozess Beteiligten unterschiedlich gestalten (vgl. ebd.). Community Organizing werde als Methode von der Sozialen Arbeit vereinahmt, "versozialarbeiterisiert" und seiner politischen Motivation beraubt (vgl. Düchting/Penta 2014, 55). Diese Abgrenzung des Community Organizings von Sozialer Arbeit und Gemeinwesenarbeit ist kritisch zu sehen, wenn von dem in Kapitel 2.2 dargelegten kritischen Verständnis von Sozialer Arbeit und Gemeinwesenarbeit ausgegangen wird.

Für im Bereich des Community Organizings Tätige gilt es, sich klar und kritisch zu positionieren und den eigenen Standpunkt zu reflektieren, um nicht unbewusst in die Falle der neoliberalen Regierungslogiken zu tappen. Ob

für diese Fähigkeit und kritische Professionalität eine 10-tägige Ausbildung des IAF ausreicht, kann in Frage gestellt werden.

Eine Ausbildung im Bereich der Sozialen Arbeit, die sich unter anderem mit komplexen gesellschaftlichen und strukturellen Themen und Problemen und ihren Entstehungshintergründen befasst, sowie für die Arbeit im Bereich des Community Organizings unabdingbaren Kompetenzen in der Arbeit mit einzelnen Menschen und Gruppen vermittelt, scheint mehr als empfehlenswert. Zumindest eine Anbindung und Orientierung an einer über eine lange Zeit ausgearbeiteten, theoretisch fundierten kritischen Sozialen Arbeit und Gemeinwesenarbeit wie sie unter anderem im Sinne von Oelschlägel beschrieben wurde, erscheint notwendig. Community Organizing könnte ein Bestandteil des Studiums der Sozialen Arbeit sein oder aber eine Fortbildungsmöglichkeit für Sozial Arbeitende. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird Community Organizing als Teil einer kritischen Sozialen Arbeit betrachtet.

Die Bürgerplattform wird im Rahmen des Community Organizings als die Kernmethode dargestellt. Um unterschiedliche Menschen zu erreichen, braucht Community Organizing jedoch unterschiedliche Ansätze und Settings. Unter anderem durch die Abgrenzung von Gemeinwesenarbeit und Sozialer Arbeit wird die Chance einer Methodenvielfalt nicht ausreichend genutzt. Auch die Orte, an denen Community Organizing stattfindet, sind in den Blick zu nehmen. Welche Anreize für Kreativität bieten diese? Und welche Anlässe zur nonverbalen Kommunikation und zum Beziehungsaufbau entstehen, zum Beispiel für Menschen mit sprachlichen Barrieren? Die Vermutung liegt nahe, dass in den meisten derzeitigen Community Organizing-Projekten überwiegend gut integrierte Menschen aus der Mittelschicht angesprochen werden, welche viele Kompetenzen, die in diesem Bereich benötigt werden, bereits haben. Die Interessen und Bedürfnisse von Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen sind, bleiben so außer Acht.

Community Gardens können einen Ort für Community Organizing darstellen und es um seine Potentiale bereichern:

Community Gardens can help transform people who happen to live in the same place into a united community. It celebrates diversity in individual plots while creating opportunities for people to work together and learn from each other - about gardening, food preparation, and more. They learn to respect each other's differences and to appreciate what they have in common. Community Gardens build relationships that last beyond the growing season. (North Carolina Agricultural and Technical State University 2016)

Über den Garten entstehen Beziehungen, entsteht Gemeinschaft. Es gibt Gärten die mehr und welche die weniger politisch aktiv sind. Der politische Aspekt der Gemeinschaftsgärten wird über den Ansatz des Community Organizing verstärkt. In der Verknüpfung von beiden Ansätzen liegt ein großes Potential zur ganzheitlichen Entwicklung von Communities. Hier werden Aspekte wie Selbstwirksamkeits-erfahrungen, Entstehung von sozialen Netzwerken, nachbarschaftliche Hilfe, Partizipation, und politisches Engagement in Einklang gebracht. Community Gardens stellen den Ort dar, an dem Beziehungen aufgebaut, Ideen entwickelt und politische Handlungen vorbereitet werden können.

Im folgenden dritten Kapitel wird das Community Gardening vorgestellt, um im vierten Kapitel eine Verknüpfung der beiden Ansätze herzustellen.

3. Community Gardening (Lena Häfner)

Das Gärtnern schafft einen Rahmen für städtische Naturerfahrung, für Selbermachen, für Begegnung und Gemeinschaft und ermöglicht auch weitergehendes Engagement für den Stadtteil. Brachen werden entmüllt und bepflanzt, praktische Lernorte für Kinder entstehen, und neue Impulse für Kulturen der Teilhabe bereichern das Zusammenleben in der Urbanitas. Stadtteile gewinnen an Lebensqualität und auch marginalisierte Bevölkerungsschichten erhalten die Chance, sich mit ihren Kenntnissen in den pluralen Lebensraum Stadt einzubringen. (Anstiftung und ertomis 2015)

Wie durch dieses Zitat deutlich wird, bestehen einige Parallelen zwischen Community Organizing und Community Gardening und es gibt viele Möglichkeiten der gegenseitigen Bereicherung, wie zum Beispiel im Bereich der Beziehungsgestaltung, der Begegnung und des politischen Engagements. So ist für die meisten Gemeinschaftsgärten das Selbstversorgen mit Obst und Gemüse eher positiver Nebeneffekt, viel mehr steht hier das Zusammenbringen von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen im Mittelpunkt. In den meisten Konzepten und Leitbildern von Gemeinschaftsgärten tauchen vor allem Aspekte der Integration oder Inklusion als bedeutsame Ziele auf. Der Gemeinschaftsgarten Neuland in Köln schreibt sich zum Beispiel auf die Fahne: "Interkultur, Intergeneration, Inklusion. Die Angebote des Gemeinschaftsgartens richten sich an alle Bürgerinnen und Bürger." (ebd. 2015) Bütikofer stellt heraus, dass es ein explizites Ziel von vielen Gemeinschaftsgärten ist "soziale Beziehungen und Kontakte herzustellen und dadurch ein diversifiziertes soziales Netzwerk aufzubauen, welches auch die von der Gesellschaft exkludierten Menschen miteinschließt und den Gemeinsinn der Beteiligten aber auch der Nachbarschaft stärkt." (Bütikofer 2012, 119) In immer mehr Gemeinschaftsgärten, ist das Aufzeigen von konkreten Perspektiven für die gesellschaftliche Eingliederung von Flüchtlings- und Migrantenfamilien zentraler Bestandteil der Arbeit (vgl. Internationale Gärten e. V. Göttingen 2015b).

Das Potential von Gemeinschaftsgärten, Menschen in der Nachbarschaft zusammenzubringen und Teilhabe zu ermöglichen, haben auch Stadtverwaltung, Quartiersmanagement oder Sanierungsträger nicht nur in Amerika, sondern auch in deutschen Städten wie Berlin, München und Göttingen erkannt (vgl. Madlener 2008, 40). Sie sehen die Belebung des Sozialraums

als wesentliche Funktion der Gemeinschaftsgärten (ebd.). In Berlin etwa wurde über die Beschlussfassung der Agenda 21 die Umsetzung von mindestens zwei interkulturellen Gemeinschaftsgärten pro Stadtbezirk beschlossen (vgl. ebd., 46), ähnlich in München (vgl. Müller 2012, 86). Gemeinschaftsgärten werden von manchen Experten gar als einzige Möglichkeit gesehen, Parallelgesellschaften aufzulösen (vgl. ebd., 119). Sie haben durch ihre enge Verknüpfung mit dem Stadtteil nicht zuletzt ein hohes politisches Potential, da Menschen durch ihre Aktivität in Gemeinschaftsgärten häufig in Kontakt mit der Stadtteilpolitik gebracht und politisch aktiv werden.

In diesem Kapitel werden zunächst die verschiedenen Begriffe rund um Community Gardening bzw. Gemeinschaftsgärten definiert und konkretisiert (3.1). Anschließend erfolgt die Darstellung des historischen Hintergrunds (3.2) sowie der Transition Town-Bewegung als wichtiger Ausgangspunkt der Gemeinschaftsgärten (3.3). Daraufhin werden ausführlich die Prinzipien des Community Gardening herausgearbeitet (3.4). Drei bestehende Projekte werden unter Punkt 3.5 vorgestellt. Unter Punkt 3.6 werden die Grenzen von Gemeinschaftsgärten aufgezeigt, die bei einer neuen Konzeptentwicklung beachtet werden müssen. Abschließend erfolgt unter Punkt 3.7 eine kritische Betrachtung von Gemeinschaftsgärten im Rahmen des Programms "Soziale Stadt". Im Folgenden fließen Ergebnisse eines Forschungsprojekts der beiden Autorinnen zum Thema „Gemeinschaftsgärten und Teilhabe“ ein, welches im Rahmen des Master-Studiums der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Bildung und Integration an der Katholischen Hochschule Aachen durchgeführt wurde.

Zu dem Thema Community Gardening gibt es bisher deutlich weniger wissenschaftliche Literatur als zum Thema Community Organizing, somit sind die folgenden Ausführungen stärker auf konkrete und praktische Aspekte bezogen als auf theoretische und wissenschaftliche.

3.1 Definition (Lena Häfner)

Im Bereich des Community Gardenings gibt es viele unterschiedliche Ausprägungen und Projekte sowie unterschiedliche Begriffe, die verschieden

und synonym verwendet werden. Manuel Malcherowitz, Studiendekan für Soziale Arbeit an der Hochschule Heidelberg, verweist auf die Diversität der einzelnen Gärten (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 482). Im Folgenden sollen die am häufigsten verwendeten Bezeichnungen umrissen werden.

Die erste Definition baut auf der Grundlage der Definition von Marit Rosols erster umfassender Studie zu Gemeinschaftsgärten (2006) auf. Diese wird erweitert durch Nadja Madlener (2009), welche die soziale Funktion von Gemeinschaftsgärten über bürgerschaftliches Engagement hinaus, um Lern- und Handlungsprozess der Gärtner_innen ergänzt (Madlener 2009, 91).

In Gemeinschaftsgärten wird gemeinschaftlich und ehrenamtlich eine (urbane) Fläche als Garten, Grün- und Erholungsanlage oder Park gestaltet, wobei das Engagement auf Freiwilligkeit beruht und der geschaffene Ort (teilweise) auch für andere öffentlich zugänglich ist. Durch ihren sozialräumlichen, kollektiven und diversiven Charakter stellen Gemeinschaftsgärten Lernorte dar, die individuelle und kollektive Lern- und Handlungsprozesse ermöglichen. Gemeinschaftsgärten zeichnen sich vor allem durch drei Komponenten aus Sozialraum, Gemeinschaft und Vielfalt in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen. [...] Zudem stellt der Gemeinschaftsgarten einen Möglichkeitsraum für Beschäftigung, Engagement und Beteiligung dar, welche durch Freiwilligkeit und Offenheit gekennzeichnet sind. [...] Im Unterschied zu den bekannten Schrebergärten, stellen sie keine privaten Flächen dar, sondern werden - sofern sie sich durch eine öffentliche Zugänglichkeit auszeichnen - als All-gemeingut betrachtet. (Madlener 2009, 93-94)

Community Garden:

Die Community Garden Association sieht in einem "Community Garden" einen Garten, der sowohl in der Stadt, Vorstadt oder auf dem Land liegen kann und in dem nicht nur Blumen und Gemüse angebaut werden, sondern auch Vergemeinschaftungsprozesse stattfinden. Er besteht meist aus einer Fläche, die gemeinschaftlich bewirtschaftet wird, oder aus verschiedenen individuell bewirtschafteten kleineren Parzellen (vgl. ebd.).

Gemeinschaftsgarten:

Die Bezeichnung Gemeinschaftsgarten ist in Deutschland relativ neu. Gemeinschaftsgärten sind "gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit" (Malcherowitz/Albert 2013, 483). Sie stellen die deutsche Variante der Community Gardens in den USA dar.

Interkulturelle/Internationale Gärten:

Interkulturelle oder auch internationale Gärten bilden eine spezielle Ausprägung dieser Gemeinschaftsgärten. Der erste interkulturelle Garten entstand in Göttingen, heute "Internationaler Garten Göttingen". Bei dieser Gartenart stehen ausdrücklich der Dialog zwischen den Kulturen und das Bemühen, Integrationsprozesse in Gang zu bringen, im Vordergrund (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 483). Aus der vorliegenden Recherche geht hervor, dass Gemeinschaftsgärten, welche die Interkulturalität nicht explizit in ihrem Namen aufweisen, ebenfalls das Ziel der Inklusion verfolgen.

Urbane Gärten:

In den urbanen Gärten steht die Beziehung zwischen Garten und Stadt im Vordergrund. "Der Garten setzt sich hierbei bewusst ins Verhältnis zur Stadt und will wahrgenommen werden als ein genuiner Bestandteil von Urbanität, nicht als Alternative zu ihr - und erst zuletzt als ein Ort, an dem man sich von der Stadt erholen will." (Müller 2012, 23 f.) Integrationsprozesse und Stärkung der Gemeinschaft sind nicht unbedingt Intention der urbanen Gärten.

Die verschiedenen Begriffe werden in Praxis und Theorie nicht immer trennscharf verwendet und die unterschiedlichen Projekte sind nicht immer eindeutig einem Begriff zuzuordnen. Aus diesem Grund werden auch in der vorliegenden Arbeit unterschiedliche Begriffe verwendet. Mit diesen Begriffen ist sinngemäß und inhaltlich der Kernaspekt der Community Gardens und Gemeinschaftsgärten (siehe jeweilige Definitionen) gemeint.

Gemeinschaftsgärten entstehen auf vielfältige Weise und auf unterschiedlichen Flächen (Schild 2015, 7). Die erste Initiative geht häufig von Bottom-up-Initiativen, das heißt von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen aus. Häufig bekommen sie im Laufe ihrer Entwicklung Unterstützung durch Kommunen. Auch kann die Entstehung von engagierten Akteuren kommunaler Verwaltung initiiert werden. Der Entwicklungsprozess wird dann top-down angeregt (vgl. ebd.).

Das äußere Erscheinungsbild der Gemeinschaftsgärten ist in den meisten Fällen eher ungewöhnlich und geprägt von der kreativen Neu- und Umnutzung von Materialien und Gegenständen (vgl. Schild 2015, 7). Auf Grund knapper finanzieller Ressourcen wird mit ausrangierten Gegenständen experimentiert. Gemeinschaftsgärten gleichen häufig offenen urbanen Werkstätten, in denen nicht nur der Anbau und die Kultivierung von Nutzpflanzen, sondern auch das handwerkliche Selbermachen gelernt wird (vgl. ebd.). Der Prozess des kollektiven Arbeitens ist ebenso wichtig wie die Erzeugung gärtnerischer Produkte. Diese Orte gleichen ökologischen Inseln in der Stadt, in denen der bewusste Umgang mit Ressourcen in der Stadt gelebt wird (vgl. ebd.).

3.2 Historischer Hintergrund (Janise Ebbertz)

In allen Städten spielt die Natur eine Rolle: Es werden Parks angelegt und die Wanderwege in der Nähe ausgeschildert, aber dreckig, chaotisch und „natürlich“ darf die Natur nicht sein. Historisch betrachtet sind Stadt und Landwirtschaft verbunden. Noch vor wenigen Jahrzehnten die Selbstversorgung zum größten Teil Normalität. Statt Lebensmittel aus dem Supermarkt zu beziehen, wurde selbst angebaut. Ältere Generationen erinnern sich noch an die Zeit, in der jeder, vor allem in ländlichen Regionen, seine Kartoffeln selbst anbaute oder mit dem Nachbarn gegen Fleisch oder Gemüse tauschte. An wenigen Orten passiert dies heute noch (vgl. Taborsky 2008, 90).

Auf den Müllhalden in New Yorker Ghettos sind Anfang der 70er Jahre erste Community Gardens entstanden. Die Menschen, darunter zwei Drittel Frauen (vgl. Meyer-Renschhausen 2004, 15), begannen Gemüse auf brachliegenden Flächen anzubauen, Pflanzen und Bäume zu pflanzen. Es entstanden weitere „grüne Oasen“, die Amerikas Ghettos inmitten zerfallener Häuser von Müll befreiten (vgl. Taborsky 2008, 90). Der Blick auf die Entstehung der Community Gardens in New York weist auf den frühen und bedeutenden Zusammenhang zwischen Community Gardening und bürger-

schaftlichen Engagement hin. Schon im Jahr 2004 gab es dort 800 registrierte Community Gardens, von denen die meisten in ärmeren Vierteln lagen und durch „people of colour“ betrieben wurden (vgl. Meyer-Renschhausen 2004, 18). Ebenfalls gab es zu der Zeit über 6.000 Community Gardens in 38 US-amerikanischen Städten (vgl. ebd. 17). „Einige befinden sich auf Grund und Boden von Hauskomplexen des sozialen Wohnungsbaus.“ (ebd. 2004, 17)

Ebenfalls Anfang der 70er wurde in Nordamerika und New York eine Vielzahl an Bürgerinitiativen/Nichtregierungsorganisationen gegründet. Diese koordinierten die Community Gardens. 1973 entstand die bedeutende und älteste Initiative „Green Guerillas“ mit 800 Mitgliedern. Diese arbeiten mit vielen Ehrenamtlichen, aber auch einigen bezahlten Mitarbeiter_innen und unterstützen die Errichtung von neuen Community Gardens, fördern die Kommunikation unter ihnen und vermitteln Saatgutspenden (vgl. Meyer-Renschhausen 2004, 18-19). Die freischaffenden, durch bürgerschaftliches Engagement gegründeten Gärten sind eng mit strukturierten Nichtregierungsorganisationen vernetzt, beziehungsweise werden teilweise selbst zu einer Bürgerinitiative oder einem Verein. Als einen Grund für die starke Vernetzung benennt Meyer-Renschhausen die oftmals vorkommende Bedrohung eines Verkaufs des Garten Grundstücks gegen das sich die Community Gardens verteidigen müssen. An dieser Stelle verhandeln sie mit politischen und/oder städtischen Institutionen. Auch die Genehmigung von Pachtverträgen erfordert zum Teil eine anerkannte Rechtsform.

Das Thema der Ernährung spielte Anfang der 90er Jahre bei den Green Guerillas eine wichtige Rolle. Sie waren vernetzt mit Organisationen und setzen sich für den „systematischen Anbau von Ökogemüse“ ein (vgl. ebd. 19). Vor allem die Versorgung von ausgegrenzten Menschen mit hochwertigem Gemüse und der Erhalt bzw. die Wiedereinrichtung von Gemüsemärkten waren ein Anliegen.

Das Programm „East New York Farms“ hat beispielsweise Gemeinschaftsgärtner_innen dazu aufgefordert, für die Nachbarschaft und den eignen Be-

darf Gemüse anzubauen. Auch wurde Gemüse an Suppenküchen verschenkt und auf selbstständig initiierten Bauernmärkten verkauft. Dieses steuerlose Verkaufen ist primär illegal, wird dennoch durch staatliche und städtische Programme unterstützt und toleriert. Der Grund hierfür ist die Reduktion von Gewalt in den Slums und die Verbesserung der elendigen gesundheitlichen Situation der Bewohner_innen im Slum (ebd.). Meyer-Renschhausen beschreibt 2004 die zunehmende Anerkennung der Gärten von den kommunalen Behörden. Kommunen seien daran interessiert brachliegendes Land zum Gemüseanbau durch die Anwohner_innen zu nutzen, um Verwahrlosung und Kriminalität zu vermeiden. Dennoch musste jeder Erfolg der Community Gardens, jedes unbebaute Grundstück und jedes Bestehensrecht hart erkämpft werden (vgl. ebd., 16). Die Schere zwischen Akzeptanz, Förderung und Ausgrenzung von Community Gardens ist breit und je nach Projekt sehr unterschiedlich. Seit Anfang der 90er Jahre müssen die New Yorker Gemeinschaftsgärten verteidigt werden. Neoliberalismus und Globalisierung stellen und stellen große Herausforderung hinsichtlich des Erhalts der Gärten dar. Viele stadteigene Grundstücke werden an Investoren verkauft. In New York gab es einige „Angriffe“ und Schließungen von Community Gardens (vgl. Meyer-Renschhausen 2004, 65–66).

In Amerika gibt es die landesweite Vereinigung „American Community Gardening Association“ (ACGA) für alle Community Gardens. Mehr als 30% (zwischen 1991 und 2003, waren es 1.853 Gärten) der Gärten wurden nach 1991 gegründet (ebd., 17). Das Ziel ist der Aufbau von Gemeinschaften durch die Steigerung der Anzahl und Förderung von Community Gardens und „greening“ in den Vereinigten Staaten und Kanada. Die Organisation ist eine Mitgliederorganisation, die sich mit weiteren Initiativen zusammengeschlossen hat. Sie sind überzeugt davon, dass Community Gardening die Lebensqualität der Menschen durch Nachbarschaft und Gemeinschaftsentwicklung erhöht. Konkretisiert bedeutet dies, die Stimulierung von sozialer Interaktion, die Verschönerung von Nachbarschaften, die Produktion von Nahrung, das Sinken von Nahrungskosten der Familien, und die Kreation des Raums für Erholung, Therapie und Bildung (vgl. American Community Gardening Association 2016).

„Kleingärten umfassen kulturgeschichtlich eine Vielzahl an Strukturen und Funktionen, von Armengärten und Laubenkolonien im 19. Jahrhundert bis hin zu politisch motivierten Selbstversorgungsprojekten in den Großstädten zu Beginn des 21. Jahrhunderts.“ (Wanner/ Martens 2009, 25). In Deutschland begann die Geschichte des Community Gardenings mit dem „Interkulturellen Garten“ in Göttingen im Jahr 1996 (siehe Abschnitt 3.1). Diesen ersten interkulturellen Gemeinschaftsgarten gründeten bosnische Flüchtlingsfrauen mit Unterstützung durch Sozialarbeiter_innen in Göttingen. Auf diesen folgten in den nächsten Jahren fünf weitere internationale Gärten (vgl. ebd.).

Interkulturelle Gärten gibt es heute in vielen Städten Deutschlands und in anderen europäischen Ländern. In einem Interkulturellen Garten verhandeln Akteure aus bis zu 20 Herkunftsländern ihre Wirklichkeit täglich neu. (Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis 2015)

In Österreich wird die Vernetzung der Gärten besonders aktiv organisiert. Der Verein Gartenpolylog hat 2007 begonnen, ein österreichisches Netzwerk von mittlerweile 180 gemeldeten Gemeinschaftsgärten, Nachbarschaftsgärten, interkulturellen Gärten und anderen Formen des gemeinschaftlichen Gärtnerns und Landwirtschaftens aufzubauen und begleiten es seitdem (vgl. Gartenpolylog e.V. 2015). Gartenpolylog bietet für das österreichische Netzwerk der Gemeinschaftsgärten „Beratung, die Organisation von Vernetzungsveranstaltungen, das Betreiben einer Plattform (Homepage) und die Aufbereitung und Verbreitung von Wissen und Informationen“ an (ebd.).

In Deutschland ist die Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis hinsichtlich der Vernetzung aktiv. 463 registrierte Gemeinschaftsgärten, befinden sich im November 2015 in der Datenbank der Stiftungsgemeinschaft (vgl. Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis). Die geschichtliche Entwicklung, in Bezug auf die wachsende Anzahl der Community Gardens, ist beachtlich.

Auch in vielen anderen Ländern gibt es Community Gardens, auf die jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter eingegangen wird, da der Fokus auf ihrer Entwicklung in Deutschland liegt.

Teilhabe und das Schaffen von Zugang für alle Menschen, politische Mitgestaltung, Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung aller, ist sowohl bei Community Organizing, Community Gardening und der Transition-Town-Bewegung ein Anliegen. Wegweisend bei der Analyse von Community Organizing und Community Gardening ist die Betrachtung der Transition-Town-Bewegung. Grund hierfür sind die übereinstimmenden Herangehensweisen, wie beispielsweise die Vernetzung. Im Folgenden werden die Ideen, die Ziele und die Umsetzung der Transition-Town-Bewegung beschrieben.

3.3 Die Transition-Town-Bewegung als Entstehungshintergrund

(Janise Ebbertz)

Da eine Vielzahl der Begriffe, Werte und Grundhaltungen der Transition-Town-Bewegung mit ihren zahlreichen zugehörigen Initiativen, mit dem Ansatz des Community Gardenings und des Community Organizings übereinstimmen, ist die Einbeziehung der Transition-Town-Initiativen an dieser Stelle unabdingbar. Community Gardening kann als wesentlicher Bestandteil der Transition-Town-Bewegung betrachtet werden.

Ein entscheidender Unterschied zwischen der Transition-Town-Bewegung und dem Community Organizing ist der Umgang mit der Zielsetzung, diese steht bei der Transition-Town-Bewegung im Gegensatz zum Community Organizing fest. Bei der Transition-Town-Bewegung gibt es konkrete übergeordnete Ziele, während die Ziele beim Community Organizing durch die Bürger_innen vor Ort festgelegt werden. Die übergeordnete Ressourcenunabhängigkeit, Gemeinschaft und Teilhabe für alle passt jedoch teilweise zusammen.

Im Jahr 2003 hat Rob Hopkins, einer der Initiatoren der weltweiten Transition-Town-Bewegung, ein Programm entwickelt und begonnen dieses umzusetzen. Inzwischen gibt es mehr als 500 ortsspezifische, angebundene Initiativen in 40 Ländern, wovon in Deutschland mehr als 100 Gruppen ansässig sind (vgl. Welzer und Sommer 2014, 180-181).

Ziel ist der gesellschaftliche Wandel und das Schaffen einer anderen Welt, durch einen alternativen Lebensstil, der zum Beispiel von Re-Lokalisierung,

Suffizienz, Subsistenz und Fair Share geprägt ist. Zu Transition Town zählt Rob Hopkins unter anderem Repair-Cafes, Share-Economy, Verschenk- oder Leihläden, Ansätze der Postwachstumsökonomie, Solidarische Landwirtschaftsprojekte, Lokalwährung, Gemeinschaftsgärten, Urban Gardening und Ökodörfer.

Alle Aktiven in den Initiativen, Projekten, Vereinen, und Gruppen des bürgerschaftlichen Engagements handeln aktiv und gestalten ihre Lebenswelt, anstatt darauf zu warten, dass etwas für sie organisiert wird (vgl. Hopkins 2013, 8–9). Der Auslöser dieser Bewegung ist die Auffassung, dass die Politik und Wirtschaft die Klimapolitik und den Umgang mit der Umwelt nicht angemessen umsetzen. Ausschlaggebend ist die Knappheit von Öl („Peak Oil“) und die drohende Umweltkatastrophe beziehungsweise der Klimawandel, in Kombination mit der gewollten Abwendung von der Konsumgesellschaft und dem Wirtschaftswachstum, hin zur Postwachstumsökonomie. Die Transition-Town-Bewegung ist gegen die Energiegewinnung durch Kohle und die Nutzung der Fracking-Methode. Ziel ist der umweltfreundlichere Lebensstil des Menschen, das Verbrauchen von nur noch 10-15% der aktuell verbrauchten Ressourcen pro Person. Durch zahlreiche dezentrale Projekte soll ein Wandel herbeigeführt werden. Mit der Aussicht auf ein besseres und glücklicheres Leben, welches sich auf Gemeinschaft statt auf Konsum und Wirtschaftswachstum bezieht. Weitere Ziele sind Ernährungssouveränität und Resilienz (ebd.).

Im September 2006 wurde die Gemeinde Totnes in England mit ca. 8000 Einwohner_innen zur „TTT – Transition Town Totnes“. Ziel ist die Unabhängigkeit vom Erdöl und ein neues Gemeinschaftsgefühl, „eine bessere Welt mit weniger Stress, weniger Eile, weniger Angst, besserer Nahrung, besserer Gesundheit, mehr Gleichheit.“ (vgl. Tügel 2010, 26). Da die Bewegung so vielseitig ist und einige Projekte umfasst, wird an dieser Stelle der Film „Voice of Transition“ empfohlen. Dieser stellt die Anliegen und die Umsetzung der Bewegung auf nationaler und internationaler Ebene dar. „Transition Town Totnes war kein linkes oder rechtes, kein wachstums-befürwortendes oder elitäres Projekt, sondern eine Initiative, die darauf ausgerichtet war, so viele Menschen wie möglich einzubeziehen“ (Hopkins 2013, 183–

184). Hobkins sagt, dass Menschen oft nicht erkennen, dass es weniger Grenzen gibt und sehr viel möglich ist. Vor allem könnten kleine Gruppen Enormes leisten (vgl. ebd.).

Die Idee des strukturierten Konzepts und Gestaltens ähnelt der des Community Organizings. Auch hierbei geht es darum, dass alle Menschen mitmachen können. Da bei der Transition-Town-Bewegung die Ziele festgelegt sind, werden sich Menschen mit diesen Zielen von der Initiative angezogen fühlen und einbringen. Ähnlich wie bei einem Gemeinschaftsgarten sind bestimmte Anliegen offensichtlich erkennbar (Gemüse anbauen, in der Natur arbeiten, Menschen begegnen, Recycling, ressourcenschonender Lebensstil, Unabhängigkeit vom Wirtschaftssystem etc.). In Aachen beispielsweise sind unter anderem aus der örtlichen Transition-Town-Gruppe zwei Community Gardens gegründet worden, die bis heute bestehen und zahlreiche Menschen zusammenbringen.

Die Vorgehensweise der Transition-Town-Bewegung hat weitere Gemeinsamkeiten mit Community Organizing und Community Gardening. Das Prinzip ist ebenfalls eine Bottom-up-Strategie. Die Stadtteil- und Nachbarschaftsebene kann eine wirksame Veränderung hinsichtlich Transition bewirken. Es geht um lokale Gruppen und die Organisation derer. Politische Teilhabe wird „von unten“ in kleinen Gruppen organisiert und ermöglicht, statt auf die Taten von zum Beispiel der Regierung mit gegebenenfalls zähen, bürokratischen Strukturen zu warten. Die Einbeziehung des Stadtteils und der Nachbarschaft ist auch bei der Transition-Town-Bewegung ein fester Bestandteil. Beispielsweise gibt es in London 40 Transition-Town-Initiativen, die auf Nachbarschafts- oder Stadtteilebene arbeiten (vgl. Hobkins 2013, 186). An dieser Stelle spielt das Netzwerk eine Rolle. Hobkins befragte aktive Beteiligte in den Initiativen in London. Es stellte sich heraus, dass die Verknüpfung verschiedener Initiativen das Gefühl gibt, zu einer großen, starken Bewegung dazuzugehören. Für eine Befragte ist die Nachbarschaft der entscheidende Ort für Transition-Town-Initiativen. Sie findet das direkte, lokale Umfeld ist der geeignete Ort um Transition zu leben und Transition-Town-Aktive zufällig auf der Straße zu treffen (vgl. Hobkins 2013, 89-90).

3.4 Prinzipien (Janise Ebbertz)

Die geschichtliche und aktuelle Entwicklung von Gemeinschaftsgärten ist beachtlich. In kurzer Zeit sind viele Gärten in ganz Deutschland entstanden, es gibt eine steigende Anzahl von Veröffentlichungen und Literatur zum Thema und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat eine Broschüre zur Einbindung von Gemeinschaftsgärten im Quartier herausgegeben. Mehr dazu ist im Kapitel 3.7 zu finden.

Folgend wird auf die Prinzipien, welche Community Gardens prägen, eingegangen. Diese werden mit dem Augenmerk auf das vorhandene Potential analysiert.

3.4.1 Resilienz

Der Begriff Resilienz umschreibt die Widerstandsfähigkeit und Widerstandskraft des Menschen gegenüber belastenden Umständen und Ereignissen. Die Kernaussage ist die Bewältigung von schwierigen Lebensumständen, mit denen jeder Mensch konfrontiert ist, da jeder Mensch verletzlich ist (vgl. Gabriel 2005, 1342). Auch der Umgang mit Krisen, Banken- und Wirtschaftskrise oder der Umgang mit Umweltkatastrophen, Terrorismus und Kriegsführung kann für Menschen überfordernd sein. Ein Gemeinschaftsgarten kann Menschen Hoffnung geben, und sie erfahren lassen, dass sie etwas bewirken können. Sie sehen eine Pflanze wachsen nachdem sie diese selbst eingepflanzt haben. Solche individuellen und gemeinschaftlichen Erlebnisse können Menschen auch im größeren Rahmen befähigen, resilienter zu werden und drauf zu vertrauen, dass es einen Ort gibt an dem sie willkommen sind und mitwirken können.

Christa Müller benennt das Erfahren von Kontinuität als einen wichtigen Faktor im Gemeinschaftsgarten. Diese Erfahrung kann zum Beispiel für traumatisierte Menschen mit Fluchthintergrund zur Wiedererlangung ihrer Stabilität beitragen (vgl. Müller 2002, 68-69) Dies gilt nicht nur für Menschen mit Fluchthintergrund, sondern auch für Arbeitslose und labile, psychisch kranke Menschen. Die Arbeit im Garten ist vom Jahresrhythmus abhängig und gibt somit einen klaren Rahmen für Aussaat, Pflanzung und Ernte vor.

Das freiwillige Engagement und die bodenständigen Tätigkeiten im Community Garden können für inneren Halt sorgen und bieten ein soziales Netzwerk für die Beteiligten. Gärtnern und eine Aufgabe zu haben wird als sinnstiftend empfunden. Auch die Aspekte Erholung und Selbstversorgung spielen bei Interkulturellen Gärten eine Rolle. Wanner und Martens beschrieben, dass gärtnernde Menschen in den USA zufriedener sind als nicht-gärtnernde Menschen. Die gemeinschaftlichen Gartenarbeiten und soziale Netzwerkbildung können einen positiven Einfluss auf das Wohlbefinden und die Lebensqualität von Menschen haben. Community Gardens können vor allem für Menschen in der Stadt diesen positiven Einfluss haben (vgl. Wanner/Martens 2009, 25).

3.4.2 Empowerment

Ziel des Empowerments ist es, weg zu kommen von einer passiven Versorgungskultur. Die Versorgungskultur wird als ungerecht, künstlich und vom Markt bestimmt beschrieben. Es soll eine neue, aktive, gastfreundschaftliche und selbstbestimmte Gartenkultur entstehen (vgl. Taborsky 2008, 92-93). Es geht um die aktive Bewältigung des Lebens. Von den ersten Community Gardens in Göttingen bis hin zu sehr vielen weiteren in anderen Städten, gibt es ein Potential zur Teilhabe, welches nicht ungeachtet bleiben sollte. Gerade für die Soziale Arbeit sind die gesellschaftsgestaltenden Phänomene der Gemeinschaftsgärten und deren Auswirkungen interessant.

Sowohl die Gemeinschaftsgärten und die Interkulturellen Gärten verbindet, dass sie „[auf] Strukturen aufbauen, welche aktive Teilnahme und Mitbestimmung der jeweiligen Mitglieder am Organisationsprozess voraussetzen“ (vgl. Taborsky 2008, 97). Durch die Verantwortung, die Menschen dort übernehmen und die Stimme, die sie bekommen, in dem sie mitbestimmen, steigt ihre Selbstachtung, ihr Selbstvertrauen und ihre Stellung in der Gesellschaft wird beeinflusst (ebd.). So wird Integration durch den aktiven Anschluss von Menschen an diese bestehenden partizipativen Strukturen ermöglicht, um somit das soziale Klima zu verbessern (ebd.).

3.4.3 Verschönerung des Stadtteils

Es gibt Community Gardens, in denen es vorrangig um den Gemüseanbau geht und solche, bei denen der solidarische Zusammenhalt im Vordergrund steht. Wieder andere setzen sich für mehr Grün in der Stadt, die Verschönerung des Stadtteils und/oder die Verbesserung des Umweltschutzes ein. Jeder Gemeinschaftsgarten hat mehrfache Wirkungsfelder, selbst wenn sich die Gemeinschaftsgärtner_innen auf den solidarischen Zusammenhalt fokussieren, so werden sie gleichzeitig die Stadt „grüner“ machen. Das Gleiche gilt anders herum: Das Anliegen die Stadt umweltfreundlicher und pflanzenreicher zu machen, ist mit dem Zusammenbringen von Menschen, die sich um den Garten kümmern und ihn gestalten, verbunden.

3.4.4 Solidarität und Gemeinschaft

Irmgard Grünsteidel fasst die Potentiale von Community Gardens in New York wie folgt zusammen (2000, 136): Alle (Nachbarschaft, Polizei, Stadt, Engagierte) sind sich einig, dass Gemeinschaftsgärten die sozialen Beziehungen in der Nachbarschaft verändern. Sie wirken der Isolation von Menschen entgegen. Durch das Zusammenbringen der Menschen wird der Kontakt unter allen Bewohner_innen, somit auch unter verschiedenen ethnischen Gruppen gefördert. Durch die Verbundenheit mit dem Garten wird die Identifikation mit dem Stadtteil höher. Der Gemeinschaftssinn und die Solidarität werden durch Gemeinschaftsgärten gesteigert. Das erkennt Grünsteidel daran, dass viele Gärtner_innen einen Teil ihrer Ernte an Suppenküchen, Bedürftige und ältere Menschen verschenken (vgl. 200, 136). Es entsteht eine Kultur des Teilens und Verschenkens.

3.4.5 Förderung kultureller Vielfalt und Begegnung

Community Gardens sind Orte, an denen kulturelle Veranstaltungen wie Straßenfeste, Geburtstage oder Konzerte und Theatervorstellungen stattfinden und einen besonderen Stellenwert haben. Diese Veranstaltungen und der Gemeinschaftsgarten als Ort der Öffentlichkeit bieten Raum für zwangslose Begegnungen von unterschiedlichen Menschen, die einander gewöhnlich nicht aktiv begegnen. Das aktive Begegnen bezieht sich darauf,

dass ein Gemeinschaftsgarten schnell zum gemeinsamen Anliegen werden kann. Wenn es darum geht den Garten zu verteidigen und um die Existenz zu kämpfen, dann vernetzen sich in New York die Ghattobewohner_innen mit Nichtregierungsorganisationen und der Öko-Aktivisten-Szene (vgl. Meyer-Renschhausen 2004, 18). Menschen unterschiedlicher Hintergründe haben gemeinsame Ziele und begegnen sich, um diese Ziele zu erreichen. Gemeinschaftsgärten können den sozialen Frieden, das friedliche Miteinander fördern. Die Community Gardens in New York führten zu Verminderung von Konflikten in benachteiligten Bezirken. Community Gardening wird dort als Strategie bezeichnet. Fraglich ist, inwieweit Evaluation stattgefunden hat und was die Gärten genau bewirkt haben. Qualitative Forschungsergebnisse bestätigen, die Wirkung von Beziehungen und Begegnungen im Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung.

Am Schnittpunkt von Natur, Kultur und Sozialem wird die Migrationsgesellschaft jede Gartensaison neu erfunden. Gemüseanbau allein reicht nicht. Es gilt, Differenzen und Gemeinsamkeiten zu entdecken, zu deuten und auszudrücken. Ein neues „Wir“ entsteht im interkulturellen Zwischenraum. (Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis 2015)

3.4.6 Kollektiver „geldfreier“ Raum

Ein städtischer Gemeinschaftsgarten bietet einen kreativen und kollektiven Raum, in dem vor allem Freiraum zur kreativen Gestaltung ohne Vorgabe vorhanden ist. Fern ab staatlicher Vorgaben (mit Ausnahme einiger Regeln) gestalten unterschiedlichste Menschen ein Stück Land auf eigensinnige Weise. Manche Gemeinschaftsgärten nutzen die Form des Vereins, andere sind jedoch unabhängiger vom Staat. Karin Werner (Soziologin und Beraterin für die Anstiftung und Stiftung Interkultur) beschreibt, das Community Gardens „dem methodischen Individualismus der neoliberalen Ordnung mit den Logiken und Kräften des Kollektiven begegnen (ihn aber nicht gänzlich außer Kraft setzen)“ (Werner 2012, 62). Teil eines Community Gardening-Projekts zu sein, bedeutet Zugang zu gesellschaftlichen sozialen Praxen zu bekommen, dies bedeutet ebenso, dass Menschen in einen Austausch miteinander kommen und gemeinschaftliche Erlebnisse innerhalb des Gartens teilen (vgl. Werner 2012, 62). Dieser öffentliche Raum ist insofern „geldfrei“, dass die Menschen keinen Eintritt zahlen müssen und kostenlos Teil eines

kollektiven Erlebnisses werden. Dies bietet beispielsweise für arbeitslose Menschen eine Chance. Gerade Menschen, die viel Zeit einbringen können, sind gerne gesehen. Es zählt im Rahmen der Subsistenz und der Gärten nicht möglichst viel Geld verdienen zu können, sondern zum Beispiel sich selbstversorgen zu können (vgl. Taborsky 2008, 89).

3.4.7 Bildungsförderung und Umweltbildung

Bildung ist das zentrale Anliegen der interkulturellen Gärten. Zum einen geht es um die Wissensvermittlung über ökologische Aspekte hinaus und zum anderen, gibt es einen lehrreichen Austausch zwischen Kulturen und Nationen. Die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit werden unmittelbar ins Blickfeld der Akteure gerufen und erfordern eine Auseinandersetzung damit. Im Göttinger Garten gibt es ein Bildungsprojekt „Lebendiger Boden – lebendige Vielfalt“. Dort werden Menschen mit Migrationshintergrund in Debatten über Umweltschutz einbezogen (Malcherowitz/Albert 2013, 485). Auch im Aachener Gemeinschaftsgarten „Hirschgrün“ gibt es Bildungsprojekte. Im Jahr 2015 gab es eine halbjährliche Bildungs-AG in Kooperation mit der im Stadtteil ansässigen Schule. Dieses Projekt wird im Jahr 2016 fortgeführt. Neben vielen einmaligen, spontanen Bildungsangeboten in Gemeinschaftsgärten, gibt es wie beschrieben, einige langfristige Bildungsangebote. Somit machen Gemeinschaftsgärten einen festen Bestandteil der Bildungslandschaft aus.

3.4.8 Subsistenz und Postwachstumsökonomie

Community Gardens haben eine wirtschaftliche Wirkung. Häufig streben die Beteiligten nach einer Subsistenzwirtschaft. Das bedeutet, dass Wirtschaft in unmittelbarer Verknüpfung mit der sozialen Dimension betrachtet und gelebt wird. Subsistenz bezieht sich auf die angedeutete Selbstversorgung durch den Anbau von Nutzpflanzen im Gemeinschaftsgarten. Beispielsweise bauen Menschen mit Migrationshintergrund dort eine aus der Heimat vertraute Gemüsesorte an und sparen dadurch Geld. Zudem haben sie ein Stück ihrer alten Heimat in ihre neue Heimat mitbringen können (vgl. Müller 2002, 52-53). Da Subsistenzproduktion nur in Gemeinschaft gelingen kann,

trägt sie dazu bei, dass die Menschen näher zusammenrücken und zusammenhalten. Diese Vergemeinschaftungsprozesse bewirken auch ein anderes Verständnis von Eigentum. So ist oft nicht mehr die Rede von “der Stadt”, sondern von “unserer Stadt” (zitiert nach Bennholdt-Thomsen 2012, 262ff.). Zudem geht es im Sinne der Postwachstumsökonomie im Community Garden darum Zeit zu investieren und vorhandene Produkte zu nutzen, statt neue Ressourcen zu verbrauchen.

„Als ‘Postwachstumsökonomie’ wird eine Wirtschaft bezeichnet, die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau einhergehende Versorgungsstrukturen, verfügt. [...] Das Konzept der Postwachstumsökonomie orientiert sich an einer Suffizienzstrategie und dem partiellen Rückbau industrieller, insbesondere global arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozesse zu Gunsten einer Stärkung lokaler und regionaler Selbstversorgungsmuster. Enthalten sind zudem Ansätze der Geld- und Bodenreform.“ (Paech 2016)

Der Weg der Postwachstumsökonomie geht weg von dem Arbeitsmodell der 40-Stunden-Woche hin zur Teilzeitarbeit. Die „Weg-werf-Gesellschaft“ und Konsumgesellschaft soll überwunden werden, stattdessen steht das Reparieren und Wiederverwerten von Materialien im Zentrum.

3.4.9 Basis-Demokratie und Hierarchielosigkeit

Die meisten Gemeinschaftsgärten geben auf ihrer Homepage flache, möglichst keine Hierarchien als Arbeitsprinzip an. Die Abläufe im Gemeinschaftsgarten in Aachen werden durch wöchentliche basis-demokratische Plenumsstrukturen organisiert. Die Anwesenden stimmen bei Entscheidungen jeweils mit gleichwertiger Stimme ab (vgl. Ebbertz/Häfner 2015, 38).

3.4.10 Politische Partizipation, Teilhabe und Teilgabe

„Aus der lebendigen - und keineswegs immer konfliktfreien - Praxis des gemeinsamen Gärtnerns ergeben sich quasi organisch weitere Schritte in die Mehrheitsgesellschaft.“ (Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis, 2015). Die Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis bezeichnet die Interkulturellen Gärten als Stadt-Landschaften der Migrationsgesellschaft. Sie beschreiben die Vorzüge und Wirkungen der Interkulturellen Gärten. Zum einen die gelebte Partizipation, zum anderen das Entgegenwirken des Mangels. Da

ein Garten große Ernten und Überfluss beschereu kann, werden Gärtner_innen zu Menschen, die etwas zu geben haben. Dies kann einen Rollentausch mit sich bringen: Ein Mensch mit Fluchthintergrund verschenkt Gemüse an die Nachbarschaft. „Bedürftige“ können geben und helfen statt nur einseitig zu empfangen. Ebenso ist die Zugangsschwelle zu einem Gemeinschaftsgarten geringer als in manch anderen gesellschaftlichen Institutionen, es gibt zum Beispiel bei einigen einen Informationsflyer in verschiedenen Sprachen (vgl. Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis 2015).

Nicht nur die Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis beschreibt die Situation von Einwander_innen in Deutschland als verbesserungswürdig. Es ist ihnen ein Anliegen zu betonen, dass Einwander_innen sich häufig benachteiligt fühlen und von täglichen Diskriminierungen betroffen sind. Diese Diskriminierungen können zu Entmutigung und Abschottung bei ihnen führen. An dieser Stelle sieht die Stiftung die Interkulturellen Gärten als einen Ausweg aus der Gettoisierung und Diskriminierung. Die Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund kann in Interkulturellen Gärten gefördert werden. Die Einschätzung der Stiftungsgemeinschaft hinsichtlich der Diskriminierung wird durch verschiedene Studien unterbaut (vgl. Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis 2015).

Bei der Ausbildungsplatzsuche werden Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland auch bei gleicher Qualifikation benachteiligt. Dies belegen Wissenschaftler des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) erstmals mit statistisch belastbaren Zahlen. Auch andere Untersuchungen bestätigen die Diskriminierung von Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und Europa. (bpb 2015)

Der Blick auf Teilhabe, besonders in der Umsetzung, ist relevant, da die konkrete Umsetzung von Gleichberechtigung und die Einbeziehung von allen Menschen auf Augenhöhe nach wie vor defizitäre Themen sind. Sehr drastisch fällt dies bei den Mitgestaltungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen auf, wenn gehörlose Menschen beispielsweise einem Großteil der Medien nicht folgen können oder ein/e Rollstuhlfahrer_in von deutlich eingeschränkter Reisefreiheit betroffen ist. Menschen mit Migrati-

ons- und Fluchthintergrund, die anfangs möglicherweise kein Deutsch beherrschen, werden allein aufgrund des Aspekts Sprache tagtäglich ausgeschlossen. Selbst wenn sie eine längere Zeit in Deutschland leben, haben Flüchtlinge in der Praxis momentan noch keine bzw. eine beschränkte Möglichkeit ein Konto zu eröffnen, Lohn zu empfangen und somit keine Möglichkeit die eigene Miete selbstständig zu bezahlen (vgl. Kreitewolf 2015).

Interkulturelle Gärten sind Experimentierstätten, "in denen ein Miteinander unterschiedlichster Kulturen erprobt wird". Die Menschen leben eine Veränderung der Selbst- und Fremdwahrnehmung und Vorurteile weichen (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 484). Es gibt die Möglichkeit zur Verknüpfung der biographischen Vergangenheit mit der Gegenwart. Dies bezieht sich auf das Pflegen von Traditionen im Garten und gleichzeitig gibt es die Möglichkeit ein neues Selbstbild aufzubauen, so die bosnischen Frauen, die in einem Interkulturellen Garten tätig sind und diesen Gegründet haben. Der Garten ist ein geschützter Raum, der durch die Tätigkeiten Interaktion fördert und für Handlungssicherheit sorgt. Diese Handlungssicherheit kann auf das Leben außerhalb des Gartens übertragen werden. Auch Malcherowitz und Albert benennen die Steigerung von Selbstbewusstsein durch die Tätigkeit in einem Interkulturellen Garten. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit des Spracherwerbs durch die Kommunikation im Garten (vgl. ebd.).

Malcherowitz und Albert beschreiben Gemeinschaftsgärten nicht als Allheilmittel, sehen jedoch die Chance der Verbindung der verschiedenen Elemente Bildung, Subsistenz, Integration, künstlerisches Schaffen, welche auf eine niedrigschwellige Art und Weise zur Integration führen kann, ohne diese als gefördertes Integrationsprojekt zu deklarieren. Das Fehlen dieses Stigmas stellt eine Chance dar. Es nimmt Hemmschwellen, dass alle Bewohner des Stadtteils gleichermaßen angesprochen werden und es sich nicht um die Integration einer bestimmten Gruppe oder Minderheit handelt. Diese „gleichwertige Einbeziehung“ mit dem Fokus auf der gemeinsamen Leidenschaft zum Beispiel das Gärtnern ist eine Stärke der Community Gardens (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 488-489).

Wie auch das Community Organizing bietet das Community Gardening sehr viele Chancen, die durch die gelebten Prinzipien deutlich werden. Wie diese Grundsätze in den konkreten Gemeinschaftsgärten umgesetzt werden, wird in der folgenden Vorstellung drei ausgewählter bestehender Projekte dargestellt.

3.5 Bestehende Projekte (Janise Ebbertz)

Im folgenden Abschnitt werden die „Internationale Gärten“ in Göttingen, der Gemeinschaftsgarten „Hirschgrün“ in Aachen und der „Prinzessinnengarten“ in Berlin vorgestellt. Diese Community Gardens greifen die aktuelle Thematik des Willkommen-Heißens und der Verbesserung der Situation von Menschen mit Fluchthintergrund auf. Bildungsangebote spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle.

3.5.1 “Internationale Gärten e.V.”, Göttingen

Der Verein „Internationale Gärten“ in Göttingen beschreibt die internationalen Gärten als Orte, an denen Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund und Menschen ohne diesen Hintergrund Beziehungen miteinander aufbauen und durch die Zusammenarbeit im Garten wechselseitige Integration geben. Sie bezeichnen ihr Engagement als einen Beitrag zur Völkerverständigung (vgl. Internationale Gärten e. V. Göttingen 2015b). Die Initiative ist ein Vorbild für die vielen internationalen und interkulturellen Gärten in Deutschland. Zum Verein gehören zwei internationale Gärten in Göttingen. Er besteht aus 60 Mitgliedern. Mit dem Einsatz von vielfältigen Aktivitäten setzen sich die Beteiligten gegen Ausgrenzung ein, indem sie konkret Perspektiven für die gesellschaftliche Eingliederung von Familien mit Flucht- und Migrationshintergrund aufzeigen (vgl. ebd.). Beispiele für solche Aktionen sind folgende. Im internationalen Gemeinschaftsgarten Geismar und im örtlichen Friedensgarten Grone plant der Verein die Aktion „Wurzeln schlagen 2.0“, bei der unterschiedlichste Menschen, unter anderem Menschen mit Fluchthintergrund, Obstbäume pflanzen. Es gibt mehrere Aktionstage und die ersten Bäume wurden bereits gepflanzt (vgl. Internationale

Gärten e. V. Göttingen 2015a). Auch die Vernetzung spielt eine große Rolle. Es werden Multiplikatoren eingeladen und Erfahrungswerte ausgetauscht. Die Stadtteile Geismar und Grone werden ebenfalls durch konkrete Aktionen einbezogen. Die Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat Göttingen deutet auf die Vernetzung über die Gärten hinaus hin. Zudem sind sie Teil des „Netzwerk Migration“, dem „Zusammenschluss von über 50 Organisationen aus Stadt und Landkreis, der sich für die Förderung der Integration von Zugewanderten, Aussiedlern und Flüchtlingen einsetzt.“ (ebd.)

Auch auf der wissenschaftlichen Ebene agiert der Verein aktiv. Es bestehen regelmäßige Kooperationen mit Universitäten und die Gärten stehen für wissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Verfügung (vgl. ebd.).

Der Verein spricht sich offiziell für die Solidarität gegenüber Menschen mit Fluchthintergrund im Alltag aus:

Die Diskussion zum Thema Migration in unserer Gesellschaft hält an. Viele Menschen solidarisieren sich mit MigrantInnen und Flüchtlingen. Unser Verein möchte einen Beitrag dazu leisten, dass sich diese Solidarität im Alltag stabilisiert. (Internationale Gärten e. V. Göttingen 2015a)

3.5.2 „Hirschgrün“, Aachen

Der Gemeinschaftsgarten „Hirschgrün“ wurde im April 2013 auf einer Brachfläche von ca. 1200 qm gegründet. In diesem Garten sind Menschen aller Altersklassen, mit verschiedenen kulturellen und sozialen Hintergründen durch das gemeinsame Anbauen von Obst und Gemüse verbunden. Gemeinsam tragen sie durch die aktive Gestaltung des Gartens zum Stadtbild bei.

Bereits im Jahr 2012 entstand in den Initiativen „Suermondviertel“, „Transition Town Aachen“ und „Kaiserplatzgalerie – nein danke!“ die Idee urbane Gemeinschaftsgärten in Aachen zu errichten und es schlossen sich immer mehr Menschen zusammen um an der Umsetzung zu arbeiten. Der Verein „Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e.V.“ wurde im Mai 2013 gegründet. (vgl. Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e.V., 2014)

Zudem wurde auch der Gemeinschaftsgarten „Vielfeld“ in Aachen gegründet, dieser gehört ebenfalls zum Verein. Wie viele Menschen in den beiden Gärten tatsächlich beteiligt sind, ist schwer zu sagen, da das Engagement der Beteiligten unterschiedlich ausgeprägt ist und die Zahl der Aktiven stark variiert.

Als Projekt der Initiative „Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e.V.“ bietet der Garten Hirschgrün unter anderem Bildungsangebote und Vorträge an (vgl. Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e.V., 2014). Ziel des Gartens ist das Schaffen von Frei(luft)-Räumen, in denen Menschen sich aufhalten und gemeinsam „Sinnstiftendes“ tun können. Dadurch wird die Auseinandersetzung und Verbindung von Stadtbürgern mit der Natur und das Erleben von Gemeinschaft ohne Barrieren kultureller, finanzieller oder sonstiger Art ermöglicht (vgl. ebd.).

Im Gemeinschaftsgarten entstehen neue Kontakte: zwischen Menschen aus der Nachbarschaft, die sich sonst vielleicht nie begegnet wären. Jung und Alt arbeiten hier wie selbstverständlich zusammen, lernen voneinander und gestalten gemeinsam ihren urbanen Raum. Ganz nebenbei unterstützen unsere Gärten die Biodiversität in der Stadt, tragen zum Erhalt alter, seltener Sorten bei und liefern kostengünstige, gesunde Lebensmittel. (aus dem internen Konzept des Gemeinschaftsgartens).

Der Garten soll zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen und durch seinen partizipativen Charakter, Gestaltungsmöglichkeiten für die Nachbarschaft schaffen und dafür sorgen, dass sich die Gartengestalter mit ihrem Stadtteil identifizieren (vgl. ebd.). Auch wenn die Gartensaison im Winter zu Ende ist, trifft sich die Gruppe wöchentlich zu Planungstreffen, bei denen die vergangene Saison nachbereitet und die kommende vorbereitet wird.

Finanzielle Mittel bekommt der Garten nur durch Spenden oder von Projektsponsoren für konkrete Bildungsprojekte. Es gibt eine Bildungs-AG, die wöchentlich stattfindet. Im Rahmen dieser kommen Schulkinder in den Community Gardens und pflanzen, bauen oder beschäftigen sich mit Themen wie Nachhaltigkeit. Zudem wurde der Garten in einem Workshop mit Menschen mit Fluchthintergrund durch selbstgebaute Gartenmöbel verschönert. Im Sommer des Jahres 2016 sind weitere Workshops dieser Art geplant. Zudem gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt, da der Garten umstrukturiert wird und mit einer Parkanlage verbunden wird. (vgl. Stadt Aachen 2016). Aktuell ist das Bestehen des Gartens trotz der vielseitigen Angebote und Wirkungskreise bedroht (vgl. Aachener Nachrichten 2016).

3.5.3 „Prinzessinnengarten“, Berlin

Der Prinzessinnengarten am Moritzplatz, in Berlin-Kreuzberg wurde 2009 gegründet. Die Fläche lag jahrzehntelang brach und wurde von über hundert Freiwilligen vom Müll befreit und gestaltet. Tausende Engagierte haben die verwahrloste Fläche zu einem Nutzgarten mit über 500 Kräuter- und Gemüsesorten gemacht. Das Hauptziel ist das Anbieten von niedrigschwelligen Bildungsangeboten und Beteiligungsmöglichkeiten. Es geht darum gemeinsam zu lernen und selbstständig Lebensmittel in der Stadt herzustellen (vgl. Prinzessinnengarten 2015). Von den Beteiligten wird der Garten auch als soziale und ökologische urbane Landwirtschaft bezeichnet.

Nomadisch Grün arbeitet an der Entwicklung von urbanen Gärten als Orten gemeinsamen Lernens. Die Aktivitäten sind offen für alle und reichen vom Säen, Pflanzen, Ernten über die Saatgutgewinnung, das Verarbeiten und Konservieren des Gemüses, das Halten von Bienen und den Aufbau eines Wurmkomposts bis hin zum Entwicklung neuer Anbaumethoden im Selbstbau. (Prinzessinnengarten 2016)

Durch gemeinsames Ausprobieren, Experimentieren und den Austausch von Erfahrungen eignen sie sich die genannten Fähigkeiten in vielseitigen Bereichen an und lernen gemeinsam über Themen wie „biologische Vielfalt, Stadtökologie, Klimaanpassung, Recycling, nachhaltiger Konsum und zukunftsfähige Formen städtischen Lebens“ (vgl. ebd.).

Der Garten lebt von ehrenamtlichen Unterstützer_innen, Spender_innen und Freund_innen. Es gibt keine direkte finanzielle Förderung für den Garten. Die gemeinnützige GmbH Nomadisch Grün trägt den Garten und dessen Bildungs- und Beteiligungsangebote aus den eigenen wirtschaftlichen Überschüssen, die aus Aktivitäten wie zum Beispiel Gartengastronomie, Gartenbau, Beratungen, Führungen, Vorträgen, Buch- und Bildverkäufen entstehen (vgl. ebd.).

Der Prinzessinnengarten betreut seit Januar 2015 mit seinem Gartenbau-Team zwei Flüchtlingsheime. Zudem haben sie an Flüchtlingsheimen Gemeinschaftsgärten aufgebaut. Ziele sind unter anderem die Anbindung an die Nachbarschaft, Gemüseanbau, Gartenfeste, Ausflüge und Workshops.

3.6 Grenzen und Herausforderungen (Janise Ebbertz)

Entgegen aller Vorteile und Chancen eines Community Gardens stoßen die Engagierten und Initiator_innen in vielerlei Hinsicht an unterschiedliche Grenzen des Projekts, deren Berücksichtigung unabdingbar ist. Ob es das alternative und manchmal ungeordnet erscheinende Äußere des Gartens ist, welches für Unstimmigkeiten sorgen kann, oder die unterschiedlichen Vorstellungen, unterschiedlicher Menschen, die sich einigen möchten, die Gründung eines Gemeinschaftsgartens und seine langfristige Erhaltung stellen selbstverständlich auch Herausforderungen dar.

Spezielle Zielgruppe und klare Positionierung

Claire Nettle nennt Gemeinschaftsgärten Orte, an denen mehr passiert als nur Gemüseanbau und mehr gelebt wird als nur Gemeinschaft. Sie beschreibt ihren Kern und ihre weitreichenden Themenbereiche wie folgt:

Community gardens are places created by groups of people to grow food and community. But more than that, they are places where people come together to make things happen. [...] In these gardens, people contribute to food security, question the erosion of public space, conserve and improve urban environments, develop technologies of sustainable food production and urban living, foster community engagement and mutual support, engage in cultural maintenance and production, and create neighborhood commons. (Nettle, 2014, 2).

Es werden spezielle Themen angesprochen, die auch politisch betrachtet eine bestimmte Richtung, beispielsweise zur Gemeinschaft, zum Umweltschutz, zur Postwachstumsökonomie, einschlagen. Hinzu kommt die Veränderung des politischen Engagements bei allen Befragten des Forschungsberichts (Häfner/Ebbertz 2015, 39). Es gibt weitreichende Themenbereiche, wie zum Beispiel Lebensstil, Selbstversorgung, Begegnung, Verantwortung für den Garten übernehmen, Planung von Festen, praktische Arbeit, politische Positionierung, die im Gemeinschaftsgarten teilweise hintergründig, teilweise vordergründig eine Rolle spielen. Die Menschen im Gemeinschaftsgarten sind in diesen Feldern unterschiedlich aktiv. Der Gemeinschaftsgarten dient als Austauschort über diese speziellen Themen. Die Themen, wie Selbstversorgung, Unabhängigkeit, Umweltbewusstsein, Vegetarismus, Gemeinschaft, die angerissen und teilweise umgesetzt werden, sprechen nicht jede/n an. Somit kann der Gemeinschaftsgarten keinen

“neutralen Boden” darstellen und trotz Parteilosigkeit politisch sein und Stellung beziehen. Der Garten gibt eine klare politische Positionierung vor und spricht damit bestimmte Menschen an.

Während Menschen, die sich mit dieser Haltung nicht identifizieren können, wohlmöglich nicht am Projekt teilnehmen. Daher ist das Ideal alle Menschen zu erreichen als unrealistisch zu betrachten.

Konvention und Erwartungen

Das äußere Erscheinungsbild eines Community Gardens entspricht nicht dem eines Schrebergartens oder einer Kleingartenanlage. In solchen Gartenanlagen oder Parks gibt es vorgegebene Regeln, die für das „gewöhnliche“ Erscheinungsbild des öffentlichen Raums sorgen. Der Gestaltungsfreiraum und die kreative, individuelle und gemeinsame Gestaltung der Fläche kennzeichnen den Gemeinschaftsgarten. Diese Gestaltung sieht meist nicht konventionell aus und löst teilweise Gegenwehr in Form von Beschwerden oder der Äußerung von Abneigung durch Außenstehende aus.

Abhängigkeit von der Stadt, Bürokratie und der Kampf um das langfristige Bestehen

Gemeinschaftsgärten sind oftmals abhängig von städtischen Entscheidungen, da sie auf ein Grundstück angewiesen sind. Hinzu kommt, dass die Engagierten um zum Beispiel einen Pachtvertrag abschließen zu können, erst einen Verein gründen müssen. Zudem muss es Personen geben die mit der Stadt verhandeln können und Verträge verstehen beziehungsweise sich in diese Themen einarbeiten können.

Es gibt jedoch viele verschiedene Formen diese Regeln zu nutzen und mit ihnen umzugehen. In Eberswalde beispielsweise gibt es einen Gemeinschaftsgarten in einem ehemaligen Schulgarten einer geschlossenen Gesamtschule. Es handelt sich dabei um eine Bürgerinitiative ohne Vereinsgründung oder dergleichen. Die engagierten Bürger fürchteten die zu starke Reglementierung (vgl. Bark 2015).

Gemeinschaftsgärten werden an einigen Orten nur toleriert oder geduldet. Dies stellt eine Einschränkung hinsichtlich der täglichen Arbeit dar. Von Bewohner_innen oder der Stadt geforderte „Rechtfertigung“ zum Bestehen des Gemeinschaftsgartens kann den Beteiligten Energie kosten und dafür sorgen, dass er geschlossen werden muss.

Mangelhafte Mitarbeit im Trägerverein der Gärten

Des Weiteren analysieren Malcherowitz und Albert den Mangel an Engagement auf der Vereinsebene. Die bürokratischen Aufgaben, die mit der Vereinsgründung und -führung einhergehen, stellen eine Herausforderung dar. Aufgrund von mangelnden Rechtskenntnissen und fehlendem Wissen über deutsche Vereinsstrukturen bringen die Involvierten sich zu wenig auf der Vereinsebene ein (vgl. 2013, 488).

Vandalismus als Hindernis

Es gibt Gärten, die unter hohem Maß an Vandalismus leiden oder aufgrund von langanhaltender Zerstörung gar schließen müssen. In Fürstenwalde (Landkreis Oder-Spree) wurde von solch einem Fall berichtet (vgl. Bark 2015).

Schwierige Kooperationen mit Kleingärten

In Fürstenwalde gibt es keine Kooperation mit Kleingärtenanlagen, es besteht Interesse, aber es scheitert an der Umsetzung.

Der Vorsitzende des Landesverbands der Gartenfreunde, Bernd Engelhardt, begrüßt grundsätzlich die Ideen des Gemeinschaftsgärtners. «Es ist eine gute Sache, junge Leute so an die Gartenarbeit heranzuführen», sagt er. Gerade vor dem Hintergrund, dass in den ländlichen Regionen Brandenburgs immer mehr Gartenparzellen ungenutzt blieben. Doch rein rechtlich sei es in den Schrebergärten oft nicht möglich, Parzellen für solche Projekte zur Verfügung zu stellen. Maximal zwei Pächter dürften pro Garten eingetragen werden. (Bark 2015)

Es gibt unterschiedliche Regelungen in den verschiedenen Städten. In anderen Städten sei dies kein Problem (vgl. ebd.).

Cornelia Petermann verweist in dem Zusammenhang hingegen auf Niedersachsen, wo Gemeinschaftsgärten in Sparten schon möglich wären. In

Brandenburg, speziell in der Region Fürstenwalde, verhinderten starre Satzungen und die Ablehnung alteingesessener Gartenvereinsmitglieder solche Alternativnutzung (ebd.).

Konflikte und fehlende Konfliktbearbeitung

Im Garten Kranstein kritisieren die Engagierten die fehlende Konfliktbearbeitung. Ungelöste Konflikte werden als Blockaden beschrieben, die die Durchführung eigenständiger Garten-Projekte unmöglich machen. Diese stellen somit ein Risiko dar und können zum Scheitern eines Community Gardens führen (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 487f.). „Die Projekte haben ihre Wunden und Sollbruchstellen, ihre Friktionen und ihre Schwierigkeiten, genau wie jedes einzelne Subjekt auch“ (Werner 2012, 63). Auch im Gemeinschaftsgarten Hirschgrün in Aachen benennen die Beteiligten Konflikte als ein Thema, welches Energie kostet und zeitaufwendig ist. „Wenn halt einzelne Leute irgendetwas tun, was gegen die persönlichen Regeln von andern verstößt und sich über die persönlichen Regeln von andern hinweggesetzt haben.“, so eine Beteiligte (Häfner/Ebbertz 2015, 43). Eine Involvierte erklärte wie dort Konflikte gelöst werden: „Das Thema wird angesprochen und die Fakten/das Problem dargestellt, jeder sagt seine Gedanken dazu, wenn man nicht durch das Gespräch zu einem Konsens findet, wird abgestimmt.“ Eine weitere Beteiligte bestätigt diese Aussage: „Normalerweise werden die Konflikte in einer größeren Gruppe unmoderiert im Dialog gelöst.“ (ebd. 44). „Hauptsächlich das nicht Einhalten von Regeln verursacht Konflikte, so eine Beteiligte im Aachener Gemeinschaftsgarten.“ (ebd.). Insbesondere zur Konfliktbearbeitung und als Ansprechpartner_innen fordern Malcherowitz und Albert die Integration von Sozialarbeiter_innen in Community Gardens (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 487-488).

Wenig Austausch unter den verschiedenen Gartenprojekten

Trotz vorhandener Vernetzung von Gemeinschaftsgärten zum Beispiel durch die Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis fordern Malcherowitz und Albert mehr Austausch unter den verschiedenen Gemeinschaftsgärten. Sie beschreiben den Austausch untereinander als defizitär. Zum einen wäre

ein detaillierter Austausch der Gärten untereinander förderlich um Lösungsstrategien für ähnliche, häufig auftretende Schwierigkeiten zu entwickeln und „eigene“ Ziele im Community Garden zu verwirklichen. Zum anderen ist die Einbeziehung von Experten aus anderen Fachbereichen, wie vor allem aus Bildungsbereichen, förderlich. Austauschpartner kann beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit sein, um die Bereiche „Garten“ und „Berufsfindung“ zusammen zu bringen. Auch können Fachvorträge zu Umweltthemen von Externen angeboten werden (vgl. ebd., 488).

Geringer Bekanntheitsgrad

Der Begriff „Interkulturelle Gärten“ ist wenig bekannt. Dies ist nachteilig für die Gärten. Wenn die Potentiale bekannter wären, dann würde eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz die Erhaltung der Gärten und die Umsetzung erleichtern. Dies gilt auch auf der politischen Ebene. Neben der Anerkennung, wäre ein höherer Bekanntheitsgrad auch für das Akquirieren von finanzieller Unterstützung und Fördermitglieder wertvoll (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 488). An dieser Stelle empfehlen Malcherowitz und Albert öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie Quartiersfeste und Stände auf dem Wochenmarkt (ebd.).

Mangelnde finanzielle Mittel als Risiko

Der Mangel an finanziellen Mitteln wird als Risiko und Begrenzung beschrieben. Malcherowitz und Albert gehen so weit, dass sie die Durchführung von Projekten ohne Geld aufgrund der fehlenden qualifizierten Fachkräfte als unmöglich bezeichnen (vgl. ebd.).

Wenig Verknüpfung mit dem Feld der Sozialen Arbeit

Malcherowitz und Albert beschreiben es als verwunderlich, dass die chancenreichen Gemeinschaftsgärten im sozialarbeiterischen Diskurs unzureichend einbezogen werden. Mögliches Potential bleibt an dieser Stelle ungenutzt. Community Gardening sollte mehr in das Bewusstsein der Sozialen Arbeit und der Politik als Geldgeber rücken (ebd. 2013, 489).

Community Gardens sind kein Ersatz für professionelle Soziale Arbeit

Ehrenamt und Zivilgesellschaft etwa im Kontext eines Gemeinschaftsgartens reichen für einen benachteiligten Stadtteil nicht aus. Sie sind unbestreitbar wichtig, dürfen aber eine finanzielle professionelle Organisation auf dem Gebiet der sozialen Förderung nicht ersetzen. Gemeinschaftsgärten und zivilgesellschaftliches Engagement sind fester Bestandteil der Gesellschaft, jedoch im neoliberalen Regierungsprogramm kritisch zu sehen. Dies wird beispielsweise in der Flüchtlingsthematik ersichtlich. Wie in diesem Kapitel deutlich geworden ist können Gemeinschaftsgärten viel für einen Stadtteil leisten. Sie müssen aber entsprechend von der Politik und der Kommune gefördert werden und professionelle Soziale Arbeit im Bereich Gemeinwesenarbeit darf dadurch nicht ersetzt werden. Viel mehr kann eine Ergänzung überaus sinnvoll sein. Die hier genannten Grenzen müssen bei der Erstellung und Umsetzung eines solchen Konzepts berücksichtigt werden.

3.7 Community Gardening im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“

(Lena Häfner)

Community Gardens spielen zunehmend eine Rolle für die moderne Quartiersentwicklung, da sie viele Möglichkeiten für die Integrations- und Sozialarbeit im Quartier bieten (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 482). Einige Projekte werden deshalb aus Mitteln des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt" gefördert. So zum Beispiel die in Kapitel 3.5.1 dargestellten Göttinger Gärten. Auch Marburg misst seinem interkulturellen Garten eine große Bedeutung für das Quartier bei (vgl. ebd.). Interkulturelle Gärten werden als Chance für das oben beschriebene Programm "Soziale Stadt" gesehen.

Viele Ziele des Programms stimmen mit denen der interkulturellen Gärten überein:

- Förderung der Integration
- selbsttragende Bewohner_innenorganisation
- Förderung der Bürgerbeteiligung am Stadtteilleben

- Kooperation der Akteure im Quartier
- Hilfe zur Selbsthilfe durch Aktivierung von Potentialen der Bewohner_innen des Stadtteils
- Schaffung einer Infrastruktur in den Bereichen, Kultur, Bildung und Freizeit
- Stärkung der Identifikation mit dem Stadtteil

Interkulturelle Gärten verfolgen neben diesen weitere Ziele:

- Aufbau selbsttragender Strukturen innerhalb der Gartenprojekte, eigenständige Verwaltung und Organisation der Teilnehmenden
- langfristige Planung ("Soziale Stadt" hingegen ist eher kurzfristig angelegt)
- Förderung von Netzwerkarbeit und Vergemeinschaftung
- Hilfe zur Selbsthilfe (auch im Programm "Soziale Stadt" ausdrücklich vorgesehen)

Die großen Überschneidungen der Programmziele mit denen der Gartenprojekte und die Akzeptanz der Bewohner und Bewohnerinnen für solche Projekte zeigen, dass interkulturelle Gärten zahlreiche Chancen für die Umsetzung des Projekts "Soziale Stadt" bieten. (Malcherowitz/Albert 2013, 487).

Allerdings ist die Kooperation zwischen Gemeinschaftsgärten und diesem neoliberalen Regierungsprogramm ebenfalls kritisch zu sehen.

Wie in Kapitel 2.5 im Kontext des Community Organizings bereits ausführlich beschrieben, verbergen sich hinter diesem Projekt Fallen, die vordergründig anschlussfähig an die Ziele einer kritischen Sozialen Arbeit im Bereich des Community Organizings erscheinen, ihnen bei genauerem Hinsehen aber widersprechen.

Auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit verfasste im Juli 2015 einen ausführlichen Handlungsleitfaden für Kommunen zum Thema "Gemeinschaftsgärten im Quartier". Die Gemeinschaftsgärten als Orte des gemeinschaftlichen Gärtnerns, der nachbarschaftlichen Begegnung und des interkulturellen Austauschs in benachteiligten Quartieren seien Stadtteilzentren unter freiem Himmel und leisteten einen bedeutsamen Beitrag zur sozialen Quartiersentwicklung (vgl. ebd., 4

und 8). Gerade in benachteiligten Stadtteilen fehle es an grünen Freiräumen für Aktivitäten, was dazu führe, dass Natur- und Umweltbewusstsein deutlich geringer ausgeprägt seien (vgl. ebd.).

Der Handlungsleitfaden setzt bewusst den Schwerpunkt auf Gemeinschaftsgärten in benachteiligten Quartieren der Sozialen Stadt. Über die gärtnerischen Aktivitäten werden viele Menschen aus den Quartieren angesprochen. Welche Anforderungen müssen Gemeinschaftsgärten erfüllen, damit sie Raum für Ruhe, Erholung, aber auch gemeinschaftliche Aktivitäten bieten? Wie können nachbarschaftliche Gartenprojekte initiiert werden? Wie kann eine Kommune die Entstehung eines Gemeinschaftsgartens unterstützen? (vgl. ebd., 6)

Die Antworten werden in dem Leitfaden gegeben, abgeleitet aus den Ergebnissen aus sieben untersuchten Fallbeispielen. Auch der Frage, welche Kooperationspartner sinnvoll sind, wird nachgegangen. Wie können „grüne Lernorte“ gestaltet werden? Wie kann Natur auch in Städten erlebbarer werden? (ebd., 4) Insgesamt handele es sich bei den Handlungsempfehlungen um Anregungen und Hilfestellungen, die mit vergleichsweise geringen finanziellen Aufwendungen große Wirkungen erzielen könnten (vgl. ebd.).

Es ist wichtig, dass den Gemeinschaftsgärten seitens der Stadtpolitik nicht zu viel Verantwortung übertragen wird und der Staat sich letztendlich aus seinen Verantwortungsbereichen herauszieht und Verantwortung nach unten delegiert. Wenn hier finanzielle Mittel eingespart werden können, müssen sie trotzdem an anderer Stelle investiert werden. Und der geringe finanzielle Aufwand darf nicht als Hauptargument für die Förderung von Gemeinschaftsgärten zählen. Die Potentiale von Gemeinschaftsgärten können unter Umständen vor allem in „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ noch besser ausgeschöpft werden, wenn sie durch Professionelle, wie zum Beispiel Sozialarbeitende, Unterstützung bekommen, die unter Umständen wiederum staatlich finanziert werden müssten. Ihr politisches Potential für den Stadtteil und die Bewohner_innen könnte durch die Verknüpfung mit dem Community Organizing noch besser ausgeschöpft werden.

Wie können Gemeinschaftsgärten ein Ort des nachbarschaftlichen Engagements im Sinne des Community Organizing werden, ohne sich dabei von neoliberalen Regierungsstrategien instrumentalisieren zu lassen? Diese Frage wird im fünften Kapitel beantwortet. Doch zuerst folgt im vierten Kapitel ein Zwischenfazit, in welchem die Potentiale der Verknüpfung von Community Organizing und Community Gardening noch einmal verdeutlicht werden.

4. Zwischenfazit (Lena Häfner)

Aus einem Vergleich der Prinzipien des Community Organizings (Kapitel 2.3) mit denen des Community Gardenings (Kapitel 3.4) wird deutlich, dass sich diese in einigen Punkten überschneiden und gegenseitig ergänzen. Im Folgenden werden die Überschneidungen und Möglichkeiten der gegenseitigen Bereicherung der beiden Felder dargestellt und eine fundierte Argumentationsbasis für den im fünften Kapitel dargestellten Konzeptentwurf gelegt.

Dabei wird Community Organizing, wie in Kapitel 2 bereits erläutert, als Bestandteil von Gemeinwesenarbeit im Rahmen einer kritischen Sozialen Arbeit gesehen.

Ein Element, das Community Gardening und Community Organizing gemeinsam haben ist das Empowerment jedes einzelnen Menschen und der Community. Ziel ist es, Menschen zu befähigen, ihr eigenes Leben, das gesellschaftliche Zusammenleben und damit das öffentliche Leben wieder gemeinsam zu gestalten, gegebenenfalls zu verändern und zu entwickeln. Eine persönliche und öffentlich-politische Handlungsfähigkeit soll (wieder) hergestellt und die Selbstbestimmung handelnder Subjekte ermöglicht werden. Eine aktivierende Beziehungsarbeit ist hierfür von hoher Bedeutung. Dazu gehört die Stärkung des Selbstvertrauens. Weiterhin ist es in beiden Bereichen ein Anliegen, Bürger_innen zusammen zu bringen, sie zu solidarisieren und somit den sozialen Frieden zu fördern. Teilhabe, Inklusion, politische Partizipation und Diversität sind dabei wichtige Schlagworte. Auf die Selbstorganisation der Betroffenen und gelebte (Basis-)Demokratie wird in beiden Bereichen ein großer Wert gelegt. Finanzielle, parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit sind dabei unerlässlich. Nicht zuletzt zeichnen sich beide Felder durch ihr herrschaftskritisches und emanzipatorisches Potential aus.

Community Organizing, innerhalb der kritischen Sozialen Arbeit gesehen, legt den stärkeren Schwerpunkt auf die oben genannte bewusste kollektive Bestimmung und nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, den Zuwachs an Artikulations- und Handlungsmöglichkeiten und

die politische Gestaltungsmacht sowie die Politisierung des Alltags. Zu der damit angestrebten Veränderung von Machtbeziehungen und strukturellen und materiellen Verhältnissen bedarf es einer ausgeprägten Konfliktorientierung. Zum anderen spielen die strukturelle Gesellschaftskritik und damit einhergehende Einsichten in die strukturelle Bedingtheit von Konflikten, der Blick auf die Ursachen von Armut und Verdrängung und Interessenskonflikten eine große Rolle. Community Organizing im Rahmen der kritischen Sozialen Arbeit soll für soziale Ungleichheit und Ausschließungsprozesse sensibilisieren, zu Grunde liegende Funktionsmechanismen, Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten thematisieren und skandalisieren. Netzwerke spielen in diesen Prozessen eine wichtige Rolle. Menschenrechte, Gerechtigkeit und Anerkennung bestimmen die Leitbilder entscheidend. Community Organizing zeichnet sich durch seine Strategie und Taktik aus. Es verfügt über Techniken, um auf politische Themen aufmerksam zu machen, um politische Anliegen durchzusetzen und in Kontakt zu kommen mit Politikern.

Leo Penta betont, dass zuerst der Aufbau der Beziehungen im Vordergrund steht, um ein neues Netz von individuellen und institutionellen Verbindungen zu knüpfen. Politische Aktionen seien anfangs bewusst ausgeklammert, um eine dauerhafte und tragfähige Basis zu schaffen (vgl. Penta 2007, 219).

Obwohl die Beziehungsgestaltung eine wichtige Voraussetzung für die politische Aktivität darstellt, gibt es hierfür im Rahmen des Community Organizings scheinbar nur einseitige Möglichkeiten. Diese findet überwiegend über das Reden und den Austausch über politische Themen statt - für die Berücksichtigung sprachlicher Barrieren gibt es dabei vermutlich wenig Raum.

Das Bewusstsein und die Erfahrung von Gemeinsamkeit und Gemeinschaft sowie die aktive Gestaltung von Beziehungen sind grundlegend für die gemeinsame politische Aktivität. "Den Menschen soll ein Übergang aus ihren traditionellen, nationalen Gemeinschaften in die moderne offene Gesellschaft ermöglicht werden." (Szynka 2011, 6)

Diese Gemeinschaft kann in Gemeinschaftsgärten entstehen und der Übergang in die Gesellschaft vorbereitet und begleitet werden. Wie oben bereits erwähnt, ist Community Organizing langfristig geplant und die Organisationsstruktur ist so ausgerichtet, dass die Arbeit immer wieder neu aufgenommen werden kann und nicht nur einen bestimmten, absehbaren Zweck dient, sondern langfristig besteht (vgl. Müller/Szynka 2014b, 17). Durch die Verknüpfung von Community Organizing und Community Gardening kann diese Kontinuität gewährleistet werden, weil ein solches verbindendes Element, das der Garten für die Gemeinschaft liefert, in einer reinen Bürgerplattform vermutlich weniger vorhanden ist.

Durch den freiräumlichen Charakter bieten Gemeinschaftsgärten viele verschiedene Anlässe zur Kommunikation und Beziehungsgestaltung zwischen Menschen mit unterschiedlichen sozio-ökonomischen Hintergründen. Es gibt Freiraum zur Entwicklung von Kreativität und Visionen. Letztendlich kann hierdurch erfahren werden, dass jede/r Einzelne nicht nur diesen einen kleinen Freiraum selbst gestalten kann, sondern den ganzen Stadtteil und seine Umwelt. „Urbane Gärten sind Experimentierfelder einer gerechten Stadt“, sagt Marco Clausen (2013). Durch die Verbundenheit mit dem Garten wird die Identifikation mit dem Stadtteil höher.

Da Subsistenzproduktion nur in Gemeinschaft gelingen kann, trägt sie dazu bei, dass die Menschen näher zusammenrücken und zusammenhalten. Diese Vergemeinschaftungsprozesse bewirken auch ein anderes Verständnis von Eigentum. So ist beispielsweise oft nicht mehr die Rede von „der Stadt“, sondern von „unserer Stadt“. (Zitiert nach Bennholdt-Thomsen 2012, 262ff)

Es kann eine stärkere Identifikation mit dem eigenen Stadtteil entstehen. Für das Empowerment der einzelnen Menschen gibt es ebenfalls viele Möglichkeiten. Menschen können sich im gemeinsamen und eigenen Tun mit ihrer ganzen Person zeigen, ihre jeweiligen Fähigkeiten auf vielfältige Weise einbringen und kennen lernen, weil es vielfältige Aufgaben gibt. Über eine Betonung des Gebens und Nehmens bieten sich Möglichkeiten zum Rollentausch. Menschen, die aus finanziellen Gründen normalerweise nicht in die Rolle des Gebers kommen, können diese zum Beispiel auf Grund von reicher Ernte übernehmen. Der Garten ist ein geschützter Raum der durch die Tätigkeiten Interaktion fördert und für Handlungssicherheit sorgt. Diese

Handlungssicherheit kann auf das Leben außerhalb des Gartens übertragen werden. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit des Spracherwerbs durch die Kommunikation im Garten (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 484). Sprachliche Barrieren haben auf Grund des gemeinsamen Tuns und nicht nur Redens weniger Gewicht.

Gemeinschaftsgärten zeichnen sich darüber hinaus durch ihre Niedrigschwelligkeit und Offenheit aus, die bei Community Organizing-Projekten weniger gegeben ist, weil sie in geschlossenen Räumen stattfinden und nicht von außen einsehbar sind.

Ein Problem vieler Gemeinschaftsgärten ist trotz angestrebter Vielfalt und Inklusion eine Homogenität der Gartengemeinschaft. Soziale Arbeit kann hier beispielsweise mit Techniken der Sozialen Gruppenarbeit intervenieren, um Menschen einzubeziehen und gezielt zu stärken. Damit Menschen mit ganz unterschiedlichen sozio-ökonomischen Hintergründen konstruktiv für den Stadtteil zusammenarbeiten können, muss zunächst einmal Freiraum zur Zusammenkunft der teilweise in gegenseitigem Konflikt stehenden Gruppen des Stadtteils geboten werden, um Vorurteile abzubauen. Dieser Freiraum ist in Gemeinschaftsgärten eher geboten als beispielsweise in einem Raum des Stadtteilzentrums, da dieser an die städtische Organisation gebunden und somit nicht unabhängig ist. Es könnten Interessenskonflikte oder Abhängigkeiten entstehen. Community Organizing-Projekte sind stärker auf Themen des Stadtteils fokussiert, Gemeinschaftsgärten weiten durch ihre häufige Verknüpfung zur Transition-Town-Bewegung den Blick auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Neu an den urbanen Gärten ist der bewusste Bezug auf drängende ökologische und soziale Herausforderungen der Gegenwart: Klimawandel, soziales Auseinanderdriften, Verlust der biologischen Vielfalt, ungleicher Zugang zu gesunden Lebensmitteln, ungebremster Ressourcenverbrauch. (Urbane Gärten) stellen die pragmatische Frage: Wie können wir gemeinsam und mit den uns lokal zur Verfügung stehenden Mitteln dazu beitragen, unsere Städte ökologischer, sozialer, partizipativer, ressourcenschonender zu gestalten? (Prinzessinnengarten 2015, 6)

Durch die Verknüpfung von Community Organizing, im Rahmen der kritischen Sozialen Arbeit, und Community Gardening entsteht ein ganzheitlicher Ansatz, bei dem die persönliche Entwicklung, Gemeinschaft, politisches Engagement, Umweltbewusstsein, Nachhaltigkeit und Naturschutz in

Verbindung gebracht werden. Aus diesem Grunde erfolgt im fünften Kapitel ein Konzeptentwurf für die Soziale Arbeit, in dem Community Gardening und Community Organizing miteinander verknüpft werden.

5. Ein Konzeptentwurf für die Soziale Arbeit: Community Gardening verknüpft mit Community Organizing (Lena Häfner)

In den vorherigen Kapiteln wurden die Grundzüge und Prinzipien des Community Organizings und Community Gardenings ausführlich dargestellt. Außerdem wurde aufgezeigt, in welchen Punkten sich die beiden Ansätze überschneiden und ergänzen und welche Potentiale eine Verknüpfung für die Soziale Arbeit bietet. An dieser Stelle wird daraus folgend ein Konzept für die Soziale Arbeit entworfen, in dem Community Gardening und Community Organizing miteinander verknüpft werden.

Als Konzept bezeichnen Geißler und Hege ein Handlungsmodell, in welchem die Ziele, die Inhalte, die Methoden und Verfahren zu einem sinnhaften Zusammenhang gebracht sind. Dieser Sinn stellt sich im Ausweis der Begründung und der Rechtfertigung dar (vgl. Geißler/Hege 2007, 20). Mit anderen Worten: Ein Konzept ist ein theoretisch wie empirisch gut begründeter Handlungsplan, der so konkret wie möglich angibt, was von wem, für wen, warum, wie (Mittel, Methoden und Techniken) getan werden soll, um unter expliziten Rahmenbedingungen vorgängig legitimierte Ziele zu erreichen.

Ein Konzept wird im Rahmen einer Projektentwicklung für die Suche nach Kooperationspartnern und Finanzierungsmöglichkeiten benötigt, um öffentliches Interesse zu wecken, damit alle Projektakteure über die Ziele und Aufgaben informiert sind und sich mit der Arbeit identifizieren können, um Ergebnisse zu sichern und gegebenenfalls eine Modifizierung vorzunehmen und um eine Reproduzierbarkeit zu ermöglichen (vgl. Sozialdienst Katholischer Frauen 2007, 5).

Das Konzept wird beispielhaft auf den als benachteiligt angesehenen Stadtteil Preuswald in Aachen bezogen, in dem wie in Kapitel 5.1 erläutert wird, günstige Bedingungen für dessen Umsetzung herrschen.

Als Erstes wird die Ausgangssituation im genannten Stadtteil und der Kontext beschrieben (5.1). Darauf folgt die Erläuterung des Vorhabens und der

Idee in Punkt 5.2. Anschließend werden grundlegende Theorien der Sozialen Arbeit skizziert, welche die Prinzipien des Community Gardenings und des Community Organizings ergänzen (5.3). Unter Punkt 5.4 erfolgt die Analyse und Beschreibung der Zielgruppe. Dann werden die Ziele des Konzepts dargestellt sowie Leistungen und Angebote (5.5).

Unter Punkt 5.6 folgen die anwendbaren Methoden, entsprechend der Zielsetzung gegliedert auf vier Ebenen. In Bezug auf die Stärkung des Individuums werden das Empowerment und die Sozialpädagogische Beratung skizziert, in Bezug auf die Stärkung der Gemeinschaft Gruppenpädagogik, Gruppendynamik, Erlebnispädagogik und Themenzentrierte Interaktion. In Bezug auf die Bildungsarbeit werden die politische Bildung, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die antirassistische Bildung genannt. In Bezug auf die Stärkung des Gemeinwesens werden die oben bereits ausführlich dargestellte Gemeinwesenarbeit sowie die Bürgerplattform als Kernmethode des Community Organizings und besonders wichtiger Bestandteil des entwickelten Konzeptes erläutert. Daraufhin werden die Vorgehensweisen vom Projektstart zur Evaluation, Dokumentation und Verstetigung des Projektes dargestellt (5.7). Es folgen die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen unter Punkt 5.8, inklusive der Beschreibung des Umfelds, des möglichen Standorts, der benötigten Räumlichkeiten, des Personalbedarfs, des finanziellen Bedarfs, der möglichen Finanzierung und abschließend der rechtlichen Voraussetzungen. Die möglichen Kooperationspartner sind unter Punkt 5.9 aufgelistet. Unter Punkt 5.10 werden abschließend ausgehend von den methodischen und theoretischen Grundlagen Anforderungen und Rolle der im Gemeinschaftsgarten tätigen Sozialarbeiter_innen beschrieben.

5.1 Ausgangssituation und Kontext (Lena Häfner)

Grundlage für die folgenden Ausführungen ist eine ergänzende Bestandsaufnahme, die unter Begleitung von Prof. Marianne Genenger-Stricker von Studierenden der Katholische Hochschule Aachen im Rahmen ihres Master-Studiums der Sozialen Arbeit im Bereich Bildung und Integration im

Stadtteil Preuswald vorgenommen wurde. Die Studierenden führten im Stadtteil Gruppendiskussionen und Interviews mit Bewohner_innen und Schlüsselpersonen und fassten die wichtigsten Ergebnisse in dem unveröffentlichten Forschungsbericht "Ergänzende Bestandsaufnahme Preuswald" zusammen.

Der Stadtteil Preuswald ist von der Bewältigung einiger Herausforderungen geprägt. Da er als eine der letzten Gegenden Aachens gilt, die noch günstigen Wohnraum bieten, hat sich seine Bevölkerungsstruktur in den letzten Jahren stark verändert. "Der ehemals von einkommensstarken Familien geprägte Stadtteil gilt inzwischen als Zuflucht für viele Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status." (Genenger-Stricker 2015, 15). Außerdem wohnen dort viele Menschen mit Migrationshintergrund. Die heterogene Bevölkerungskonstellation stellt das Stadtviertel vor große Herausforderungen, die bisher nicht gelöst werden konnten (vgl. ebd.).

Die vorhandenen Angebote im Bereich Freizeit, Kultur, Sport und Bildung werden zwar rege genutzt aber als nicht ausreichend empfunden. Besonders das Fehlen von Räumen und Angeboten der interkulturellen Begegnung wurde in der Befragung deutlich.

Sätze wie 'Die Unterschiede sind zu hoch um miteinander klar zu kommen', 'Das Leben bei denen ist anders' und 'das funktioniert eben nicht' (BewohnerIn Preuswald) wurden auffallend häufig geäußert. Den hier erkennbaren rassistischen Prägungen und Denkmustern, die auch von den befragten BewohnerInnen vielfach angesprochen wurden, sollte aktiv begegnet werden. (ebd., 14f.)

Die Stimmung im Preuswald ist einerseits von regem bürgerschaftlichen Engagement in Initiativen, Integrationsbemühungen und Akzeptanz und andererseits von diskriminierenden Äußerungen und Ausgrenzung geprägt. Letztere sind auf die sich in den vergangenen Jahren rasant verändernde Bevölkerungsstruktur zurückzuführen, die besondere Herausforderungen mit sich bringt, auf die aber von Seiten der Stadt nicht oder nur unzureichend reagiert wurde. "Vor allem ethnischen Spannungen sollte aktiv begegnet werden, um das nachbarschaftliche Engagement zu stärken und Vorurteile abzubauen." (ebd., 17)

Die teils als sehr schwierig empfundene Lebenssituation der Bewohner_innen (zum Beispiel Probleme mit dem Vermieter Deutsche Annington, keine

Einkaufsmöglichkeiten) sollte von der Stadt verstärkt in den Blick genommen werden, um die besonderen positiven Merkmale wie die stadtnahe aber „grüne“ Lage in den Vordergrund treten zu lassen und den Preuswald wieder als attraktiven Stadtteil zu etablieren. Einige Bevölkerungsgruppen haben den Eindruck von der Stadt im Stich gelassen zu werden.

Die Bereitschaft der unterschiedlichen BewohnerInnen und ExpertInnen-Gruppen zur Interviewführung, das rege Engagement der Bürgerinitiativen und die sehr konkreten Verbesserungsvorschläge machen deutlich, dass der Stadtteil über wertvolle Ressourcen verfügt. Die BewohnerInnen sollten deshalb intensiv in alle Maßnahmen einbezogen werden. (ebd., 17)

5.2 Vorhaben und Idee (Janise Ebbertz und Lena Häfner)

Wie im 4. Kapitel beschrieben, bietet die Verknüpfung des Community Gardening und des Community Organizing vielseitige Potentiale zur Erreichung der Ziele der Sozialen Arbeit. Die verschiedenen Ansätze können deutlich voneinander profitieren. Community Organizing wird in dieser Win-Win-Situation als Methode der Sozialen Arbeit eingesetzt und spielt eine untergeordnete, aber dennoch wichtige Rolle.

Es wird ein Community Garden gegründet, in dem Sozialarbeiter_innen arbeiten. Die Sozialarbeiter_innen wenden sich an das Stadtteilbüro im Preuswald und stellen eine Kooperation mit diesem her. Es entsteht auf einer Brachfläche ein offener Gemeinschaftsgarten, der mit den Bewohner_innen des Stadtteils errichtet wird. Hinzu kommt die konkrete Vergabe von einzelnen Garten-Parzellen auf denen Gemüse angebaut wird. Diese bieten Raum zur individuellen, identitätsstiftenden Verwirklichung auf der betreffenden Fläche und ermöglichen im begrenzten Umfang eine Selbstversorgung.

Im Community Garden wird mit sozialarbeiterischen Methoden die Mitgestaltung des Gartens, die Förderung von Begegnungen, die Einbeziehung der unterschiedlichen Menschen im Stadtteil und die Ermöglichung von politischer Teilhabe angestrebt. Gleichzeitig wird der Gemeinschaftsgarten als Plattform für Community Organizing genutzt. Sowohl Community Organizing als auch Community Gardening sind partizipative Ansätze. Dies be-

deutet, dass der konkrete Projektverlauf abhängig von den beteiligten Personen ist. Trotz des basisdemokratischen und partizipatorischen Bottom-up-Prinzips und der offenen Herangehensweise wird, aus den bereits dargestellten Gründen, gezielt auf ein Gemeinschaftsgarten fokussiert. Der konkrete Entstehungsprozess und die genaue Gestaltung des Gartens werden mit den Beteiligten entschieden und ausprobiert. Mit einem Gemeinschaftsgarten als Voraussetzung, wird der angestrebte basisdemokratische und partizipatorische Aspekt in der Umsetzung gewährleistet. Dies ist der vorangegangenen Recherche zu Community Organizing und Community Gardening zu entnehmen.

Leistungen und Angebote

Das Ziel des Konzepts ist es, ein ganzheitliches „Draußen-Stadtteilzentrum“ zu erschaffen. Folgende Leistungen und Angebote sollen vorhanden sein:

- Stadttreffpunkt, Begegnungsort
- Gartencafé (Preise auf Spendenbasis, Erzeugnisse auf dem Garten)
- Sitzecken, Entspannungsecken, Aufenthaltsraum, Spielecken
- Eigene Gartenparzellen, Gemeinschaftsbeete und -flächen, Kinderbeete
- Professionelle Ansprechpartner_innen für individuelle Beratung/ Empowerment, Weitervermittlung an unterstützende Stellen
- Bildungsangebote im Bereich politischer Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, antirassistische Bildung: Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Diskussionsrunden, Workshops
- Sprachkurse
- Gartenbezogene Bildungs-, Betreuungs- und Beschäftigungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen
- Politische Stadtteilarbeit, Community Organizing, Bürgerplattform
- Evtl. Grillplatz, Feuerstelle
- Evtl. Werkstatt

Leistungen und Angebote, die Beratung ausgenommen, können und sollen auch von den Beteiligten übernommen werden. Sie werden dabei je nach Bedarf von den Fachkräften angeleitet und unterstützt.

5.3 Theoretische Grundlagen (Janise Ebbertz und Lena Häfner)

Theoretisch wird Bezug auf die unter Kapitel 2.3 ausführlich dargestellten Prinzipien des Community Organizings genommen, an dieser Stelle insbesondere auf die Überlegungen Alinskys und Oelschlägels, und des Community Gardenings, im Sinne der Transition Town-Bewegung und unter anderem Christa Müllers. Darüber hinaus werden weitere Theorien der Sozialen Arbeit als Grundlage einbezogen. Diese Theorien dienen als Orientierungspunkte für das entwickelte Konzept. Im Folgenden werden deshalb die Theorie der Anerkennung nach Axel Honneth, der Capabilities Approach nach Amartya Sen, die Menschenrechtstheorie nach Silvia Staub-Bernasconi und Theorien nach Bourdieu skizziert. An dieser Stelle erfolgen auf Grund des begrenzten Umfangs der vorliegenden Arbeit lediglich Umrisszeichnungen der Theorien, welche ihnen nur annähernd gerecht werden können. Zur Vertiefung empfehlen sich weiter Auseinandersetzungen mit den zitierten Quellen, insbesondere vor und während der konkreten Umsetzung des Projekts.

5.3.1 Die Theorie der Anerkennung nach Axel Honneth

Das Prinzip der Anerkennung nach Axel Honneth ist die Voraussetzung des intersubjektiv sinnvollen Handelns Einzelner, sodass sie - den Zielen des vorliegenden Konzepts entsprechend - Selbstvertrauen, Selbstachtung, Selbstschätzung erfahren und Identität entwickeln.

Anerkennung beinhaltet Liebe, emotionale Zuwendung, Recht, Solidarität (vgl. Honneth 1992, 148ff.), die Ebene der physischen und psychischen Integrität, das heißt die möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen den eigenen Idealen und Werten und der tatsächlichen Lebenspraxis, und die Ebene der Würde (vgl. Genenger-Stricker 2013).

Aberkennung bedeutet dann Missachtung statt Liebe, Recht und Solidarität.

Weil das normative Selbstbild eines jeden Menschen [...] auf die Möglichkeit der steten Rückversicherung im Anderen angewiesen ist, geht mit der Erfahrung von Missachtung eine Gefahr der Verletzung einher, die die Identität der ganzen Person zum Einsturz bringen kann. (Honneth 1992, 213)

Misshandlungen und Vergewaltigungen bedrohen die physische Integrität (vgl. ebd. 214). Entwürdigung und Beleidigung bedrohen die individuelle Integrität. Entrechtung und Ausschließung bedrohen die soziale Integrität. Nach Honneth kann eine persönliche Missachtung etwa auch dadurch zugefügt werden, dass eine Person von Rechten innerhalb einer Gesellschaft strukturell ausgeschlossen wird (vgl. ebd. 215). Hierbei spielt nicht nur die gewaltsame Einschränkung der Autonomie eine Rolle, sondern auch die Verknüpfung mit dem Gefühl "nicht den Status eines vollwertigen, moralisch gleichberechtigten Interaktionspartners zu besitzen." (ebd. 216) Gerechtigkeit der Anerkennungsansätze bedeutet, dass Gerechtigkeit an eine überschlachte Gleichbehandlung hinausgehende Achtsamkeit für Unterschiede und die Pluralität der "Identitätsentwürfe" geknüpft sein muss (vgl. Genenger-Stricker 2013).

Anerkennung zielt auf Verhältnisse, in denen der Status des je Anderen als politisches, soziales, handlungsfähiges Subjekt im Rahmen der je relevanten räumlichen Verortung ernst genommen wird und Menschen sich selbst als Subjekte identifizieren und achten. Dies macht Strukturen erforderlich, in denen Einzelne ihren basalen Handlungsdipositionen entsprechende Handlungsmöglichkeiten vorfinden. (Genenger-Stricker 2013)

Im Rahmen des vorliegenden Konzeptes sind solche Strukturen und Verhältnisse mit vielfältigen Handlungsmöglichkeiten gegeben.

Als politisches Subjekt erleben sich die Menschen im Gemeinschaftsgarten bei der Tätigkeit in der Bürgerplattform, als soziales Subjekt in der Gartengemeinschaft, als handlungsfähiges Subjekt beim Gärtnern und Gestalten des Gartens.

Für eine diversitätsbewusste Soziale Arbeit sind die beiden Dimensionen der Gerechtigkeit zu beachten: die individuelle Anerkennung und die Umverteilung sozialer Ungleichheit. Konzepte, die Diversität nur als Vielfalt, Unterschiedlichkeit oder Verschiedenheit erfassen, ohne Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu berücksichtigen, greifen zu kurz. (Genenger-Stricker 2013)

"Diversität kann als politisches Konzept Orte ermöglichen, an denen Ungleichheitsprozesse öffentlich via neue politische Subjekte mit Gleichheits- und Freiheitsprozessen konfrontiert werden." (Genenger-Stricker nach

Müjgan Senel 2011) Ein solcher Ort kann der hier konzeptionierte Gemeinschaftsgarten sein.

5.3.2 Capabilities Approach nach Amartya Sen

Der Capabilities Approach ist eine Theorie der Gerechtigkeit, in welcher der individuelle Vorteil gemessen wird an der Befähigung einer Person, "die Dinge zu tun, die sie mit gutem Grund hochschätzt" (vgl. Sen 2010, 259). Die Ausgangsfrage hierbei ist, was Menschen für ein gelingendes Leben brauchen.

Amartya Sen betont, dass jeder Mensch ein Recht auf ein gutes Leben und auch zu entscheiden hat, was das für jeden persönlich heißt. Das Leben, welches ein Mensch führen kann und möchte ist von Bedeutung und nicht ein normativ gutes Leben (vgl. Genenger-Stricker 2013). Die Konzentration liegt dabei auf den realen Chancen.

Der Capabilities Approach unterscheidet Functionings und Capabilities. Functionings sind die konkreten Lebensbedingungen und Aktivitäten, die von einer Person realisiert werden. Sie beziehen sich also darauf, was jemand tut, wie er lebt und welche Fähigkeiten er oder sie verwirklicht. Capabilities sind dem gegenüber die Möglichkeiten, die dieser Person zur Verfügung stehen. Sie stehen für die Freiheit einer Person, bestimmte Funktionen realisieren zu können. (Schneider 2010, 18)

Freiheit gilt dabei als zentraler Begriff und bezeichnet die Diversität und Pluralität von Möglichkeiten. "Der Schwerpunkt liegt hier auf der tatsächlichen Freiheit der Person, dies oder jenes zu tun - Dinge, die ihr wichtig sind." (Sen 2010, 259) Freiheit beinhaltet zum einen die "Freiheit von", also die Abwesenheit von Hindernissen (passiv). Zum anderen beinhaltet der Begriff die "Freiheit zu", das heißt die Möglichkeit nach eigenen Wünschen zu handeln (aktiv) (vgl. Genenger-Stricker 2013). "Somit ist die Verfügbarkeit von Ressourcen zur Handlungsbefähigung der Personen und zur Gewähr eines gelingenden Lebens eine prioritäre Forderung des Capability Approachs." (Schneider 2010, 18).

Aufgabe der Sozialen Arbeit ist es deshalb die Möglichkeiten für die Menschen optimal zu erweitern. Es geht vor allem um „die Wichtigkeit der Befähigung, also um die Chancen und die freie Wahl, nicht aber um die Fixierung

auf einen bestimmten Lebensstil ohne Rücksicht auf Präferenzen und Wahlmöglichkeiten" (vgl. Sen 2010, 266). Es gilt die These, je mehr Verwirklichungschancen die Menschen haben, desto mehr Gerechtigkeit herrscht in einer Gesellschaft. Personen können nicht als verantwortlich betrachtet werden, wenn sie nicht mit Freiheiten ausgestattet sind (Individualisierung von Problemlagen). Empowerment kann nur funktionieren, wenn Möglichkeiten vorhanden sind, das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Solche Verwirklichungschancen und Möglichkeiten, das eigene Leben in die Hand zu nehmen, können im Rahmen dieses Konzepts ausgebaut werden.

5.3.3 Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession nach Silvia Staub-Bernasconi

Professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit orientiert sich am Wissen über Menschen und ihre Beziehungen zu und in sozialen Systemen der Gesellschaft. Es arbeitet auf professionelle Weise soziale Probleme dort, wo Menschen als Mitglieder von sozialen Systemen mit mehrfach sich überlagernden und verstärkenden Problemen belastet sind, die sie aus eigener Kraft und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht lösen können. Es sind Probleme, die in der ökologischen, biologischen, psychischen und sozialen Ausstattung von Individuen und sozialen Systemen zu finden sind und sich bedürfnistheoretisch begründen lassen. (Sagebiel 2007, 24)

Silvia Staub-Bernasconi betrachtet die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession. Die bereits aufgegriffene Frage nach dem guten, lebenswerten Leben ist verknüpft mit der Umsetzung der Menschenrechte. Staub-Bernasconi bezieht Stellung für Menschen, die in sozialen Systemen mehrfach mit Problemen belastet sind. Diese Zielgruppe benötigt Förderung. Das folgende Konzept kann eine weitere Ressource für Menschen, die mit der Ausstattung der sozialen Systeme nicht zurechtkommen, darstellen und Bedürfnisse erfüllen.

Das Thema Menschenrechte bekommt in der aktuellen Lage eine neue Bedeutung. Es gibt flüchtenden Menschen, die auf der Flucht sterben. Instrumente der Exklusion und Diskriminierung bzw. die Förderung der Partizipation von allen Menschen spielen eine große Rolle sowohl in der Sozialen Arbeit als auch in Community Gardening und Community Organizing.

“Soziale Arbeit hat hier die Aufgabe das Fehlen von Werten (z. B. menschengerechte Behandlung von Asylbewerbern) öffentlich einzuklagen und

auf die Missachtung von Kriterien (Sozial- und Menschenrechten) hinzuweisen.“ (Sagebiel 2007, 24) Dieses Einklagen kann in Form von organisierten Bürgerplattformen in einem Gemeinschaftsgarten funktionieren. Auf diese Weise kann zur Achtung der Menschenrechte beigetragen, Verantwortung übernommen und politischer Druck ausübt werden.

5.3.4 Habitus, soziale Klassen und soziale Ungleichheit nach Pierre Bourdieu

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu (1930-2002) prägte unter anderem den Begriff Habitus, welcher von dem Milieu, in dem ein Mensch aufwächst bzw. lebt, geprägt wird. Der Habitus des Menschen ist der Ausdruck seiner Herkunft. Dieser ist wie eine „zweite Haut“, die durch viele meist unbewusste Kennzeichen, wie zum Beispiel Kleidung, Vorlieben und Geschmack, die Gestaltung des Alltags oder politische Einstellungen erkennbar ist (vgl. Kuhlmann 2008, 307).

Unterschiedliche Existenzbedingungen bringen unterschiedliche Habitusformen hervor (vgl. Bourdieu 1987, 278). Der Habitus kreiert die Abgrenzung zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, die in einem Community Garden aufeinandertreffen können und gemeinsam in Aktion treten. Menschen können ihre Herkunft zu einer bestimmten Bezugsgruppe kaum leugnen und werden in ihr Umfeld hineingeboren, dementsprechend hat das Individuum an dieser Stelle wenig Einfluss darauf. Hierdurch sind bestimmte Zugänge, die mit den einzelnen sozialen Klassen verknüpft sind, für einen Teil der Menschen geöffnet und für einen anderen Teil geschlossen.

Bourdieu beschreibt ebenfalls den Begriff Klasse. Es gibt unterschiedliche soziale Klassen in der Gesellschaft. Jede soziale Klasse ist von unterschiedlichen Existenzbedingungen und differenzierten Positionen in der Systemstruktur geprägt (vgl. ebd. 279). Eine soziale Klasse wird durch die „Struktur der Beziehungen zwischen allen relevanten Merkmalen“ definiert (vgl. Bourdieu 2003, 182). Hierzu kommt der Bourdieusche Kapital-Begriff. Er unterscheidet zwischen ökonomischem, sozialem, kulturellem Kapital

(vgl. Bourdieu 1983, 182ff.) Das kulturelle Kapital wird teilweise als symbolisches Kapital betitelt, da es nicht unbedingt materiell ist (zum Beispiel Prestige) (vgl. ebd., 4).

Bourdieu gilt als ein anerkannter Forscher der sozialen Ungleichheit. Bourdieu plädiert dafür, dass gesellschaftlich erwartete Kompetenzen an den Einzelnen, somit an alle vermittelt werden sollten. Institutionen (wie zum Beispiel Schulen) und Organisationen sollten Zugänge dadurch gleichermaßen ermöglichen (vgl. Bourdieu 1992, 248-249). Im Gemeinschaftsgarten wird eine Situation herbeigeführt, in der Menschen unterschiedlichster Habita zusammentreffen und interagieren. Anders als bei der exemplarischen Begegnung in der U-Bahn, arbeiten sie gemeinsam an einem Projekt, erreichen Ziele und kooperieren. Es könnte eine Annäherung (Abbau von Vorurteilen etc.) der unterschiedlichen sozialen Milieus geben. Bürger_innen können durch den neuen Community Garden an Kapital gewinnen, da ihnen neue Kontakte und Zugänge ermöglicht werden.

"Es ist höchste Zeit, die Voraussetzungen für den kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie zu schaffen, die in die gemeinsamen historischen Traditionen und zivilisatorischen Werten wurzelt." (Bourdieu 1998, 9). Bourdieus Anliegen eine Gesellschaft, die auf zivilisatorischen Werten aufbaut, zu schaffen und gemeinsam die „soziale Utopie“ zu leben, ist das zugrundeliegende Ziel von Community Gardening und Community Organizing. Er kritisiert den Neoliberalismus und die Macht der Ökonomie mit den Wortlauten „Ausbeutung“ und „fleischgewordene Höllenmaschine“ (vgl. Bourdieu 1998, 109 und 114). Die Forderung nach gerechten Zugängen und Bildungschancen statt einer ungerechten Verteilung des unter anderem kulturellen Kapitals, ist auch im Community Organizing ein relevantes Thema. Es gibt Privilegierte und Benachteiligte (vgl. Herkommer 2003, 185). Er benennt die notwendige Verteidigung des Allgemeinwohls, im Gegensatz zur Verteidigung des ökonomischen Systems mit Geldmärkten, geprägt von Eigennutz und Gewinnsucht (Bourdieu 1998, 118).

Gerade hinsichtlich der Flüchtlingsthematik, welche die bestehenden Klassen und Ab- und Ausgrenzungsmechanismen durch Positionierungen und

Grenzen sichtbar macht, ist Bourdieus Anliegen die teils verdeckten Exklusionsmechanismen aufzudecken ein höchst aktuelles Thema. Beispielsweise gibt es eine Vielzahl an aktuellen Leitfäden für Menschen mit Fluchthintergrund, in denen die Normen und Umgangsformen, die in Deutschland zu beachten sind, beschrieben werden. Es werden wenige Formalien beschrieben, vielmehr werden detaillierte Umgangsformen, Vorlieben und Normen der Bürger_innen beschrieben. Dies kann sehr kritisch betrachtet und nicht verallgemeinert werden, weist jedoch auf die Relevanz der von Bourdieu beschriebenen gesellschaftlichen Unterschiede hin.

Für das Konzept aus Community Organizing und Community Gardening, welches auf der Teilhabe aller Menschen aufbaut, ist die Unterscheidung verschiedener Klassen hilfreich. Erst wenn soziale Ungleichheit benannt wird, kann sie vermieden und mit ihr umgegangen werden. Durch Bourdieus Ansatz werden Instrumente der Exklusion und Diskriminierung aufgedeckt. Diese Aufdeckung kann die Bekämpfung erleichtern und die Situation, die bisher hingenommen wurde, beschreiben und vor allem bei den Betroffenen ein Bewusstsein, die Verbesserungswürdigkeit und ihre Bedürfnisse schaffen. Durch den Einsatz von Community Organizing im Community Garden kann die politische Bekämpfung von sozialer Ungleichheit angegangen werden. Alinsky greift ähnlich wie Bourdieu und Paulo Freire (brasilianischer Pädagoge) die Thematik der sozialen Ungleichheit auf. Sie gehen aktiv gegen die Barrieren, die durch unterschiedliche Klassen und Zugehörigkeitsmerkmale entstehen, vor, indem sie aufklären, organisieren und tätig werden.

5.4 Zielgruppe (Lena Häfner)

Mit dem Projektkonzept sollen möglichst alle Bewohner_innen im Stadtteil Preuswald angesprochen werden. Die Einwohner_innen-Struktur wird in der “Ergänzenden Bestandsaufnahme Preuswald” folgendermaßen beschrieben:

Parallel zu einer Zweiteilung der Bausubstanz ist auch die Sozialstruktur Preuswalds deutlich zweigeteilt: Auf der einen Seite Hauseigentümer_innen, auf der anderen Seite die Bewohner_innen der Geschosswohnungen mit einem wachsenden und im gesamtstädtischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil an Menschen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen. Mit 23,9 % liegt der Anteil der Einwohner_innen mit ausländischem Pass 9,2 % über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. [...] Stärker vertreten als die traditionellen Zuwanderungsländer sind dabei insbesondere afrikanische Länder südlich der Sahara. Im Jahr 2013 sprachen 69,6 % der eingeschulerten Kinder im Alltag nicht Deutsch. Durch den Zuzug vieler kinderreicher Familien leben im Preuswald inzwischen mehr Kinder (18,9%) unter 14 Jahren als in anderen Stadtteilen. [...]. Der Anteil der über 64-Jährigen liegt mit 19,6% weiterhin über dem gesamtstädtischen Mittel, die absolute Zahl der Älteren ist dennoch rückläufig. (Genenger-Stricker 2015, 3)

Inklusion ist eines der wichtigsten Prinzipien im vorliegenden Konzept, wie auch in Community Organizing und Community Gardening. Selbstverständlich kann nicht garantiert werden, dass tatsächlich alle Bewohner_innen des Stadtteils angesprochen werden.

Diese Zielgruppen sollten im Besonderen erreicht werden:

- Menschen mit einer Affinität zum Thema Garten
- Menschen mit viel Freizeit
- Menschen mit Fluchthintergrund
- Familien, die sich einen Garten wünschen
- Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- Menschen unterschiedlicher Altersklasse
- Menschen mit und ohne Behinderung
- Menschen aus bildungsfernen Milieus
- Menschen mit wenig Deutsch-Kenntnissen

“Eine zielgruppenorientierte Veranstaltungsplanung schließt ein, dass man an die Lebenswelt der Teilnehmenden, ihre Wertorientierungen und Einstellungen anknüpft.” (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V. o.J., a) “Zielgruppen wie Schulkinder, Kinder in der offenen

Jugendarbeit und Erwachsene bevorzugt aus liberal-intellektuellen Milieus, sind den Umweltzentren vertraut.“ (ebd.) Zielgruppen aus liberal-intellektuellen Milieus sind erfahrungsgemäß auch im Rahmen des Community Gardening, der eng mit Themen der Umweltbildung verknüpft ist, häufiger anzutreffen. Um breite Teile der Gesellschaft anzusprechen und somit Möglichkeiten zum Austausch und Inklusion zu verwirklichen, bedarf es gezielter Techniken. “Strategien dazu können Kooperationen mit thematisch „fernen“ Institutionen, Kopplung mit anderen für die Zielgruppen attraktiven Themen (zum Beispiel Multimedia oder Sport), Event-Orientierung oder die Zuhilfenahme von Methoden der Werbung sein.“ (ebd.) Darüber hinaus können Ergebnisse der (Sinus-) Milieuforschung herangezogen werden. “Man erhält dadurch wertvolle Hinweise über Umweltorientierung, über Barrieren für nachhaltiges Handeln, zu gesellschaftlichem Engagement und Kommunikationsorten bestimmter sozialer Milieus, und kann Ansprechweisen, Methoden und inhaltliche Zugänge danach ausrichten.“ (ebd.)

5.5 Konzeptziele (Janise Ebbertz)

Das Konzept ist partizipativ ausgerichtet. Das bedeutet, dass die konkreten Zielsetzungen der Beteiligten an dieser Stelle nicht festgelegt werden und die globalen Konzeptziele gegebenenfalls geändert und angepasst werden. Je nach Anliegen der Beteiligten werden bestimmte Ziele fokussiert beziehungsweise weniger fokussiert. Dieses setzt die Flexibilität und Spontaneität der Sozialarbeiter_innen voraus. „Nicht die Methoden oder Verfahren sollten die Inhalte, Fragestellungen und Probleme, sondern die Inhalte bzw. Probleme die Wahl der Methoden bestimmen“. (Staub-Bernasconi 1998, 54) Es geht vor allem darum, die Ziele der Beteiligten zu erreichen. Dennoch ist es sinnvoll, hierarchisierte Ziele zu formulieren, um die grobe Richtung des Projekts festzulegen. Auch zur Beantragung von Fördergeldern ist das Beschreiben der Ziele essentiell. Zur Evaluation und Qualitätssicherung sind festgelegte Ziele ebenfalls notwendig. Diese obligatorischen Ziele werden bei Projektstart näher definiert, um die Erreichung überprüfen zu können. Dazu werden sie nach dem SMART Schema ausformuliert. Demnach

müssen sie spezifisch, messbar, erreichbar (aus dem Englischen „achievable“) relevant und zeitlich festgelegt sein (vgl. Kilian et al. 2008, 25-26).

Es folgen die globalen Projektziele:

Stärkung des Individuums

- Die persönliche Weiterentwicklung der Bürger_innen wird gefördert.
- Die Bürger_innen machen Inklusionserfahrungen. Die Inklusionserfahrung verknüpft mit dem Erleben von Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen steht vor der Emanzipationserfahrung.
- Durch die Tätigkeit im Garten werden neue Kompetenzen entdeckt und entwickelt.
- Es werden Selbstwirksamkeitserlebnisse und positive Bewältigungserfahrungen ermöglicht.
- Durch die Verantwortung, die Menschen übernehmen und die Möglichkeit der Mitbestimmung, steigt ihre Selbstachtung, ihr Selbstvertrauen und ihre Stellung in der Gesellschaft wird beeinflusst.
- Alle Beteiligten können einen Teil ihres Umfeldes ihren Bedürfnissen entsprechend gestalten.
- Der Begegnungsort wirkt der Vereinsamung und Isolation in Großstädten entgegen.
- Das psychische Wohlbefinden wird gefördert. Beispielsweise werden Menschen, die arbeitslos sind, im Garten tätig. Sie haben eine Aufgabe. Die Tätigkeiten, Interaktionen, Teilhabe und Teilgabe am gesellschaftlichen Leben stärkt die Beteiligten und stellt eine Resource dar.
- Die Menschen werden wahrgenommen und sind involviert, sie können eigene Projekte umsetzen und haben das Gefühl dazuzugehören, dadurch geht es ihnen besser und sie neigen idealerweise weniger zu Gewalt und Depression.

- Menschen werden befähigt, ihr eigenes Leben, das gesellschaftliche Zusammenleben und damit das öffentliche Leben wieder gemeinsam mit anderen zu gestalten, gegebenenfalls zu verändern und zu entwickeln, das heißt persönlich und öffentlich-politisch handlungsfähig zu werden.
- Beteiligte können durch die anwesenden Fachkräfte individuell beraten und gegebenenfalls an weitere unterstützende Stellen weitergeleitet werden.

Stärkung der Gemeinschaft

- Es entsteht ein neues Gemeinschaftsgefühl. Die Menschen fühlen sich sicherer und zugehörig, da sie einander kennen. Sie können sich im Rahmen des Community Gardens als eine "Gemeinschaft" verstehen und sind gemeinschaftlich handlungsmächtig.
- Die Menschen in der Nachbarschaft begegnen sich häufiger, alltägliche Unterstützungsnetzwerke in Familie, Freundschaft und Nachbarschaft werden gestärkt.
- Vielfalt hinsichtlich des Alters, der Herkunft, des Geschlechts, der Glaubensrichtungen, der Lebensvorstellungen wird sowohl in der Gesellschaft als auch im Gemeinschaftsgarten normal und bereichernd wahrgenommen.

Bildungsarbeit

- "Bildung wird verstanden als die Entfaltung der gesamten Person, um die Fähigkeit zu einer selbstbestimmten Lebensführung und Identitätsfindung, aber auch Beziehungskompetenz, Solidarität und die Fähigkeit zur Übernahme sozialer und politischer Verantwortung zu ermöglichen." (Katholische Hochschule Aachen 2016)

Politische Bildung

- Durch die Mitgestaltung des Gartens wird ein Lernfeld geboten, in dem Beteiligte lernen zu argumentieren und ihre Meinung auszudrücken.

- Das Agieren im politischen Kontext wird auch für Bürger_innen aus bildungsfernen Milieus ermöglicht.
- Im Rahmen von Themenabenden, Informationsveranstaltungen etc. werden gesellschaftliche Widersprüche bezogen auf ihren Gegenstandsbereich aufgedeckt, Interessenskonflikte benannt, für soziale Ungleichheit und Ausschließungsprozessen sensibilisiert, zu Grunde liegende Funktionsmechanismen, Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten thematisiert und skandalisiert (vgl. Schreier 2011, 4).

Bildung für nachhaltige Entwicklung

- Durch umweltnahe Aktivitäten und entsprechende Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung wird ein erweitertes Umweltbewusstsein geschaffen.

Antirassistische Bildung

- Bestehende Vorurteile und Kommunikationsbarrieren werden durch die Zusammenarbeit im/am Projekt und die Begegnung der Beteiligten abgebaut.
- Durch das Kennenlernen des "Fremden", der fremden anderen Bürger_innen wirkt das Konzept präventiv hinsichtlich Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung.

Stärkung des Gemeinwesens

- Die Bürger- und Zivilgesellschaft wird gestärkt und politisch handlungsfähig. Sie ist ebenbürtiges Gegenüber zu den anderen beiden Säulen des Gemeinwesens Staat und Markt.
- Durch die Gestaltung eines öffentlichen Raumes im Stadtteil wird die Identifikation mit dem Stadtteil höher.
- Die Beteiligten gewinnen Einfluss auf die Stadtpolitik.

- Langfristig betrachtet werden die Machtbeziehungen durch die Arbeit der Bürgerplattform ein Stück weit verändert. Dadurch, dass sich viele Bürger_innen organisieren und für ihre Rechte einsetzen, gibt es ein Gegengewicht zu staatlichen Verordnungen.
- Selbst erarbeitete Themenvielfalt und Lösungsvorschläge für strukturelle Probleme ermöglichen die Entstehung von innovativen Konzepten („Bottom-up-Prinzip“).
- Inklusion von Randgruppen. (Die Bürgerplattform im Gemeinschaftsgarten könnte sich beispielsweise für das Wahlrecht von geflüchteten Menschen einsetzen.)
- Bürger_innen werden zusammengebracht, treten für ihre eigenen Interessen ein und setzen sich für eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen und ähnliche ein.
- Kooperationen und Netzwerke aufbauen und stärken: Die Beteiligten stellen Kooperationen und Verbindungen zu bestehenden Einrichtungen im Stadtteil her. Diese Kooperationspartner_innen können vom Gemeinschaftsgarten profitieren und dieser ebenso von ihnen. Es werden einzelne Win-Win-Situationen kreiert.

5.6 Methoden bezogen auf... (Lena Häfner)

Geißler und Hege betrachten Methoden als (konstitutive) Teilaspekte von Konzepten (vgl. ebd. 2007, 21). Die Methode ist ein vorausgedachter Plan der Vorgehensweise (vgl. ebd.). Im Folgenden werden einige Methoden der Sozialen Arbeit vorgeschlagen, die in dem vorliegenden Konzept den jeweiligen Personen und Situationen entsprechend Anwendung finden könnten. Im Folgenden werden Methoden auf vier Ebenen genannt: Stärkung des Individuums (Einzelfallarbeit), Stärkung der Gemeinschaft, Bildungsarbeit und Stärkung des Gemeinwesens. Dabei wird auch noch einmal kurz auf die oben bereits dargestellten Prinzipien und Potentiale von Gemeinschaftsgärten eingegangen, um zu verdeutlichen, inwiefern dieses spezielle Setting und die jeweilige Methode zusammenpassen.

5.6.1 ... die Stärkung des Individuums (Einzelfallarbeit)

Community Organizing zielt darauf, Menschen zu befähigen, ihr eigenes Leben, das gesellschaftliche Zusammenleben und damit das öffentliche Leben wieder gemeinsam mit anderen zu gestalten, gegebenenfalls zu verändern und zu entwickeln, das heißt persönlich und öffentlich-politisch handlungsfähig zu werden (vgl. Penta 2011, 153). Dieser Aspekt leitet über zum Empowerment.

In der Einzelfallarbeit sind der ressourcenorientierte Blick und die Wahrnehmung der Klient_innen als kompetente Akteure sowie das Vertrauen in die Stärken der Menschen zentral. Es gibt in Gemeinschaftsgärten vielfältige Möglichkeiten die persönlichen Fähigkeiten kennenzulernen. Es gilt stets das Prinzip "learning by doing" (Ebbertz/Häfner 2015, 45ff.). Das Tun im Gemeinschaftsgarten wird als ein Sich-Ausprobieren und als ein Lernprozess verstanden. Die Prozessorientierung ist dabei entscheidend. Es können im Sinne des Empowerment-Gedankens auch mit Unterstützung der Fachkräfte eigene Ressourcen entdeckt, Stärken und Fähigkeiten systematisch einbezogen werden (vgl. Herriger 2011, 232). In Gemeinschaftsgärten Aktive sind der Meinung durch das Engagement im Gemeinschaftsgarten an Selbstbewusstsein gewonnen zu haben. Diese Möglichkeit entsteht vermutlich durch die gefragte Eigeninitiative und die Ermutigung, Dinge selbst in die Hand zu nehmen (vgl. Ebbertz/Häfner 2015, 46). Gemeinschaftsgärten verbindet, dass sie auf „Strukturen aufbauen, welche aktive Teilnahme und Mitbestimmung der jeweiligen Mitglieder am Organisationsprozess voraussetzen“ (vgl. Taborsky 2008, 97). Durch die Verantwortung, die Menschen dort übernehmen und die Stimme, die sie bekommen, indem sie mitbestimmen, steigt ihre Selbstachtung, ihr Selbstvertrauen und ihre Stellung in der Gesellschaft wird beeinflusst (ebd.).

Der Garten bietet Gestaltungsfreiraum zum aktiv sein, fordert Menschen heraus, tätig zu werden und somit positive Bewältigungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen (Ebbertz/Häfner 2015, 46). In diesem geschützten Raum wird durch die Tätigkeiten Interaktion gefördert und für

Handlungssicherheit gesorgt. Diese Handlungssicherheit kann auf das Leben außerhalb des Gartens übertragen werden. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit des Spracherwerbs durch die Kommunikation im Garten (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 484). Christa Müller benennt das Erfahren von Kontinuität als einen wichtigen Faktor im Gemeinschaftsgarten. Diese Erfahrung kann zum Beispiel für traumatisierte Flüchtlinge zur Wiedererlangung ihrer Stabilität beitragen (vgl. Müller 2002, 68-69).

Es ist interdisziplinär und empirisch belegt, dass Gärten eine positive, aufmerksamkeitsfördernde und stressreduzierende Wirkung auf den Menschen haben (vgl. Callo et al. 2004, 47 ff).

Während der gemeinsamen Tätigkeit im Garten entstehen darüber hinaus Gelegenheiten zur Erinnerungsarbeit, biographischen Gesprächen und zur Beratung.

5.6.1.1 Empowerment

Empowerment ist nicht nur wie oben beschrieben ein Prinzip bei Community Organizing und Community Gardening, sondern auch eine zentrale Methode der Sozialen Arbeit. Der Gedanke zieht sich durch alle vier hier dargestellten Ebenen, hat aber seinen Anfang beim Individuum und wird deshalb an dieser Stelle genannt. "Empowerment [...] ist die Anstiftung zur (Wieder-)Aneignung von Selbstbestimmung über die Umstände des eigenen Lebens." (ebd.) Es ist ein Begriff in der psychosozialen Arbeit, die die Menschen zur Entdeckung ihrer eigenen Stärken und Ressourcen ermutigt und "ihnen Hilfestellung bei der Aneignung von Selbstbestimmung und Lebensautonomie vermitteln" (ebd.).

Individuelle Ressourcen, die im Rahmen des Konzepts gefördert, ausgebaut und fokussiert werden können, sind in erster Linie (vgl. Herriger 2014, 96 ff):

Personenressourcen

psychische Ressourcen:

- Begabungsressourcen: kreative und künstlerische Talente, praktische Intelligenz und psychomotorische Ressourcen
- Selbstwertgefühl
- Vertrauen in die eigene Gestaltungs- und Bewältigungskompetenz
- Coping-Strategien: Kompetenzen zu zielgerichtetem Problemlösungshandeln
- Ressourcen der psychophysischen Entspannung

kulturelle und symbolische Ressourcen

- Verinnerlichte Fertigkeiten, Einstellungen, Überzeugungen
- Analytisches Wissen zur Reflexion von Selbst und Umwelt
- Einbindung in eine subjektive Handlungsethik: die Bindung an eines festes identitätsstiftendes (ethische/politisches) Glaubenssystem
- Engagement, Teilhabe am öffentlichen politischen und kulturellen Leben und eine im bürgerschaftlichen Commitment beglaubigte Orientierung am Gemeinwohl ("zivilgesellschaftliche Kompetenz")
- Erfahrung der sozialen Anerkennung in bedeutsamen Zugehörigkeitsgemeinschaften

relationale Ressourcen

- Empathie
- Offenheit
- Beziehungsfähigkeit
- Konfliktfähigkeit
- Kritikfähigkeit

Umweltressourcen

- Embedding: das soziale Eingebundensein in unterstützende Netzwerke (Freundschafts-, Bekanntschafts- und Interessensnetzwerke)

- Wohnumfeldqualität: die Anregungsvielfalt der alltäglich genutzten natürlichen, baulichen und kulturellen Umwelt; Zugang zu den Ressourcen Naturerleben und Erholung

5.6.1.2 Sozialpädagogische Beratung

Entsprechend des bereits beschriebenen Empowerment-Gedankens als Prinzip sowohl des Community Organizings als auch des Community Gardening soll ein in dem neuen Gemeinschaftsgarten tätiger Sozialarbeiter der gegebenenfalls auch einem Beratungsbedarf eines Teilnehmers gerecht werden können.

Eine Beratung ist in erster Linie als ein dynamischer und ergebnisoffener Prozess zu verstehen (vgl. Kreft/Müller 2010, 88). Die beratende Person bietet dem Klienten lediglich Unterstützung an, seine Probleme selbst zu lösen. Die Beratung könnte somit auch Hilfe zur Selbstreflexion oder reflexive Begleitung genannt werden (vgl. ebd.). Diese Selbstexploration ist für die Beratung zentral. Der Ratsuchende beschäftigt sich mit sich selbst, seinen Gefühlen, seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. "Alleine das verändert seine Gefühlswelt, Einsicht und Handlungsfähigkeit." (ebd.) Dabei wird dem Ratsuchenden außerdem explizit die Verantwortung für sein Leben und sein Problem belassen (vgl. ebd.). Entscheidend für die Grundhaltung der Berater_in ist die Sicht auf Krisen als Chance zur Veränderung und Weiterentwicklung und die Fähigkeit und Bereitschaft aus eigenen Fehlern und von dem Klienten zu lernen. Beratung kommt selten alleine vor und ist meistens mit anderen Tätigkeiten in der Sozialen Arbeit verknüpft (ebd., 90). So kann ein Beratungsgespräch im neuen Gemeinschaftsgarten zum Beispiel auch bei der gemeinsamen Arbeit im Garten und ganz beiläufig entstehen. Damit verbunden ist eine große Niedrigschwelligkeit. Eine für die Beratung günstige Beziehung kann bereits im Vorfeld während der gemeinsamen Aktivität im Garten aufgebaut werden, wodurch Teilnehmer_innen sich leichter mit ihren Sorgen und Problemen an die Sozialarbeitenden wenden. Hierdurch entsteht eine höhere präventive Handlungsfähigkeit.

5.6.2 ...die Stärkung der Gemeinschaft (Gruppenarbeit)

“Mit Community ist zugleich auch ein Bewusstsein und die Erfahrung von Gemeinsamkeit und „Gemeinschaft“ gemeint.” (FOCO 2016) Zentral für das Empowerment auf der Ebene der sozialen Netzwerke ist die Förderung von alltäglichen Unterstützungsnetzwerken in Familie, Freundschaft und Nachbarschaft (Netzwerkberatung), der Aufbau von bürgerschaftlichen Solidargemeinschaften. Diese werden in Gemeinschaftsgärten gestärkt. Hier findet sich idealerweise eine Gruppe von ganz unterschiedlichen Menschen zusammen. Diese Gruppe wird im Rahmen des entwickelten Konzepts von einem Sozialarbeitenden begleitet, der deshalb über eine methodische Handlungskompetenz im Bereich der Arbeit mit Gruppen verfügen und sich in seiner Tätigkeit zumindest grob an den Grundsätzen der Gruppenarbeit orientieren sollte.

Grundlegend für das Community Organizing ist eine aktivierende Beziehungsarbeit (vgl. FOCO 2016). Die Möglichkeiten für diese Beziehungsarbeit sind in Gemeinschaftsgärten und ihren bewusst offen gehaltenen Gestaltungsfreiräumen divers. Sie reichen von der Gartenarbeit, der Anwesenheit bei Treffen und Diskussionen, über gemeinsam veranstaltete Feste oder einfach nur an deren Teilnahme, hin zu künstlerischer oder spielerischer Aktivität und darüber hinaus. Ein Mensch, der sich zum Beispiel auf Grund fehlender Sprachkenntnisse nicht gut verbal einbringen kann oder möchte, kann dennoch aktiv interagieren und stellt einen gleichwertigen Teil der Gemeinschaft dar. Eine Beteiligte im Gemeinschaftsgarten in Aachen beschreibt es wie folgt: Das Zugehörigkeitsgefühl zum Gemeinschaftsgarten ist häufig stark ausgeprägt, es wird aktiv nach Gemeinschaft gestrebt. Wenn Menschen zusammen im Garten sind, haben sie allein dadurch ein gemeinsames Thema und eine Verbindung zueinander, was es erleichtert in Kontakt zu treten. Es bieten sich durch die meist unkonventionelle Gestaltung der Gärten viele Anlässe zur Kommunikation und Netzwerkerweiterung (vgl. Ebbertz/Häfner 2015, 45ff.).

5.6.2.1 Gruppenpädagogik

Die Gruppe hat gelernt (oder wird im Prozess lernen), kommunikationsfähig zu werden: Empathie zu entwickeln, also andere zu verstehen und sich selbst verständlich zu machen, andere zu akzeptieren, auch wenn man selbst anders ist oder anders sein möchte und dabei doch auch `zu sich selbst` zu kommen. Ein solcher sozialer Kultivierungsprozess läuft nicht `spontan` oder `naturwüchsig` ab, sondern muss angeleitet und gesteuert werden. (Kreft/Müller 2010, 76)

Gruppenpädagogik ist neben der Einzelfallhilfe und der Gemeinwesenarbeit eine der drei klassischen Methoden der Sozialen Arbeit. Es gelten einige Grundsätze als Orientierung. Der Grundsatz des Anfangens - „Anfangen wo die Gruppe steht“ - ist zentral (vgl. ebd.). Der Gruppenpädagoge muss eine Gruppe in Aktion erleben, um ihre Gruppenstruktur, ihren Kommunikationsstil und explizite sowie implizite Handlungsziele zu erkennen. Solche Möglichkeiten der Aktion bieten sich in einem Garten zuhauf. Der Grundsatz „Sich mit der Gruppe in Bewegung setzen“ bedeutet, dass die Richtung einer Aktion von der Gruppe vorgegeben, aber durch die Gruppenleitung immer wieder explizit Raum für Entscheidungen gegeben wird (ebd.). Dabei gilt es mit den Stärken der Gruppenmitglieder zu arbeiten. Bei ihrer Entwicklung wird die Gruppe regelmäßig auf Grenzen stoßen, die es zu erkennen, zu thematisieren und als Chance zu wachsen zu nutzen gilt (ebd.).

Der persönliche Bezug des Gruppenleiters zur Gruppe lässt sich wiederum in Grundsätzen darstellen. Der erste Grundsatz beinhaltet, dass die Zusammenarbeit mehr gepflegt wird als der Einzelwettbewerb. Hiermit soll ein Gegengewicht zur Konkurrenzkultur geschaffen werden (ebd., 72). Der zweite Grundsatz heißt „Individualisieren“. Die Gruppe wird als Folie gesehen, die dem Einzelnen helfen soll, sich weiter zu entwickeln, individuelles Wachstum und soziale Kompetenz zu ermöglichen (ebd.). Das letztendliche Ziel des Gruppenleiters sollte sein, sich überflüssig zu machen und den Ablösungsprozess einzuleiten (ebd.).

5.6.2.2 Gruppendynamik

Die Gruppendynamik als Methode der Sozialen Arbeit bietet ebenfalls einige Handlungsimpulse und Orientierungspunkte für die sozialarbeiterische Tätigkeit in einem Gemeinschaftsgarten mit Elementen des Community Organizing.

Gruppendynamik bezieht sich auf das Studium der Kräfte, die im Gruppenprozess Meinungen, Verhaltensweisen und Gefühle der Mitglieder dynamisch und kohäsiv (= auf Bindekraft gerichtet) verändern (vgl. Kreft/Müller 2010, 93). Sie ist ein Trainingsverfahren zur Sensibilisierung von Erwachsenen für ein "demokratisches" und "kooperatives" Verhalten in Gruppen und für die Veränderung eigener Verhaltensprofile, die diesem Verhalten entgegenstehen, somit auch Teil der politischen Bildung (vgl. ebd., 95). Eine Gruppe ist im Idealfall gut überschaubar, jeder kann jeden sehen und ungehindert mit ihm sprechen. Zwei Fachkräfte als Paar sollen verhindern, dass einer von ihnen als Gruppenleiter missverstanden wird. Sie sollen keine Leiter sein, sondern ein Spiegel für das Verhalten der Gruppe. "Die Gruppe soll aus sich heraus ihre Themen finden und nach eigenem Gusto bearbeiten." (ebd.) Für die Fachkräfte gilt ein tendenzielles Nicht-Einmischungsgebot, die Gruppe soll immer wieder auf sich selbst verwiesen werden (vgl. ebd. 96). Es können nach Wunsch der Beteiligten und bei Bedarf immer wieder Reflexionsrunden veranstaltet und seitens der Fachkräfte zusammengefasste, realistische, aber nicht verletzende Einschätzungen des Gruppenstils, der Gruppenstruktur und ihrer Kommunikations- und Interaktionsprofile gegeben werden, woraus Schlussfolgerungen für weitere Maßnahmen für das Werden einer "besseren" Gruppe entstehen können (vgl. ebd.). Solche Interventionen sind jedoch im Rahmen des Gemeinschaftsgartens sehr unterschwellig, natürlich, beiläufig und auf Augenhöhe einzusetzen. Es darf auf keinen Fall der Eindruck einer belehrenden Rolle entstehen, was seitens der Fachkraft ein ausgeprägtes Geschick und eine gelingende Beziehungsgestaltung erfordert.

Eine solche gruppendynamische Arbeit kann drei Wirkungen erzielen. Die einzelnen Gruppenmitglieder können ein besseres, weil realistischeres Verständnis für ihre Wirkungen auf die Gruppenmitglieder gewinnen. Sie können ein besseres Verständnis gewinnen, wie einzelne Gruppenmitglieder auf sie wirken und warum. Außerdem können sie ein stärkeres und gezielteres Interesse dafür gewinnen, wie ihre Arbeitsgruppe ihr Gesamtverhalten und ihr Regelwerk verändern und entwickeln sollte, um subjektiv befriedigende und objektiv qualifizierte Arbeit zu leisten (vgl. ebd.). Die Reflexion

der Fachkräfte nach jedem Treffen spielt eine wichtige Rolle. Dabei werden auch Schwerpunkte im Hinblick auf die Beobachtung in der nächsten Runde festgelegt (vgl. ebd., 96).

Unter anderem im Rahmen der Gartenarbeit und von regelmäßig stattfindenden basisdemokratischen Planungstreffen können sich die Sozialpädagogen an der Methode der Gruppendynamik orientieren und Elemente einfließen lassen.

5.6.2.3 Erlebnispädagogik

Auch die Erlebnispädagogik als Methode der Sozialen Arbeit bietet einige Anreize und Anknüpfungspunkte für die pädagogische Arbeit in dem hier konzeptionierten Gemeinschaftsgarten.

Der Begründer dieser Methode ist Kurt Hahn. "Der Romantiker Kurt Hahn sieht die Gesellschaft im Verfall, der Pragmatiker entwirft ein kurzes, klares, einfaches Gegenrezept." (Kreft/Müller 2010, 113). Dieses "Rezept" beinhaltet:

1. Den "Verfall der körperlichen Tauglichkeit" durch das "körperliche Training" aufhalten.
2. Den "Mangel an Initiative und Spontaneität" durch "Expedition" kompensieren.
3. "Das Projekt" soll den "Mangel an Sorgsamkeit" ausgleichen.
4. Dem "Mangel an menschlicher Anteilnahme" wird der "Dienst am Nächsten" entgegengesetzt. (vgl. ebd.)

"Lerntheorien wie Konstruktivismus und Gehirnforschung bestätigen den Ansatz des erlebnis- und handlungsorientierten Lernens." (Kreft/Müller 2010, 113) Die Handlungsorientierung wird in einem Garten seiner Natur nach großgeschrieben. Erlebnispädagogik kann als handlungsorientierte Methode definiert werden.

"[Erlebnispädagogik] will durch exemplarische Lernprozesse, in denen [...] Menschen vor physische, psychische und soziale Herausforderungen gestellt werden, diese in ihrer Persönlichkeit fördern, sie dazu befähigen, ihre Lebenswelt verantwortlich zu gestalten." (ebd.)

Meistens findet Erlebnispädagogik unter freiem Himmel statt, sie hat eine hohe physische Handlungskomponente und verwendet häufig die Natur als Lernfeld. Diese drei Elemente finden sich in einem Gemeinschaftsgarten. Dabei setzt die Erlebnispädagogik auf direkte Handlungskonsequenzen der verwendeten Aktivitäten, arbeitet mit Herausforderungen und subjektiven Grenzerfahrungen (ebd., 114).

Medien der Erlebnispädagogik sind zum Beispiel Natursportarten, spezielle künstliche Anlagen, Vertrauensübungen und Problemlösungsaufgaben (vgl. ebd.).

Die Gruppe gilt dabei als wichtiger Katalysator für Veränderungen. Reflexion und Transfer stehen am Ende jeder Einheit: Was wurde gelernt, wie wirkt es sich auf den persönlichen und beruflichen Alltag aus? (vgl. ebd.)

Körperliche Aktivität, der Dienst am Nächsten, eine ausgeprägte Handlungsorientierung, körperliche Betätigung, das gezielte Ansteuern von Herausforderungen und deren gemeinsame Bewältigung sind erlebnispädagogische Elemente, die sich in der Arbeit in Gemeinschaftsgärten wiederfinden lassen und von einem Sozialpädagogen noch bewusster eingesetzt und in den Vordergrund gestellt werden können.

5.6.2.4 Themenzentrierte Interaktion

Die Themenzentrierte Interaktion ist ein Verfahren der pädagogischen und therapeutischen Arbeit mit Gruppen, das von Ruth Cohn ab den 1950er Jahren entwickelt wurde (vgl. Kreft/Müller 2010, 122). Sie bietet wichtige Reflexions- und Handlungsimpulse für die Arbeit mit Gruppen.

Das Welt- und Menschenbild der Themenzentrierte Interaktion wird in drei Axiomen manifestiert (ebd., 123).

1. Der Mensch ist eine psycho-biologische Einheit. Er ist auch Teil des Universums. Er ist darum autonom und interdependent. Autonomie/Eigenständigkeit wächst mit dem Bewusstsein der Interdependenz (Allverbundenheit);
2. Ehrfurcht gebührt allem Lebendigen und seinem Wachstum. Respekt vor dem Wachstum bedingt bewertende Entscheidungen. Das Humane ist wertvoll; das Inhumane ist wertbedrohend;
3. Freie Entscheidung geschieht innerhalb bedingender innerer und äußerer Grenzen. Erweiterung dieser Grenzen ist möglich. (Cohn 1975, 120)

Diese Axiome werden in zwei Postulaten konkretisiert, die grundlegend für die Haltung von Teilnehmer_innen und Leiter_innen von Gruppen sind. Die zwei Postulate lauten: „Sei dein eigener Chairman.“, das beinhaltet den Fokus auf die eigenen Anteile und Bedürfnisse, und „Beachte Hindernisse auf dem Weg, deine eigenen und die von anderen. Störungen haben Vorrang - ohne ihre Lösung wird Wachstum erschwert oder verhindert.“ (vgl. ebd.)

Darüber hinaus werden drei Variablen genannt, die in der pädagogischen Arbeit zu berücksichtigen sind (vgl. ebd., 124):

1. Das Ich, die Persönlichkeit
2. Das Wir, die Gruppe
3. Das Es, das Thema

Dieses Dreieck ist eingebettet in eine Kugel, die die Umgebung darstellt, in welcher sich die aktionelle Gruppe trifft. Sie besteht aus Zeit, Ort und deren historischen, sozialen und teleologischen Gegebenheiten und wird Globe genannt. Es umfasst die konkreten und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Gruppe (vgl. ebd.).

Die Grundhypothese ist, dass allen Faktoren der gleiche Stellenwert zukommt und diese Ausgeglichenheit in einem aktiven Prozess hergestellt werden muss (vgl. ebd.).

Cohn stellt außerdem Hilfsregeln auf, die als Verhaltensregeln für Gruppenleitung und Teilnehmer_innen im Sinne der Axiome und Postulate des Themenzentrierte Interaktion dienen und den Gruppenprozess steuern helfen (vgl. ebd.):

- Vertritt dich selbst in deinen Aussagen (Ich statt Wir/Man).
- Sei authentisch und selektiv in deiner Kommunikation.
- Mache dir bewusst, was du denkst und fühlst und wähle, was du tust und sagt.
- Halte dich mit Interpretationen von anderen so lange wie möglich zurück. Spricht stattdessen deine persönlichen Reaktionen aus.
- Seitengespräche haben Vorrang. Sie stören und sind meist wichtig.

Die Themenzentrierte Interaktion gilt als attraktives Angebot zur demokratischen und gruppensensiblen Strukturierung von Gruppenprozessen (vgl. ebd.).

5.6.3 ... Bildungsarbeit

“Gemeinwesenarbeit versteht sich als Bildungsarbeit. Sie macht politisch aktives Lernen möglich, das Einsichten in die strukturelle Bedingtheit von Konflikten vermittelt.” (Mohrlock et al. 1993, 50) Bildung ist auch ein zentrales Anliegen vor allem der interkulturellen Gärten. Zum einen geht es um die Wissensvermittlung über ökologische Aspekte und zum anderen gibt es einen lehrreichen Austausch zwischen Kulturen und Nationen.

Bildung wird verstanden als die Entfaltung der gesamten Person, um die Fähigkeit zu einer selbstbestimmten Lebensführung und Identitätsfindung, aber auch Beziehungskompetenz, Solidarität und die Fähigkeit zur Übernahme sozialer und politischer Verantwortung zu ermöglichen. (Katholische Hochschule NRW 2016)

Vor allem in diesem Rahmen spielt die antirassistische Bildung eine wichtige Rolle, da dem Umfeld entsprechend Vorurteile abgebaut werden sollen.

In Gemeinschaftsgärten bieten sich darüber hinaus per se und auf Grund ihrer Wurzeln innerhalb der Transition-Town-Bewegung wertvolle Anreize und Anlässe zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, die entsprechend genutzt werden können und nach Möglichkeit sollten.

Neu an den urbanen Gärten ist der bewusste Bezug auf drängende ökologische und soziale Herausforderungen der Gegenwart: Klimawandel, soziales Auseinanderdriften, Verlust der biologischen Vielfalt, ungleicher Zugang zu gesunden Lebensmitteln, ungebremster Ressourcenverbrauch. [Urbane Gärten] stellen die pragmatische Frage: Wie können wir gemeinsam und mit den uns lokal zur Verfügung stehenden Mitteln dazu beitragen, unsere Städte ökologischer, sozialer, partizipativer, ressourcenschonender zu gestalten? (Prinzessinnengarten 2016, 6)

Darüber hinaus können gartenbezogene Schulungs-, Betreuungs- und Beschäftigungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden, über die indirekt auch ihre Eltern erreicht werden können.

5.6.3.1 Politische Bildung

Politische Bildung im weiteren Sinne ist ganz normaler Alltag (vgl. Ahlheim 2011, 664). “Schon in der Familie und im Kindergarten werden wir politisch

sozialisiert, machen wir politische Erfahrungen in der Freizeit und am Arbeitsplatz, im Freundes- und Kollegenkreis [...]” (ebd.) Politische Bildung im engeren Sinne, in der Schule, in der Jugend- und Erwachsenenbildung, kann diese nur ergänzen, fortführen, politische Lernerfahrungen systematisieren und in der Flut politischer Informationen Zusammenhänge herstellen (vgl. ebd.). Politische Bildung vermittelt Kenntnisse über Staat und Gesellschaft, ermöglicht Urteilsbildung über politische Vorgänge und Konflikte, befähigt zur Wahrnehmung der eigenen Rechte und Interessen so wie Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber der Gesellschaft, gibt Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten (vgl. Sander 2005, 65). Ihr Ziel ist “die Erziehung zum mündigen Bürger” (Theodor Adorno) und somit die Erziehung zum Staatsbürger im Sinne der demokratischen Ordnung („citizenship education“) (vgl. ebd.).

[Politische Bildung dient] der eigenständigen Auseinandersetzung der Lernenden mit dem Wirklichkeitsbereich Politik, ohne die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung, die politische Meinung, Urteile und Überzeugungen, zu denen die Lernenden im Einzelnen kommen können, vorweg zu nehmen. (Sander 2005, 17)

Kurz gesagt dient politische Bildung der Mündigkeit. Dieses ist für die demokratische Bildung das einzig mögliche, aber auch nur in demokratischen Gesellschaften durchsetzbare Denkmuster, weil es die Anerkennung der Freiheitsrechte für alle Bürger_innen voraussetzt (vgl. ebd.).

Politik regelt grundlegende Fragen des Zusammenlebens, damit sind alle sozialen Situationen des gesellschaftlichen Lebens Gegenstand.

Im Beutelsbacher Konsens wurden einige Grundprinzipien der politischen Bildung festgelegt (vgl. ebd., 18):

1. Überwältigungsverbot. Es ist nicht erlaubt den [Adressaten] - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der -rundum akzeptierenden - Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im [situativen Gespräch] kontrovers erscheinen.
3. Der [Adressat] muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenslage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.

4. Es besteht Einvernehmen darüber, dass es nicht Ziel politischer Bildung sein kann, politisches Einvernehmen unter den Lernenden und zwischen Lehrenden und Lernenden herzustellen. (ebd., 18)

Lernende können zu anderen Meinungen kommen als die Lehrenden und dieser Zustand kann ein wünschenswertes Ergebnis sein. Diese Grundhaltung von in der politischen Bildung Tätigen ist die Voraussetzung für Professionalisierung politischer Bildung, weil diese sich im Wesentlichen auf wissenschaftliches Wissen stützen statt auf politische oder weltanschauliche Überweisungen (vgl. ebd., 17).

Ansätze der politischen Bildung reichen von Seminaren zu Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit und Trainings gegen Stammtischparolen bis zur akzeptierenden bzw. gerechtigkeitsorientierten Bildungsarbeit (vgl. Ahlheim 2011, 664). Weitere Themen sind zum Beispiel der neoliberale Kapitalismus, seine Krisen und sozialpolitischen Folgen, Massenarbeitslosigkeit, der Um- und Abbau des Sozialstaats, Flüchtlings- und Entwicklungspolitik, ökologische Bedrohung und weltweite Verteilungskonflikte, Terrorismus und Friedenspolitik, religiöse und politische Fundamentalismen (ebd.). Zu diesen Themen können innerhalb des Gemeinschaftsgartens zum Beispiel Diskussionsrunden oder Informationsveranstaltungen durchgeführt werden.

Die politische Erwachsenenbildung ist auf Grund von Kürzungen des öffentlichen Fördervolumens innerhalb der Erwachsenenbildung zu einem Randphänomen geworden. Somit kann politische Bildung es sich nicht mehr leisten Angebote für sozial Schwächere zu machen und wirkt so selbst an der sozialen Deklassierung und Privilegierung mit (ebd., 71). Doch gerade an dieser Stelle ist politische Bildung dringend nötig. Gemeinschaftsgärten bieten in diesem Bereich gerade für diese Zielgruppe einen sehr geeigneten Ort, da es in der politischen Bildung mit Bildungsfernen in erster Linie um die Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen geht, um zunächst ein Gefühl dafür zu bekommen, dass jede/r Dinge im Kleinen verändern kann, um sich dann auch das Engagement für größere Veränderungen zuzutrauen.

Um einen Zugang zu bekommen ist es wichtig, an den eigenen Bedürfnissen und der Lebenswirklichkeit der Menschen anzuknüpfen, die in Diskussionen ergründet werden.

5.6.3.2 Antirassistische Bildung

Antirassistische Bildung kann als Teil der politischen Bildung angesehen werden. Sie hat im Kontext des entwickelten Konzeptes bezogen auf den Stadtteil Preuswald einen besonderen Stellenwert, da hier in besonderer Qualität Gruppen von Menschen mit und ohne und mit unterschiedlichen Migrationshintergründen aufeinandertreffen. In der Vergangenheit wurden vermehrt rassistische Spannungen wahrgenommen, welche es dringend anzugehen und aufzulösen gilt.

Antirassistische Ansätze haben die Machtungleichheit und die Reflexion von Machtverhältnissen, auf Grund denen Rassismus entsteht, als Ausgangspunkt (vgl. Attia 1997, 279). Antirassistische Arbeit kann als Brücke zu einer weniger rassistischen Gesellschaft angesehen werden (vgl. Mecheril/Melter 2010, 170). Ihr Ziel ist es, sich selbst überflüssig zu machen (ebd.). Zum einen liegt dabei der Fokus auf der Sozialisation von Diskriminierenden, zum anderen auf der Verarbeitung von Erfahrungen mit Rassismus der Minderheitenangehörigen. Der Kulturaspekt wird hier in der Regel vernachlässigt und eine Reflexion der kulturellen Fremd- und Selbstverständnisse wird nur selten angestrebt. Wichtige Elemente sind die Vermittlung von Werten wie Toleranz, das Erarbeiten von Handlungsweisen, um unter anderem Zivilcourage zu unterstützen, das Fördern interkultureller Kontakte, rassistische Propaganda aufdecken, Bewusstmachen von eigenen rassistischen Anteilen, Stärken von Minderheiten und die Förderung von Minderheiten durch Strukturmaßnahmen analog zum Gender Mainstreaming.

Vor allem interkulturelle Gärten gelten als Experimentierstätten, "in denen ein Miteinander unterschiedlichster Kulturen erprobt wird". Die Menschen leben eine Veränderung der Selbst- und Fremdwahrnehmung und Vorurteile weichen (vgl. Malcherowitz/Albert 2013, 484). Etwa über den gemeinsamen Anbau von landestypischen Gemüsesorten und das Zubereiten von

traditionellen Gerichten können Beteiligte ins Erzählen über ihre Herkunft kommen.

Innerhalb des Gemeinschaftsgartens können darüber hinaus zum Beispiel Aktionstage zum Thema Rassismus durchgeführt werden, zu denen auch externe Referenten eingeladen werden können. Darüber hinaus können zur Sensibilisierung für dieses Thema immer wieder kleine Veranstaltungen und auch Spiele in den Alltag integriert werden. Anregungen dafür gibt es zum Beispiel in der Broschüre "101 Projektideen gegen Rassismus", herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V.

5.6.3.3 Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist synonym verwendbar mit Umwelt- und Naturbildung und ebenfalls Bestandteil der politischen Bildung.

"[Die Arbeitsgemeinschaft Natur - und Umweltbildung versteht] unter Bildung für eine nachhaltige Entwicklung diejenigen Bildungsprozesse, die Menschen befähigen, die globalen Probleme der Gegenwart und Zukunft zu erkennen und zu bewerten sowie sich an den Entwicklungs- und Gestaltungsschritten zu beteiligen, die nötig sind, um heutigen und künftigen Generationen den Zugang zu den Ressourcen zu ermöglichen, die sie zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse benötigen." (Arbeitsverband Natur- und Umweltbildung Berufsverband e.V. o.J., b)

Ihr Ziel soll nicht in erster Linie das Erreichen politischer Ziele und nachhaltiger Entwicklung (zum Beispiel Reduzierung des Ressourcenverbrauchs auf eine bestimmte Größe) sein, wodurch sie sich von der Politik instrumentalisieren ließe. Ihr eigentliches Ziel ist viel mehr Menschen dabei zu unterstützen, ihr Entwicklungspotential zu entfalten, sie soll Menschen Anlässe bieten, sich mit zukunftsrelevanten Themen auseinander zu setzen (vgl. ebd.).

In diesem Fall wird nachhaltige Entwicklung innerhalb des Bildungsprozesses als normatives Konzept, dem das Ziel der Verteilungsgerechtigkeit zugrunde liegt, vorgestellt. Oberstes Ziel ist es, die Kompetenzen zu fördern, die benötigt werden, um die komplexen Zusammenhänge zwischen der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung nachzuvollziehen und an Lösungen für heutige und künftige Probleme mitzuarbeiten. (ebd.)

Die Reflexion der eigenen Lebensstile und Bedürfnisse und die Abschätzung der Tragweite des eigenen Handelns in Bezug auf die Ziele nachhal-

tiger Entwicklung spielen dabei eine wichtige Rolle, "um sich je nach Situation bewusst für oder gegen nachhaltiges Handeln entscheiden zu können" (vgl. ebd.). Themen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung entsprechen weitgehend der Agenda 21 und knüpfen an den Bedürfnissen der Zielgruppen an, zum Beispiel Ernährung, Mobilität, Wohnen. "Durch Alltags- und Handlungsbezug wird ein hoher Lernerfolg und auch die tatsächliche Umsetzung sinnvoll erachteter Handlungsänderungen wahrscheinlicher." (ebd.)

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung entfaltet die Themen, soweit angebracht, aus ökologischer, ökonomischer und sozialer sowie globaler Perspektive. Hierzu sind vor allem Kooperationsstrukturen mit Institutionen und Initiativen aus unterschiedlichen Bereichen förderlich. (ebd.)

Etablierte Techniken innerhalb dieses Bildungsfeldes können gut in dem neuen Gemeinschaftsgarten angewendet werden. Hierzu zählen unter anderem Informationsangebote, wie zum Beispiel zur richtigen Mülltrennung, Zukunftswerkstätten, Plan- und Rollenspiele, Open-Space-Aktionen und Ausstellungen.

5.6.4 ...die Stärkung des Gemeinwesens

Wie im dritten Kapitel bereits dargestellt, wird durch die Verbundenheit mit dem Garten die Identifikation mit dem Stadtteil höher. Außerdem kann die Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsschichten in Gemeinschaftsgärten in besonderer Weise gefördert werden. Bezogen auf das Gemeinwesen sind in dem hier betrachteten Fall selbstverständlich die Gemeinwesenarbeit und das Community Organizing die grundlegenden Methoden, die in dem Gemeinschaftsgarten praktiziert werden.

In vielen Gemeinschaftsgärten wird, wie oben erwähnt, bereits konkrete, sichtbare Mitgestaltung des Stadtteils ermöglicht. Diese Möglichkeit kann und soll durch das im Rahmen dieser Arbeit entwickelte Konzept noch ausgeweitet werden. In dem als von der Stadt vernachlässigt angesehenen Stadtteil Preuswald ist die Mitgestaltung der Stadtteilpolitik durch die Bewohner_innen von besonderer Bedeutung. Von einer kleinen Gruppe besteht bereits ein ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement.

5.6.4.1 Gemeinwesenarbeit

Die grundlegende sozialarbeiterische Methode im vorliegenden Konzept ist die im zweiten Kapitel dargestellte Gemeinwesenarbeit. Auf ihr bauen alle genannten Methoden auf, beziehungsweise ergeben sich daraus. Die zentralen Leitsätze der Gemeinwesenarbeit nach Dieter Oelschlägel folgen (vgl. Mohrlock et al. 1993, 50).

1. Gemeinwesen ist auf ein Gemeinwesen ausgerichtet. Sie "macht ganze Nachbarschaften, Stadtteile und Gemeinden zum Gegenstand sozialpädagogischer Einflussnahme".
2. "Probleme werden nicht als nur das Individuum oder eine Gruppe betreffend definiert, erklärt und bearbeitet, sondern aus einem weitergehenden Erklärungszusammenhang heraus".
3. Gemeinwesenarbeit integriert verschiedene Methoden, nicht nur der Sozialarbeit, Sozialpädagogik, wie Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit, Therapie, Beratung, sondern auch solche politischen Handelns, wie "go in"-Demonstrationen, Bürgerversammlungen und solche der empirischen Sozialforschung, wie „action reserach“, „self survey“ etc.
4. Es wird trägerübergreifend gearbeitet (Kooperation und Organisation der "lokalen Fachbasis").
5. Es wird mit dem Ziel Eigenkräfte der Wohnbevölkerung zu aktivieren zielgruppenübergreifend gearbeitet.
6. Ausgangspunkt der Arbeit sind meist soziale Konflikte. Gemeinwesenarbeit ist zunehmend ein präventiver Ansatz (Frühwarnsystem). Er setzt dabei an den Alltagserfahrungen der Menschen im Wohnquartier an.
7. Gemeinwesenarbeit versteht sich als Bildungsarbeit. Sie macht politisch aktives Lernen möglich, das Einsichten in die strukturelle Bedingtheit von Konflikten vermittelt.

8. Gemeinwesenarbeit ist immer eine professionell-berufliche Tätigkeit von Sozialarbeiter_innen. Eine Gesellschaftsanalyse bildet die Grundlage der Arbeit. Die Funktion der Gemeinwesenarbeit ist die sozialpädagogische Intervention im Reproduktionsbereich der lohnabhängigen bzw. ausgegrenzten Bevölkerungsteile.

5.6.4.2 Die Bürgerplattform als Kernmethode des Community Organizing

In der vorliegenden Arbeit wird Community Organizing als eine konkret auf die Organisation des Gemeinwesens/ der Community ausgelegte und daraufhin handlungsorientierte Untermethode der Gemeinwesenarbeit betrachtet. In Verbindung mit Community Organizing fällt in der aktuellen Debatte immer auch der Begriff Bürgerplattform. Bürgerplattformen sind derzeit das Hauptinstrument und das Herzstück oder auch der Ausgangspunkt des Community Organizing in Deutschland. Vorhaben ist den Gemeinschaftsgarten auf Grund seines großen politischen Potentials und seiner Eingebundenheit in den Stadtteil als Ort für eine Bürgerplattform zu nutzen und diese anzuregen.

Alinsky und seine Nachfolger haben diese Organisationsform des quasi-permanenten Zusammenschlusses als zentrales Merkmal verstanden und entsprechend praktiziert. Sich auf Alinsky berufen heißt, Bürgerplattformen im dargestellten Sinne ins Leben zu rufen und zu begleiten. (Penta 2014, 4)

Bürgerplattformen spiegeln das Gesicht der organisierten Zivilgesellschaft wieder (vgl. Penta 2007, 9). Sie basieren auf einem organisierten Geflecht von öffentlichen Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Weltanschauung und Schicht. Dieses Beziehungsgeflecht ist in erster Linie ausgerichtet auf das öffentliche Handeln in Form von geplanten Aktionen, "die anhand von selbst bestimmten Themen entwickelt und durchgeführt werden, um positive Veränderungen zu erzielen" (vgl. ebd.). Das Engagement in Bürgerplattformen verleiht den Menschen die Kompetenz, die sie anderen gesellschaftlichen Akteuren gleichstellt. Ziele sind die Behebung von Missständen, die Verbesserung der unmittelbaren Umgebung und Lebensqualität und die Freisetzung von Energien (vgl. ebd.). In Bürgerplatt-

formen wird deutlich, dass effektive politische Meinungsbildung und öffentliche Teilhabe kein Monopol von Parteien oder Experten sind (vgl. ebd., 219). Strukturelle und edukative Momente sind dabei von Bedeutung. Zum einen geht es um die Aktivierung und Beteiligung von Bürger_innen, um aktuelle Probleme im Umfeld und Lösungen anzugehen. Menschen lernen dabei zum anderen den Umgang mit Demokratie und entfalten Facetten der Persönlichkeit und des Selbstbewusstseins, die im privaten Raum selten zum Vorschein kommen (ebd.). Der Aufbau der Beziehungen steht bei der Gründung und Gestaltung von Bürgerplattformen im Vordergrund. Es geht um das Knüpfen eines neuen Netzes von individuellen und institutionellen Verbindungen.

Aktionen werden anfangs bewusst ausgeklammert, um über Einzelgespräche bzw. das gemeinsame Tun eine dauerhafte und tragfähige Basis zu schaffen (ebd.). Diese tragfähige Basis kann besonders gut über die gemeinsame Tätigkeit und Aktionen im Gemeinschaftsgarten aufgebaut werden.

Die Entstehung von Bürgerplattformen lässt sich in drei Phasen unterteilen:

Erste Phase: Sondierung und Aufbau von Beziehungen

In Einzelgespräche mit Bewohner_innen (im Garten) wird überprüft, ob Interesse an einem Zusammenschluss vor Ort besteht. Es werden Personen, Institutionen, oder Einrichtungen gesucht, die Energie für den Aufbau einer Organisation haben (vgl. ebd., 220). Gemeinsam muss ihnen das Streben nach Veränderung sein. Dieses kann sich in Unzufriedenheit, Ärger über gesellschaftliche Entwicklungen, Appetit auf neue Lösungsversuche und deren Durchsetzung über das bisher Mögliche hinaus, zeigen. Ein breiter ethischer Konsens wird vorausgesetzt und eine pluralistische aber ethisch fundierte Zusammensetzung angestrebt - eine Organisation um andere auszugrenzen ist ausgeschlossen (ebd.). Mit der Zeit kristallisiert sich eine Gruppe heraus, die sich zu einer wagen Kerngruppe formiert. Solche Schlüsselpersonen für den Stadtteil Preuswald konnten bereits im Rahmen der oben vorgestellten Bestandsaufnahme ausfindig gemacht werden.

Die Gruppe wächst stetig, vor allem auch erreicht sie weitere Schichten innerhalb der Organisationen (vgl. ebd., 221). Am Ende der Phase beschließt die Gruppe eine Bürgerplattform auf breiter gesellschaftlicher Basis aufzubauen und bildet einen vorläufigen offenen Gründungskreis. In der ersten Phase werden eine oder mehrere Personen zur Führung der Gespräche zur Erkundung der Interessen benötigt. Sie arbeiten möglicherweise auf Honorarbasis und mit Begleitung eines erfahrenen Organizers (ebd.).

Zweite Phase: Der Gründungskreis

In der zweiten Phase beginnt die Kerngruppe sich bei Interesse als Gründungskreis zu sehen. Damit haben drei Aufgaben absoluten Vorrang:

- Die ständige Erweiterung des Kreises auf ein "kritisches" Potential hin. Das Ziel dabei ist, durch den intensiven Aufbau von neuen Kontakten und von Beziehungen unter den verschiedenen Interessenten eine kritische Masse an Gruppen zusammenzubringen (ebd., 222).
- Fundraising mit dem Ziel, einen Förderfonds zu schaffen, der die Arbeit der neuen Organisation in den ersten drei Jahren finanzieren kann (ebd.).
- Trainings und Seminare für den wachsenden Kreis an Teilnehmern zur Vermittlung von Grundlagen des Organizings und Methoden der Selbstorganisation.

Dritte Phase: Das Entstehen der selbständigen Bürgerorganisation

Wenn die Grundbedingungen annähernd erfüllt sind, das heißt ein Potenzial an organisierten Menschen, Gruppen und organisiertem Geld entstanden ist, wird die Geburt der neu entstandenen Bürgerorganisation eingeleitet (ebd.). Auf einer Gründungsversammlung verpflichten sich die Gruppen zur Zusammenarbeit. Damit beginnt der noch intensivere Aufbau der Basis. Schlüsselpersonen nehmen an Trainings und Workshops teil. Es entsteht eine erweiterte Basisgruppe zur Themenfindung. Sie führt Treffen mit 10-15 Teilnehmer_innen und hunderte Einzelgespräche durch, um Themen und Problemen zu identifizieren, die für weite Teile der Bevölkerung relevant

sind. Außerdem werden weitere Schlüsselpersonen ermittelt, die für diese Themen relevant sind (vgl. ebd.). Bei allen Aktivitäten im Rahmen des Community Organizings gilt die Regel: "Nie für andere (Personen, Familien, Gemeinden, Wohnquartiere, Stadtteile) tun, was sie nicht auch selbst tun können." (vgl. ebd., 223).

In der dritten Phase muss ein erfahrener und qualifizierter hauptamtlicher Organizer angestellt werden (vgl. ebd., 223). Im Fall des weiterentwickelten Konzepts übernimmt die im Gemeinschaftsgarten tätige Fachkraft diese Aufgabe. Diese leitet nicht die Organisation, sondern beschäftigt sich durch Einzelgespräche, die Begleitung von Kampagnen, die Durchführung von Trainings und die Sorge um Verbindlichkeit und Verantwortung mit ihrem täglichen Fortkommen (ebd.). Die Leitung bleibt immer in den Händen der demokratisch gewählten Leitungsteams der Organisation. Die dritte Phase gipfelt in einer sorgfältig geplanten Gründungsveranstaltung, in der die Plattform das erste Mal eine größere Anzahl von Menschen zusammenbringt und an die Öffentlichkeit tritt. Dabei wird häufig eine breite Themenpalette verabschiedet. Es geht darum, die neue Organisation in Stellung zu bringen, die mitwirkenden Menschen, Gruppen und Institutionen, finanzielle Ressourcen und Verbündete vorzustellen und die Unabhängigkeit der neuen Organisation hervorzuheben (ebd.).

Die Arbeit der Plattform besteht in der Durchführung von öffentlichen Aktionen, die zum Ziel haben hinsichtlich der vorher ermittelten Themen und Probleme greifbare Lösungen und Verbesserungen zu erreichen (ebd.).

Im Zentrum steht dabei weiterhin die Arbeit mit den Menschen, deren Potentiale und Handlungskompetenzen durch Organizing entfaltet und gestärkt werden (ebd.). Diese Menschen werden zu Schlüsselpersonen innerhalb der Organisation, die Einzelgespräche und Bürgertreffen durchführen, neue Beziehungen knüpfen, und schließlich in öffentlichen Verhandlungen mit Politikern und Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung Problemlösungen verhandeln und vereinbaren (vgl. ebd.). "Beziehung ermöglicht erfolgreiche Aktion, die wiederum mehr und bessere Beziehungen fördert, die dann erfolgreichere und größere Aktionen erlauben. So kommt Power in die

Bewegung, zu Deutsch: Macht!" (Wegweiser Buergergesellschaft o.J.) Diese Form von Organizing will einen Beitrag zum Ausbau einer engagierten und aktiven Bürgergesellschaft und letztlich einer gerechteren Gesellschaft leisten (vgl. Penta 2007, 223).

5.7 Vorgehensweise: Vom Projektstart zur Qualitätssicherung / Evaluation und Verstetigung des Projektes (Lena Häfner)

Zunächst wird das Konzept bei verschiedenen Städten vorgestellt, auf Grund des Bezugs zum Aachener Stadtteil Preuswald, zunächst bei der Stadt Aachen. Es können darüber hinaus vor allem Städte angesprochen werden, die eine Stellenausschreibung mit Bezug zur Gemeinwesenarbeit veröffentlicht haben. Denkbar wäre die Umsetzung des Pilotprojekts im Jahr 2017.

Wie im Kapitel zu den Zielen betont und entsprechend der Prinzipien, wird im Rahmen dieses Konzepts partizipativ gearbeitet. Deshalb handelt es sich bei den folgenden Punkten lediglich um eine skizzenhafte Vorüberlegung, die als Orientierung dienen sollen.

Jahresende des Vorjahres: Der folgende Schritt ist eine geeignete Fläche zugesagt zu bekommen. Hierfür müssen Eigentümer ausfindig gemacht, das Vorhaben erklärt und die Nutzungsdauer geklärt werden. Parallel dazu muss die Finanzierung des Projekts organisiert werden.

Januar/Februar: Dann gilt es Kontakt zu den über das Forschungsprojekt bereits identifizierten Schlüsselpersonen aufzunehmen und Menschen für den gemeinsamen Aufbau des Gartens zusammen zu bringen.

Gemeinschaftliche Gartenprojekte können nicht einfach top-down geplant und umgesetzt werden. Ohne die Interessensbekundung einer Gruppe von nachhaltig interessierten und engagierten Gärtnerinnen und Gärtnern, die miteinander etwas schaffen wollen, ist die Entwicklung eines Gartens aussichtslos. Engagierte Menschen vor Ort sind also die entscheidenden Schlüsselakteure bei der Entwicklung von Gärten im Quartier. (Schild 2015, 19)

Hierfür werden zum einen persönliche Gespräche geführt, zum anderen auch Flyer und Plakate im Stadtteil verteilt. Hat sich eine Basis-Gruppe gefunden, geht es um die Organisation des benötigten Materials, Geräte und

Räumlichkeiten. Dabei soll überwiegend mit Sachspenden gearbeitet werden. Pflanzkisten, Sitzecken, Spielplätze können und sollen selber gebaut werden. Der Garten wird gemeinsam mit der "Basis-Gruppe" entworfen und in den ersten Zügen gestaltet.

März: Erste Pflanzarbeiten werden vorgenommen. Wöchentliche Planungstreffen finden statt, an denen alle Interessierten teilnehmen können. Sie werden von den Fachkräften moderiert, Zuständigkeiten werden verteilt. Es werden feste Termine angelegt, an denen gemeinsam im Garten gearbeitet wird. Ein Sprachkurs startet. Eine Informationstafel im Eingangsbereich beschreibt kurz und auf verschiedenen Sprachen den Gemeinschaftsgarten, betont den Gestaltungsfreiraum und Treffpunkt-Charakter, nennt Öffnungszeiten, Termine und gemeinsame Aktionen, sowie Aufgaben, die zu erledigen sind.

März/April: Hat der Garten eine erste Form angenommen, wird eine Eröffnungs- und Informationsveranstaltung durchgeführt. Im Vordergrund stehen anschließend der weitere Aufbau und das Gestalten des Gartens sowie das Anpflanzen. Dabei werden Kontakte geknüpft und Beziehungen aufgebaut. Die Gruppenarbeit und Beratungsgespräche stehen in der ersten Zeit stark im Vordergrund. Eine Give-Box, ein Foodsharing-Schrank und das Gartencafé können eingerichtet werden. Erst nach einiger Zeit, wenn der Garten an Akzeptanz gewonnen hat und gut angenommen wird, sowie Beziehungen gefestigt sind, werden vermehrt auch Themenabende veranstaltet.

Juni: Gärtnerische Tätigkeiten stehen noch im Vordergrund.

Juli: Sommerfest, gärtnerische Tätigkeiten.

Herbst/Winter: Erst wenn der Gartenalltag routiniert und im Stadtteil verankert ist, Beziehungen gefestigt sind und auf Grund des Wetters weniger gärtnerische Tätigkeiten ausgeübt werden können, wird die Bürgerplattform aufgebaut (für das konkrete Vorgehen siehe Kapitel 5.6.4.2), werden politische Themen angegangen und verstärkt (politische) Bildungsangebote in Gang gebracht.

Qualitätssicherung/Evaluation

“Evaluation ist [...] durchaus mehrdeutig: eher kontrollierend, eher die Fachlichkeit der handelnden Fachkräfte befördernd, eher das Erreichen wünschenswerter Ziele befördernd.” (Kreft/Müller 2010, 142)

Bei dem entwickelten Projekt würde es sich anbieten, es von einem unabhängigen wissenschaftlichen Institut, wie zum Beispiel der Katholischen Hochschule Aachen, zu welcher gute Kontakte bestehen, formativ evaluieren zu lassen (vgl. Kreft/Müller 2010, 142). Eine formative Begleitforschung kann zu Rückkehrschleifen führen, um mögliche Fehlorientierungen schon im Prozess korrigieren zu können (vgl. ebd.). Ferner kann ergänzend hierzu eine Selbstevaluation erfolgen. Durch die Verbindung der Fremd- und Selbstevaluation sind die Fallstricke einer reinen Selbstevaluation abgesichert und die Vorteile können besser genutzt werden. Bei der Selbstevaluation besteht die Gefahr, sich selbst anzulügen. Das kann vor allem für Anlässe gelten, bei denen Arbeitsplätze vom Ergebnis der Evaluation abhängen (vgl. ebd.). Weiterhin braucht Evaluation zusätzliche Arbeitszeit, die unter Umständen nicht eingeplant ist (vgl. ebd.).

Werden diese Fallstricke berücksichtigt, können unter sachkundiger Moderation, einzeln, im Team oder im Plenum folgende Fragen gestellt werden:

1. Welche Frage(n) haben wir an unsere alltägliche Arbeit, die sich auf unseren Arbeitsauftrag beziehen?
2. Welche Daten brauchen wir, um diese Fragen zu beantworten?
3. Welche Daten fallen bei unserer alltäglichen Arbeit `eh schon an`, die wir sammeln, aufbereiten und auswerten können?
4. Verfügen wir über abgeschlossene oder nahezu abgeschlossene Fälle (oder Arbeitsverläufe), mit denen wir ausgesprochen zufrieden sind? Können wir sie nach einem gemeinsam vereinbarten Schema darstellend beschreiben?
5. Verfügen wir über abgeschlossene oder nahezu abgeschlossene Fälle (oder Arbeitsverläufe), mit denen wir ausgesprochen unzufrieden sind? Können wir sie nach einem gemeinsam vereinbarten Schema darstellend beschreiben?
6. Können wir die vorsichtigen Verallgemeinerungen dieser Beschreibungen und dieser ansatzweisen `Kontrastgruppenanalysen` zwei berufserfahrener Praktiker_Innen oder einer methodenerfahrenen Sozialforscher_In vorstellen und mit ihnen weitere Schritte vereinbaren, die uns helfen könnten, unsere Arbeit zu qualifizieren? (ebd., 143)

Die Evaluation wird weitere aufschlussreiche Impulse bringen und das Konzept verbessern.

Verstetigung des Projekts

Das Projekt soll langfristig im Stadtteil bestehen bleiben und zu einer festen Institution werden. Je nach Engagement der Beteiligten kann die Anwesenheit der Fachkräfte im Gemeinschaftsgarten nach einem gelungenen Anlaufen des Projekts, etwa nach einem Jahr, reduziert werden. Die Fachkräfte können nach einer gewissen Zeit gegebenenfalls auch nur noch bei konkretem Bedarf kontaktiert werden und dieses Konzept ab dem Zeitpunkt in einem anderen Stadtteil starten.

5.8 Rahmenbedingungen und Voraussetzungen (Lena Häfner)

In diesem Kapitel werden die zu beachtenden Rahmenbedingungen und Voraussetzungen beschrieben. Dazu gehören: das Umfeld, der mögliche Standort des Gemeinschaftsgartens, die Räumlichkeiten, der Personalbedarf, der finanzielle Bedarf und die Art und Weise der Finanzierung sowie Überlegungen zur Rechtsform.

Umfeld: Preuswald liegt in unmittelbarer Nähe zum Wald und zum Dreiländereck und hat eine gute Anbindung an die Innenstadt. "Die umliegende Natur wird von zahlreichen BewohnerInnen und Institutionen wie dem Kindergarten zur Erholung genutzt und wird als Steigerung der Lebensqualität wahrgenommen." (Genenger-Stricker 2015, 12)

Der Eindruck vieler Bewohner_innen von der Stadt Aachen in ihrem Stadtteil vernachlässigt zu werden, entsteht zum Beispiel durch die als verwahrlost wahrgenommenen Sitzecken und öffentlichen Plätze. (vgl. ebd., 11)

Die Möglichkeiten, die Bedarfe des täglichen Lebens zu decken, werden von den Befragten überwiegend negativ bewertet. Hervorgehoben wird hier in allen Altersgruppen vor Allem das Fehlen von Einkaufsmöglichkeiten. (ebd., 11)

Viele der Wohnungen in den Hochhäusern werden von der Deutschen Annington vermietet. In diesen Wohnungen herrschen durchweg große Mängel, die nicht oder nur teilweise durch die Vermieterin behoben werden.

Konkret werden eine Sanierung der Wohnungen, stabile Mietpreise und transparente Nebenkostenabrechnungen gefordert.

Der Eindruck, der Stadt gleichgültig zu sein, verschärft die ohnehin angespannte Stimmung unter den MieterInnen. Dies birgt die Gefahr der Eskalation der Konflikte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. (ebd., 17)

Die meisten öffentlichen Spielplätze werden als stark renovierungsbedürftig und als ungeeignet für ältere Kinder im Grundschulalter eingeschätzt. Insgesamt erscheint den Kindern im Preuswald der Raum zur Freizeitgestaltung zunehmend beengt - auch auf Grund der Schließung einiger Spielplätze und dem Verbot, die angestammte „Fußballwiese“ weiterhin zu nutzen. Gut angenommen wird das AWO Begegnungszentrum. Angebote wie Bewegungskurse, Spielenachmittage, Handarbeitskurse, Erzählcafé, Literaturkreise, Gedächtnistraining oder gemeinsames Frühstück, Kochen oder Einladungen zum Mittagstisch richten sich zwar vordergründig an die ältere Wohnbevölkerung, das Zentrum wird aber zunehmend auch von anderen Altersgruppen genutzt (vgl. ebd.) Als besonders dringend benötigt werden öffentliche, unabhängige Orte wie Kneipen, Restaurants und Cafés für unverbindliche Zusammenkünfte genannt. Ebenso wünschen sich viele der Befragten Räume und Feste als Möglichkeit, sich untereinander besser kennenzulernen. „Dies auch, um Vorurteile abzubauen und der vielfach als angespannt empfundenen Stimmung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen konstruktiv zu begegnen.“ (ebd., 12-13)

Für Jugendliche, junge Erwachsene und die mittlere Generation werden mehr Bildungsangebote gewünscht. In der Erwachsenenbildung wird vor Allem ein Deutschkurs nachdrücklich gefordert. Im Bereich „Beratung“ werden die vorhandenen Angebote positiv dargestellt und gerne genutzt, gleichzeitig aber als nicht ausreichend empfunden. [...] Die vorhandene Clearingstelle für Menschen mit Migrationshintergrund versucht mit großem Engagement, dem hohen Bedarf der vielen im Preuswald lebenden Menschen mit Migrationshintergrund gerecht zu werden, leidet aber unter starkem Personalmangel und schlechten Arbeitsbedingungen. (ebd., 13)

Die in Preuswald vorhandenen Institutionen werden im Kapitel 5.9 als mögliche Kooperationspartner genannt.

Insgesamt erscheinen die Voraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts im Stadtteil Preuswald günstig. Zum einen ist der Stadtteil bereits in den öffentlichen Medien präsent und der Handlungsbedarf bekannt. Zum

anderen ist bereits ein reges bürgerschaftliches Engagement vorhanden, zum Beispiel im Rahmen einer Bürgerinitiative. Die Bewohner_innen sind der Meinung, etwas für Preuswald tun zu müssen und dementsprechend engagiert. Auch Schlüsselpersonen wurden bereits ausfindig gemacht und erste Kontakte über die Stadtteilbefragung aufgenommen. Ein öffentlicher Treffpunkt und Begegnungsort wird von der Mehrheit der Bewohner_innen ausdrücklich gewünscht. Darüber hinaus ist die Möglichkeit zu eigenem Anbau auf Grund fehlender Einkaufsmöglichkeit besonders relevant. Der finanzielle Aufwand für die Einrichtung eines Gemeinschaftsgartens - wie unter finanzieller Bedarf dargestellt wird - ist schätzungsweise gering und im Gemeinschaftsgarten gibt es keine finanziellen Barrieren für die Beteiligten. Auch gibt es in Preuswald viel freie und ungenutzte Grünflächen, die als möglicher Standort in Frage kommen.

Möglicher Standort des Gemeinschaftsgartens: Ein möglicher Standort des Gemeinschaftsgartens kann eine nicht kontaminierte Brachfläche, zum Beispiel ein unbenutzbarer Parkplatz sein, ein zugänglicher Blockinnenbereich, ein Dach von einer Tiefgarage oder eine andere tragfähige Gebäudestruktur, ein Randbereich von öffentlichen Grünflächen und Parkanlagen oder eine Grünfläche am Siedlungsrand. Die zeitliche Nutzungsperspektiven ist bei der Auswahl des Standortes von großer Bedeutung (vgl. Schild 2015, 15). Der Standort muss für die Beteiligten gut - im Besten Fall fußläufig - erreichbar sein. Eine Umrandung oder Umzäunung kann vor möglichem Vandalismus schützen. Außerdem sollten ein Strom- und Wasseranschluss sowie der Anschluss von beziehungsweise Zugang zu Sanitäranlagen gewährleistet sein.

Die Nutzung einer Fläche als Gemeinschaftsgarten kann viele positive Wirkungen haben, sowohl für das Grundstück selbst als auch für das angrenzende Umfeld, das Quartier und seine Bewohnerinnen und Bewohner. Für die Flächeneigentümer kann eine gärtnerische Nutzung bedeuten:

- eine ungenutzte Fläche wieder zu aktivieren und zur Attraktivitätssteigerung des Umfelds beitragen zu können
- durch eine gärtnerische Nutzung die Fläche von Verwahrlosung oder Vermüllung zu befreien beziehungsweise diese von vornherein zu verhindern
- die Gestaltung, Pflege und Instandhaltung eines Grundstücks an Gärtnerinnen und Gärtner abtreten zu können

- kommunale Abgaben, Gebühren und/oder die Verkehrssicherungspflicht ganz oder teilweise an eine Gemeinschaft übertragen zu können. (Schild 2015, 14)

Räumlichkeiten: An Räumlichkeiten werden ein beheizbarer Aufenthalts- oder Veranstaltungsraum, eine Küche, ein beheizbares Büro sowie ein Geräteschuppen benötigt. Diese sollen in Bauwagen, Containern oder ähnlichem untergebracht sein.

Personalbedarf: Es gibt zwei Sozialarbeiter_innen im Community Garden. Diese sind für das Initiieren des Projekts und für dessen Begleitung zuständig. Für ein ausgewogenes Herrschaftsverhältnis ist es wichtig, dass es nicht eine Leitung gibt, sondern zwei Ansprechpartner_innen. Zwei Fachkräfte als Team sollen verhindern, dass einer von ihnen als Gruppenleitung missverstanden wird. Auch im Rahmen der Diversität und als Krankheitsvertretung ist dies relevant. Die Teamarbeit ermöglicht eine erhöhte Kreativität, Reflexion und Austausch, was wiederum die Qualität des Projekts erhöht. Um die möglichst heterogene Zielgruppe bestmöglich anzusprechen ist ein diverses, interdisziplinäres Team erforderlich. Die Beteiligten sprechen nach Möglichkeit die Sprachen der Bewohner_innen des Stadtteils, um diese zu erreichen. Die Anwesenheit der Sozialarbeiter_innen ist nicht immer erforderlich, Ansprechpartner_innen können genauso andere Beteiligte des Projekts sein. Darüber hinaus wird das Projekt entscheidend durch Stadtteilbewohner_innen, die sich im Projekt engagieren, getragen. Am Anfang wäre ein Stundenaufwand im Umfang von etwa 20-30 Stunden pro Woche und Fachkraft denkbar. Dieser könnte sich je nach Anlaufen des Projekts und Engagement der Beteiligten nach etwa einem Jahr reduzieren. Eine genaue Zeitplanung müsste bei einem konkreten Projektantrag erstellt werden.

Finanzieller Bedarf: Orientiert an Schneider (2015, 25-26) zählen zu den anfallenden Kosten unter anderem:

- Kautionszahlung (einmalig)
- Container oder Bauwagen mit Küche, Büro, Geräteschuppen (einmalig)
- Miet- oder Pachtkosten

- Gebühren und Abgaben zum Beispiel für Strom,
- Wasser und Abwasser, Straßenreinigung, Grundsteuer
- Beiträge zu Haftpflichtversicherungen
- Werkzeuge
- Arbeitsmaterial
- Sitzmöglichkeiten
- Schreibwaren
- Getränke und Speisen
- Gehälter für die Fachkräfte
- Materialkosten für Bildungsangebote
- Materialkosten für Werbung (Flyer, Plakate etc.)

Der finanzielle Bedarf in Zahlen muss bei einer konkreten Antragstellung noch genau ausgerechnet werden - auch abhängig von den jeweiligen Einsatzzeiten der Fachkräfte im Gemeinschaftsgarten.

Finanzierung: Einerseits ist es größtenteils kritisch zu sehen, Mittel für Projekte komplett selbst aufzutreiben, da der Staat sich somit aus der Verantwortung für derartige Projekte zieht (vgl. Maruschke 2014, 75). Andererseits war das politische Potential vieler Gemeinwesenarbeit-Projekte auf Grund der öffentlichen Finanzierung eher gering (vgl. Mohrlock et al. 1993, 25). Deshalb soll die Finanzierung teils über eine staatliche Förderung und teils aus eigener Kraft erfolgen:

- Eigenes Einkommen generieren, zum Beispiel über Verkauf eigener Produkte, Café-Betrieb auf Spendenbasis etc.
- Unkostenbeiträge von Mitgliedern (in benachteiligten Quartieren jedoch nur sehr gering)
- Sponsoring
- Fundraising
- In Bezug auf politische Bildung durch Jugendämter, Landeszentrale und Bundeszentrale für politische Bildung

Laut Schild (2015) ist eine finanzielle Unterstützung, die sich aus den Regelbudgets der Fachressorts speisen, denkbar. Hier kommen insbesondere

die Fachbereiche für Soziales, Bildung und Schule, Gesundheitsvorsorge, Integration, Asyl- und Migrationsbelange, Stadtentwicklung, Freiraumplanung, Umwelt- und Naturschutz und darüber hinaus auch die Arbeitsagenturen in Frage. Die Unterstützung von Gemeinschaftsgarteninitiativen über die Regelbudgets sei aber letztlich eine kommunalpolitische Entscheidung (vgl. Schild 2015, 26).

Kommunen können darüber hinaus mit punktuelltem Einsatz von Arbeitskräften, Materialien und Maschinen unterstützend wirken. Dabei geht es primär um Hilfestellungen zum Beispiel durch städtische Grün- oder Entsorgungsbetriebe. Zudem könnten Kommunen folgendermaßen unterstützend tätig sein.

- Zugang zu entsorgten Materialien ermöglichen (zum Beispiel auf Recyclinghöfen)
- Maschinen (zum Beispiel zum Umgraben eines Geländes, zum Zurückschneiden von Sträuchern und Bäumen) zur Verfügung stellen
- Kompostmaterial zur Verfügung stellen (vgl. Schild 2015, 24)
- Das Erlassen von (kommunalen) Gebühren und Abgaben
- Kostenfreier Zugang zu Wasseranschlüssen (zum Beispiel Baustellenanschlüsse)
- Kostenfreie Müllentsorgung (vgl. Schild 2015, 25)

Rechtsform: Um Verlässlichkeit für Kooperationspartner zu gewähren, empfiehlt Schild die Gründung eines Vereins (2015, 21). Sie nennt einige Vorteile der Vereinsgründung. Zum einen gibt es auf der Seite der Gartengemeinschaften dauerhaft verlässliche Ansprechpartner_innen. Außerdem lasten die Vertrags- und Haftungspflichten der gärtnernden Gemeinschaft nicht auf Einzelpersonen, sondern werden auf den Verein mit seinen entsprechenden Organen übertragen. Auch können Anträge auf Fördermittel zur Durchführung besonderer Projekte gestellt werden. Eine Antragstellung seitens Privatpersonen ist in der Regel bei vielen Förderern nicht zulässig. Zudem unterstützen Unternehmer und auch Einzelpersonen eher einen Verein als Privatpersonen (vgl. Schild 2015, 21).

5.9 Mögliche Kooperationspartner (Lena Häfner)

An dieser Stelle werden wichtige Kooperationspartner, mögliche Kooperationspartner im direkten Umfeld des Gemeinschaftsgartens und weitere mögliche Kooperationspartner genannt.

Wichtige Kooperationspartner sind:

- Flächeneigentümer
- Spender von Pflanz- und Baumaterial
- Versorgungsunternehmen, die für Wasser- und Stromanschlüsse sorgen
- Vereine und Stiftungen, die finanzielle Mittel zur Verfügung stellen

Mögliche Kooperationspartner sind außerdem folgende Institutionen in Preuswald:

- Stadtteilbüro
- Kindertagesstätte
- Sozialwerk Aachener Christen (Eltern-Kind-Gruppe Preuswald in der Kita)
- Städtische Katholische Grundschule mit offenem Ganztagsbereich
- Förderschule Walheim
- Teiloffene Tür „Maria im Tann“
- Kinder- und Jugendheim „Maria im Tann“
- Begegnungszentrum (AWO)
- Städtische Bibliothek
- Gemeindezentrum der katholischen Kirchengemeinde „Maria im Tann“
- Außenwohngruppe Vinzenz Heim
- Jugendhilfeprojekt Courage e.V.
- Kletterwald
- Klingende Brücke e.V.
- Sportverein Bildchen
- Stadtsportbund
- Bridge Club Treff 86

Darüber hinaus können Kontakte gesucht werden zu:

- Städtischen Gemeinschaftsgärten
- Städtischen Umweltzentren
- Städtischen Bürgerzentren
- Katholische Hochschule Aachen, RWTH Aachen (Evaluation, Praktika, Forschungsprojekte)
- Experten aus anderen Fachbereichen, zum Beispiel für Bildungsangebote
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

5.10 Rolle der Fachkräfte und Anforderungen (Janise Ebbertz)

Die bereits beschriebenen Methoden beinhalten konkrete Hinweise auf die Rolle der sozialarbeiterischen Fachkraft im Rahmen des erarbeiteten Konzepts. Die Fachkraft orientiert sich an den bereits genannten Prinzipien des Community Organizings und Community Gardenings und wendet die im Konzept unter dem Punkt 3.4 beschriebenen Methoden an. Zudem wird die Grundhaltung durch die im zweiten und dritten Kapitel aufgeführten Prinzipien beschrieben.

An dieser Stelle werden die allgemeinen Aufgaben und Haltungen der sozialarbeiterischen Fachkräfte beschrieben. Zwei Sozialarbeiter_innen werden das Projekt initiieren. Diese Sozialarbeiter_innen haben ein fundiertes, fachliches Studium absolviert und wissen die Kenntnisse zu Community Gardening und Community Organizing einzubringen. Beide Fachkräfte haben eine Zusatzqualifikation im Bereich des Community Organizings. Je nach Anliegen der Beteiligten wird unterschiedlich viel Zeit in die jeweiligen Aufgaben fließen. Die Fachkräfte stellen sich auf die Bedürfnisse der Beteiligten ein und agieren dementsprechend.

Die Sozialarbeiter_innen sind unter Einbeziehung aller Beteiligten für die Planung, Durchführung und Evaluation zuständig. Sie sind für das Aufzei-

gen der Rahmenbedingungen im praktischen Bereich, das partizipative Anleiten des Projektes und das Akquirieren und zur Verfügung stellen der anfänglich benötigten Ressourcen zuständig. Hinzu kommt die Dokumentation und Evaluation des Projektes. Nach Abschluss des Pilotprojekts folgt die Organisation der Weiterführung des Projektes im nächsten Jahr. Auch Fördergelder werden durch die Sozialarbeiter_innen beantragt. Die Ausgaben der Fördergelder werden mit allen Beteiligten abgestimmt. Diese Beantragung und weitere Aufgaben können auch von den Beteiligten übernommen werden. Das bedeutet, dass die Fachkraft sich vor allem an den vorhandenen Ressourcen orientiert und erkennt was gerade gebraucht wird.

Community Organizing in diesem Sinne entwickelt sich oft von selbst. Aber es stößt an vielfältige Klippen. Wir wissen oft zu wenig, was den anderen wirklich antreibt, weil wir zu wenig zuhören und auf die eigenen Ideen und Vorstellungen fixiert sind. Einige Wenige werden mit Aufgaben überhäuft, weil vermeintlich nur sie dies könnten [...]. (FOCO e.V. 2016)

Die Fachkraft lässt von eigenen Vorstellungen und Ideen los und vermittelt Bürger_innen Kompetenzen. Sie bringt Impulse ein und zeigt auf, wie Beteiligte beispielsweise eine Sprecherrolle auf einer Veranstaltung wahrnehmen können. Sie begleitet lediglich Entwicklungsprozesse der Beteiligten und lässt sie dadurch zum größten Teil selbstständig agieren (vgl. ebd.). Sie hört zu und lässt neben der Begleitung Gestaltungsfreiraum für die Beteiligten. "Tue nichts für andere, was sie für sich selbst tun können!" (Wegweiser Bürgergesellschaft o.J.) Der Begriff „Helfen“ wird kritisch betrachtet, da er/sie effektives Arbeiten in Gruppen und Organisationen ermöglicht und den Menschen auf Augenhöhe begegnet.

Die Rolle des/der im neuen Gemeinschaftsgarten tätigen Sozialarbeiter_in ähnelt in vielen Punkten der eines/r Community Organizer_in. Es geht darum Verantwortung abzugeben und die Ideen der Bürger_innen anzunehmen und sie zu unterstützen auf Ihrem Weg zum Ziel. Sowohl der zu beschreitende Weg als auch das angestrebte Ziel können während des Prozesses variieren.

Die Grundhaltung des/der Organizer_in sollte von Neugier und Offenheit geprägt sein. Hinzu kommt die Reflexion der eigenen ethischen Werte und der persönlichen Haltung zu Religion(en). Er/Sie sollte die Bedeutung von

privat-öffentlichen Beziehungen und deren Initiierung kennen. Die Person ist zum Organisieren vor Ort da. Zu den Aufgaben gehören das Identifizieren und die Entwicklung von lokalen, freiwilligen Führungskräften („Leaders“) und die Führung von aktivierenden Einzelgesprächen (vgl. Richers 2014, 90). Das Unterstützen und Finden von Leitungspersonen, beziehungsweise das Förderung von Leitungsqualitäten der Menschen, macht einen großen Teil seiner/ihrer Aufgaben aus, es nicht darum, dass er/sie selbst die Leitungsfunktion übernimmt. So gibt es Vertreter_innen von Organisationen, die Aktionen leiten und aktiv sind (vgl. Jamoul 2007, 229). Zudem werden die Sitzungen gemeinsam mit den Freiwilligen vorbereitet. Die Fachkraft sorgt dafür, dass die Sitzungen effektiv sind, die Beteiligten gleichmäßig einbezogen werden und dass die Ergebnisse angemessen gesichert werden. Es werden Evaluationsmethoden eingesetzt, Machtanalysen durchgeführt und die Gruppe wird zur Strategieentwicklung angeregt. Hinzu kommt die gelungene Selbstorganisation (vgl. Richers 2014, 90). Mit einem engagierten Organizer und der sicheren und langfristigen Finanzierung kann das entwickelte Konzept Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Armut bekämpfen (vgl. ebd.).

Zivilgesellschaftliche Institutionen (Kirchen, Moscheen, Schulen...) stehen oft unter Druck beispielsweise aufgrund von sinkenden Mitgliederzahlen. Eine Herausforderung, die auch den Organizer betrifft, ist das Tragen des Drucks und der Überforderung der zivilgesellschaftlichen Organisationen (vgl. Jamoul 2007, 230). Einen Großteil der Last der zerfallenen Stadtteile tragen zivilgesellschaftliche Institutionen mit. Die Umstände sind ungünstig und die Organisationen sorgen bestmöglich für ihre Mitglieder (ebd.). Der Organizer stärkt hierbei und zeigt neue Perspektiven in der alltäglichen, hektischen Arbeit der Organisationen auf. Die Vertreter_innen müssen durch den Organizer motiviert werden an den Treffen teilzunehmen. Die Vertreter_innen beschwerten sich typischerweise über den Organizer, weil er sie auffordert selbst und mit weiteren Personen an einigen Terminen teilzunehmen. Das initiierte Zusammenkommen der Schlüsselpersonen ist aber erfahrungsgemäß trotz des vollen Zeitplans der Akteure beliebt. Es

geht auch darum zu diskutieren und um den Austausch über den Druck, dem sich die Akteure gegenüberstehen sehen (ebd.).

Eine besondere Aufgabe ist die Gründung der Bürgerplattform im Sinne des Community Organizing (siehe oben in Kapitel 5.6.4.2). An dieser Stelle geht es insbesondere um die Förderung des politischen Engagements. Die Errichtung der Bürgerplattform erfordert Erfahrungswerte und Kenntnisse, die im Rahmen der oben angeregten Weiterbildung im Bereich Community Organizing erworben werden müssen.

Weitere Anforderungen an die Fachkräfte:

Zugänge ermöglichen

Neben den Schlüsselpersonen, die dafür sorgen, dass das Projekt bekannt wird, sind die Sozialarbeiter_innen für das Erreichen der Bewohner_innen zuständig. Es geht darum nicht nur Menschen zu involvieren, die Eigeninitiative zeigen und sich selbstständig, aktiv und vermeintlich automatisch am Projekt beteiligen, sondern darum auch Menschen anzusprechen, die eher zurückhaltend oder über Umwege zu erreichen sind. Das Angebot zur Partizipation im Gemeinschaftsgarten sollte sehr niedrigschwellig gestaltet werden, sodass tatsächliche Beteiligung möglich ist und nicht an Zugangsbarrieren (wie zum Beispiel Sprache, Öffnungszeiten) scheitert.

Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Quartiersfeste und Stände auf dem Wochenmarkt werden von den Sozialarbeiter_innen angestoßen und gemeinsam mit den Bürger_innen organisiert und umgesetzt. So werden beispielsweise Menschen erreicht, die nicht direkt im Community Garden mitmachen möchten, sich jedoch für die Idee interessieren. Auf diesem Weg werden Gemeinschaftsgärten auch mehr in das Bewusstsein der Sozialen Arbeit und der Politik als Geldgeber gerückt (Malcherowitz/Albert 2013, 489).

Konfliktbearbeitung

Sobald Konflikte entstehen, die durch die Beteiligten selbst nicht zu lösen sind oder den Gemeinschaftsgarten als solchen bedrohen, setzen die Sozialarbeiter_innen je nach Situation eine angemessene Konfliktlösungsstrategie ein und übernehmen den Prozess der Konfliktlösung.

Kooperation

“Aufbau umfassender Kommunikations- und Austauschstrukturen: mögliche Kooperationspartner müssen angesprochen, Treffen organisiert und umfassende Aufgabenteilungen vereinbart werden.” (Schild 2015). Die Sozialarbeiter_innen organisieren Veranstaltungen und Vernetzungstreffen im Stadtteil, meist im Gemeinschaftsgarten, um neue Chancen für die Beteiligten zu eröffnen. Es wird zudem der Austausch unter den verschiedenen Gartenprojekten initiiert, damit notwendige praktische Tipps in dem neuen Gemeinschaftsgarten ankommen und die Aufbau- und Gestaltungsphase vereinfachen.

Austausch und Verhandlungen mit dem Auftraggeber

Sie arbeiten sich in Verträge ein, bearbeiten diese und verhandeln mit der Stadt (zum Beispiel über den Zugang zu Wasser auf dem Grundstück).

6. Fazit (Janise Ebbertz)

Das entwickelte Konzept für die Soziale Arbeit, welches aus den Prinzipien des Community Organizings und denen der Community Gardens verknüpft mit weiteren Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit entwickelt wurde, ist ein Konzept zur Stärkung von Personen und einer Gemeinschaft, der Gestaltung des direkten Umfeldes, der (Stadtteil-)Politik und der Gesellschaft durch die unterschiedlichen Stadtteilbewohner_innen selbst.

Abschließend werden zunächst mögliche Grenzen und Herausforderungen und im Anschluss noch einmal die wichtigsten Potentiale des Konzepts herausgestellt. Es folgt die Bedeutung für und die Rolle der Sozialen Arbeit, sowie die Darstellung des Forschungsbedarf, Forderungen und politische Konsequenzen. Den Abschluss bildet ein zusammenfassendes Schlusswort.

Grenzen und Herausforderungen des Konzepts

Beteiligte finden: Das Konzept setzt auf engagierte Menschen vor Ort. Engagierte Menschen, die sich von der Idee „Gemeinschaft“ oder sogar „Gemeinschaftsgarten“, „Mitmachen und Mitbestimmung“, „Kreativ werden“ und „Selbst etwas Organisieren und in die Handnehmen“ angesprochen fühlen. Falls sich diese im ausgewählten Stadtteil nicht finden werden, müssen diese innerhalb der gesamten Stadt gesucht werden. Andernfalls kann das Projekt nicht umgesetzt werden. Es wird deutlich, wie entscheidend der Einsatz der Beteiligten ist. Die Rahmenstrukturen sind ebenfalls entscheidend, doch viel mehr wächst das Projekt aus den Ideen und der Motivation der Beteiligten. Es kommt in hohem Ausmaß darauf an, wie die Fachkräfte das Konzept einführen und den Menschen begegnen.

Zielgruppenbedingtheit: Das Thema Garten spricht nicht alle Bürger_innen an. Jedoch gibt es über den Garten verschiedene Themenbereiche und Variationen der Schwerpunkte, wie zum Beispiel Konzerte und Veranstaltungen und Bildungsworkshops. Es liegt an der Gruppe, welche Schwerpunkte gesetzt werden. Im Laufe der Zeit können diese variieren und wieder

neue Zielgruppen ansprechen werden. Dieser Aspekt sollte eine Rolle spielen und nicht in Vergessenheit geraten, obgleich es nahezu unrealistisch ist, alle Bewohner_innen des Stadtteils aktiv und dauerhaft zu erreichen.

Fluktuation der Beteiligten: Der ständige Wechsel von Aktiven kann an den Kräften der am Projekt Beteiligten zerrren, ist jedoch ein natürlicher Bestandteil eines offenen Projektes wie diesem. Die Herausforderung sollte wohlwissend um den Nutzen der Dynamik und der Chance für Neues angegangen werden.

Professionalisierung des Community Gardenings: Die Professionalisierung eines Community Gardens ist durchaus auch kritisch zu betrachten. An dieser Stelle muss sehr viel Fingerspitzengefühl eingebracht werden, um den Gestaltungsfreiraum, der den Gemeinschaftsgarten ausmacht, zu erhalten und die Beteiligten nicht zu bevormunden. Voraussetzung hierfür ist, dass der/die Sozialarbeiter_in die Prinzipien des Community Gardening und des Community Organizing verinnerlicht hat und umsetzen kann. Wäre dies nicht der Fall, bestünde beispielsweise die Gefahr, dass sich das Konzept von der finanziellen Unterstützung durch „unangemessene“ Förderer abhängig macht. Community Gardens sollen nicht für Zwecke instrumentalisiert werden, die ihren Prinzipien widersprechen. Ihre Prinzipien sollen geachtet und als Potentiale genutzt werden. Ebenso fatal wäre die Vorgabe der Ziele oder die Umsetzung der Methoden ohne den Beteiligten auf Augenhöhe zu begegnen. Zum einen ist es die Arbeit der Sozialarbeitenden eine gewisse Führungsrolle zu übernehmen, zum anderen sind sie im Gemeinschaftsgarten ein Teil der Gartengemeinschaft, die ebenfalls ihre Ressourcen und Kompetenzen einbringt. Gärtner_innen, Arbeitslose und Schüler_innen bringen genauso ihre Talente ein wie die Fachkräfte. Die Art und Weise der Umsetzung ist entscheidend. Daher sind die Vorgehensweise und die Haltung, die aus den Konzepten des Community Gardening und Community Organizing stammt, in Kapitel 5.10 beschrieben. Dennoch bieten sie einen gewissen Spielraum, der situationsbedingt gestaltet werden kann.

Die Umsetzenden sollten sich nicht von städtischen Vorgaben zur Einengung der Beteiligten drängen lassen. Community Gardening darf nicht durch die Soziale Arbeit eingenommen werden und den natürlichen und freien Charakter des bürgerschaftlichen Engagements verlieren. Kann der Freiraum des Community Gardening erhalten bleiben? Die Tatkraft der Sozialen Arbeit, des Community Organizing im Gemeinschaftsgarten muss kritisch erörtert werden, damit diese angenommen wird und das Konzept erfolgreich umgesetzt werden kann. Gerade der Initiierungsprozess muss nach den genannten Prinzipien verlaufen, da die Beteiligten einen Teil der Initiatorengruppe ausmachen sollten, um sich mit dem Projekt zu identifizieren. An dieser Stelle stellt die Initiierung durch die Soziale Arbeit eine Schwachstelle dar, die mit dem besonderen Involvieren der Stadtteilbewohner_innen kompensiert werden muss.

Der Aspekt der angestrebten Hierarchielosigkeit ist eine Herausforderung in dieser durch Hierarchie geprägten Welt. Hierzu wurden die Prinzipien im zweiten und dritten Kapitel detailliert aufgelistet, um bei Auftritt von Hierarchisierungstendenzen richtungsweisend zu unterstützen. Durch die Professionalisierung wird dieser Herausforderung insoweit entgegengewirkt, dass es nach außen, zum Beispiel für Behörden, dauerhafte Ansprechpartner_innen gibt. Diese Funktion können die Fachkräfte übernehmen, da diese das Projekt im Idealfall langfristig begleiten.

Fraglich ist, ob die kritisch betrachtete Professionalisierung von Community Gardening nicht an vielen Stellen schon stattgefunden hat. Es gibt verschiedenste Angebote in Community Gardens, die unter anderem durch Sozialarbeiter_innen, Künstler_innen, Erzieher_innen und Kulturpädagog_innen ausgeführt werden, obwohl die pädagogische Qualifikation hierfür keine Bedingung ist. Im Gemeinschaftsgarten in Aachen führen zum Beispiel Erzieher_innen und Sozialpädagog_innen ein Bildungs-Angebot aus. Für die finanzielle Förderung und die Vernetzung des Gartens ist ebenfalls eine in dieser Richtung qualifizierte Person tätig. An dieser Stelle kann ebenfalls bereits von einer Professionalisierung gesprochen werden.

Inklusion: Ist das gesamte Projekt Community Gardening, eines welches durch Menschen einer bestimmten Klasse nach Bourdieu getragen wird? Entscheidet der Habitus darüber, ob Menschen sich dort eingebunden fühlen oder nicht? Handelt es sich hier um eine Gruppe von Menschen mit einem alternativen Lebensstil, welche eine gesellschaftliche Minderheit darstellen? An dieser Stelle fehlen konkrete Analysen. Dieser beschriebene Aspekt hinsichtlich der Minderheit würde das Potential zur Ausweitung beziehungsweise zur Umsetzung des entwickelten Konzepts verschlechtern. Doch die Verknüpfung von Community Gardening und Community Organizing spricht weitere Zielgruppen an und zeigt auf, dass politische Mitbestimmung möglich ist. Es handelt sich somit um mehr als um gemeinsames Gärtnern und eine Strömung, die einen nachhaltigen Lebensstil fördern möchte. Es geht um konkrete, vielseitige Anliegen, die durch die Bürger_innen selbst aktiv eingebracht werden. In den bereits bestehenden Bürgerplattformen ist diese Praxis bereits etabliert. Die Gesellschaft wird durch das Konzept zukünftig mehr durch die Bürger_innen gestaltet und die Macht wird auf regionaler Ebene verteilt. Die Anzahl der bestehenden Bürgerplattformen und der Gemeinschaftsgärten erscheint im Vergleich zur Anzahl der Stadtteile insgesamt sehr gering. Daher ist die Forderung nach weiteren solcher Projekte zentral. Die Erreichung aller Zielgruppen, wie es sich die Gemeinschaftsgärten auf die Fahne schreiben, erscheint unrealistisch. Es wird Menschen geben, denen das Projekt nicht zusagt. Diese werden in gewissem Sinne ebenfalls erreicht, werden sich jedoch möglicherweise als „Projektgegner“ herausstellen.

Feststeht, dass ein Community Garden durch die Andersartigkeit im öffentlichen Raum und die Energie der Beteiligten bestehende Strukturen in Frage stellen kann und Menschen zum Nachdenken anregen kann.

Rassismus, rechte Einflüsse und andere Ordnungswidrigkeiten: Wie auch in der demokratischen Gesellschaftsordnung besteht die Bedrohung, dass der Gemeinschaftsgarten als Ort für Rassismus genutzt wird. Dem wird mit Klarheit begegnet und ebenso wie das Grundgesetz eingehalten werden muss, ist Rassismus verboten. Rassistische Werte widersprechen denen des Community Gardenings und des Community Organizings. Das

entwickelte Konzept wird durch die Beteiligten ergänzt durch „Regeln zur Zusammenarbeit“. Dort werden klare geltende Regeln, welche Anliegen der Bürger_innen sind, festgehalten. Diese lehnen sich an das Grundgesetz an. Falls diese Regeln rassistische Tendenzen aufweisen würden, dann läge eine Steuerung in der Verantwortung des Sozialarbeiters/der Organizer_in. An dieser Stelle wird das Potential der Professionalisierung von Community Gardens deutlich. Zudem ist es Pflicht des/der Sozialarbeiter_in, die eigenen Vorurteile kritisch zu reflektieren und sich unter anderem auf dem Gebiet Rassismus regelmäßig weiterzubilden.

Potentiale der Verbindung von Community Gardening und Community Organizing – eine „Win-Win-Situation“

Die Verbindung der beiden Aktionsformen bietet vielfältige Potentiale zur gesellschaftlichen Entwicklung. Menschen organisieren sich um gemeinsame Ziele zu erreichen, statt politisch betrachtet zu resignieren. Menschen werden aktiv. Durch die Aktivität wird Desinteresse durch Engagement ersetzt. Beim Community Organizing ist das Handlungsfeld ebenso aktiv, jedoch nicht auf den ersten Blick sichtbar, während ein Community Garden den Raum für Gestaltung und gemeinsame Taten bietet. Es werden Bürger_innen vor Ort eingeladen und es gibt ein offenes Feld, welches auf die Partizipation der Anwohner_innen und Engagierten setzt und nur dadurch lebt. Community Organizing lebt ebenfalls vom Engagement der Beteiligten. Dennoch ist der Gestaltungsfreiraum nicht offensichtlich, zum Beispiel in Form eines Gartens, zu erkennen. Die Bürgerplattformen müssen bekannt werden und wachsen, um zu agieren. Der Gemeinschaftsgarten bietet eine vielseitige Grundlage für die Entstehung der Bürgerplattform und die politischen, parteiunabhängigen Aktionen des Community Organizings.

Die Potentiale beider Bereiche ähneln und unterscheiden sich in einzelnen Facetten. Hier ergibt sich die Ergänzung. Während im Gemeinschaftsgarten der Fokus auf dem Selbstwirksamkeitserleben, dem Gemeinschaftsgefühl und der Beziehungsgestaltung liegen kann und beim Community Organizing politische Aktionen und das Generieren von möglichst viel Macht im

Vordergrund stehen. Auf diese Weise können beide aufeinandertreffen und Energien bündeln. Die jeweiligen Potentiale verschmelzen.

Ein Gemeinschaftsgarten kann beispielsweise erfolgreich bestehen, es gibt viele Beteiligte, die anpflanzen, Tauschbörsen, Feste und Konzerte organisieren und unterschiedliche Menschen zusammenbringen. Es kann passieren, dass der Garten geschlossen werden soll, da die Stadt mit dem Erscheinungsbild unzufrieden ist oder die Fläche anderweitig nutzen möchte. In diesem Fall kann der Gemeinschaftsgarten die Potentiale der dort bestehenden Bürgerplattform nutzen und auf die Organisations- und Machtstrukturen Einfluss nehmen. In einem Gemeinschaftsgarten mit Bürgerplattform kann besser verhandelt werden als in einem ohne. Zudem können weitere Zielgruppen erreicht werden. Das Erreichen von möglichst vielen Gruppen im Stadtteil ist das Ziel beider Organisationsformen. Die jeweiligen Zielgruppen, die sich in erster Linie nur vom Gärtnern angesprochen fühlen, werden auf Community Organizing aufmerksam und interessieren sich gegebenenfalls für die neuen Möglichkeiten der Mitbestimmung, die hierdurch zugänglich werden. Ebenso können Interessierte der Bürgerplattform Ressourcen, Talente und Ideen im Rahmen des Community Gardens einbringen.

Selbstwirksamkeitserfahrungen und Zugänge zur politischen Bildung ermöglichen

Das entwickelte Konzept bietet niedrigschwellige Zugänge zur politischen Bildung; besonders für Zielgruppen aus bildungsfernen Kontexten. Es kreiert einen geeigneten Ort, an dem es in erster Linie um die Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen geht, um zunächst ein Gefühl dafür zu bekommen, dass das Umfeld im Kleinen und später auch im Großen, im gesamten Stadtteil und hinsichtlich gesellschaftlicher Zustände veränderbar sind. Politische Resignation und Desinteresse sollen überwunden werden. Die Gestaltung des Stadtteils nach eigenen Vorstellungen, bzw. denen der Gemeinschaft, kann ein Meilenstein auf dem Weg zur gesellschaftlichen Gestaltung sein. Diese Erfolgserlebnisse stärken und fördern die Zuversicht, dass sich das Engagement auch für größere Veränderungen lohnt und dass gewisse Veränderungen möglich sind.

Um einen Zugang zu verschiedenen Zielgruppen zu schaffen ist es wichtig, an den Bedürfnissen und den Lebenswirklichkeiten der Menschen anzuknüpfen. Diese werden in Diskussionen und der Zusammenarbeit im Garten ergründet. Es geht bei dieser Arbeit auch um Wissensvermittlung, jedoch vorrangig um die Erfahrung der eigenen Wirkmacht und die Möglichkeit zum konkreten Tun („learning by doing“). Diese Erfahrung fördert das selbstbestimmte Leben und kann persönliche Talente zur Entfaltung bringen. Die Eröffnung neuer Perspektiven kann sich ergeben. Hierfür herrschen in dem entwickelten Gemeinschaftsgarten, in der Kombination mit Community Organizing geeignete Bedingungen. Die Inklusionserfahrung, verknüpft mit der Stärkung des Selbstwertgefühls und Selbstvertrauens, steht vor der Emanzipationserfahrung. Hieraus resultieren stärkere Bürger_innen, welche im Idealfall weniger abhängig und mehr selbstbestimmt leben können.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Der Community Garden bietet Raum für Nichtregierungsorganisationen, Vereine und vor allem für das Engagement der Bürger_innen. Das hier vorgestellte Konzept inspiriert zur aktiven Teilhabe und Teilgabe im Community Garden und im politischen Kontext. Menschen werden angeregt sich für ihre eigenen Belange einzusetzen und sich zu vernetzen. Das stärkt die Zivilgesellschaft und es ergibt sich durch den Zusammenschluss engagierter Individuen und Gruppen ein entscheidender Machtgewinn.

Das entwickelte Konzept stellt den Gegenpol zur leistungs- und konsumorientierten neoliberalistischen Gesellschaftsordnung dar. Konsum und Arbeitsmarktauglichkeit spielen im Community Garden keine Rolle. Es geht um die Begegnung der unterschiedlichen Menschen, statt um standardisierte Zugangskompetenzen oder Statussymbole wie finanzielle Mittel. Wenn konsumiert wird, dann meist nur um den Garten zu erhalten oder Projekte innerhalb des Gartens zu fördern, oder Kosten zu decken.

Inklusion - insbesondere von Menschen mit Fluchthintergrund

Der Stadtteil ist ein „natürlicher Ort“, an welchem alle Menschen, somit auch geflüchtete Menschen, erreicht werden können. Über Community Organizing werden diese nicht in Maßnahmen für geflüchtete Menschen eingebunden oder als Minderheit, die Hilfe benötigt, behandelt, sondern als teilhabende Bürger_innen und Stadtteilbewohner_innen angesprochen. Es geht um das Loslassen des Terms „für Flüchtlinge“. Geflüchtete Menschen haben eigene Ideen und Vorerfahrungen, die für Menschen ohne Fluchthintergrund nicht unbedingt direkt ersichtlich sind. Daher ist es wichtig, dass geflüchtete Menschen sobald sie in Deutschland angekommen sind, Gestaltungsmöglichkeiten haben. Diese Herangehensweise ist eine Besondere, dennoch Naheliegende. Die im Konzept eingebundenen Bürgerplattformen schreiben sich nicht auf die Fahne, dass sie für geflüchtete Menschen arbeiten. Stattdessen arbeiten sie mit Menschen und relevanten Institutionen zusammen.

In Hamburg Bahrenfeld beispielsweise wohnen 26.000 „Alteingesessene“ und 3200 geflüchtete Menschen (vgl. Norddeutscher Rundfunk 2015). Wenn dort das entwickelte Konzept umgesetzt wird, können automatisch viele geflüchtete Menschen involviert werden. Somit gibt es eine aktuelle und reale Verbindung zwischen der Frage nach dem Umgang mit Menschen mit Flüchtlingsstatus (ohne Aufenthaltserlaubnis) und der Chance des Konzepts hinsichtlich der Flüchtlingsarbeit. „Es gibt in Deutschland mehrere hunderttausend Menschen, die darauf warten, dass über ihren Asylantrag entschieden wird, ihre Zahl wächst zurzeit täglich.“ (Landeszentrale für politische Bildung Baden- Württemberg 2015).

Da diese Menschen häufig viele Jahre in Deutschland leben, aber von strukturellen Exklusionsmechanismen betroffen sind, ist das Engagement in diesem Bereich und die Ermöglichung von Teilhabe auf zivilgesellschaftlicher Ebene entscheidend. Mit Exklusionsmechanismen wird Bezug genommen auf das fehlende Wahlrecht, erschwerte oder keine Arbeitsmöglichkeiten und so weiter. Jede geflüchtete Person mit Duldungsstatus ist auf die Zu-

stimmung der Bundesagentur für Arbeit und das Ausländeramt angewiesen, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchte. Erst wenn sie sich seit mindestens einem Jahr erlaubt, geduldet oder mit einer Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet aufgehalten hat, gibt es die Möglichkeit zu arbeiten – jedoch mit der Einschränkung, dass das Vorrangprinzip eingehalten wird. Das heißt, es darf kein Deutscher oder anderer bevorzogter Mensch mit Migrationshintergrund für den Arbeitsplatz zur Verfügung stehen (vgl. Bundesministerium des Innern 2015). „Die Stelle kann nur ausgeübt werden, wenn es keinen deutschen Staatsbürger, EU-Bürger oder Asylbewerber mit einem "sichereren" Status gibt, der die Stelle auch annehmen könnte - dabei zählt nicht, ob es tatsächlich einen anderen Kandidaten gibt, sondern nur, ob es theoretisch einen solchen geben könnte.“ (Landeszentrale für politische Bildung Baden- Württemberg 2015). Hinzu kommt die gefühlte Willkür: Die Gesetzgebung hinsichtlich der Flüchtlingspolitik ändert sich regelmäßig. Zur individuellen Unsicherheit, in Bezug auf die gesetzliche Prüfung des Status, kommt die unbeständige globale Gesetzgebung hinzu. Auch die Versorgung der geflüchteten Menschen in menschenwürdigen Umständen, wird an vielen Orten vergessen bzw. unterlassen. Mehrere hunderte Menschen in einem Zelt unterzubringen, widerspricht denen im Grundgesetz angestrebten menschenwürdigen Zuständen, die es in Deutschland zu verwirklichen gilt.

Welcher Mensch, der gewillt ist tätig zu werden, zum Beispiel durch Erwerb, ehrenamtliche Tätigkeit, die Gestaltung des Stadtteils, möchte zur Tatenlosigkeit gezwungen werden und vom Staat abhängig sein? Diese Abhängigkeit gilt es schnellstmöglich aufzulösen, um Inklusion zu ermöglichen.

Das entwickelte Konzept stellt die Chance dar, alle Menschen einzubeziehen und ihren Stadtteil gestalten zu lassen. Die im Community Garden angesiedelte Bürgerplattform kann als Lösungsansatz fungieren um politische Mitbestimmung im Kleinen zu lernen und im Größeren zu ermöglichen. Community Organizing schließt hier auf natürliche Weise an, da es auf der Seite der Menschen steht, die von Exklusionsmechanismen und Benachtei-

ligung betroffen sind, und sich mit ihnen für die Verbesserung ihrer Lebensumstände einsetzt. Daher ist das Community Organizing in das entwickelte Konzept eingeflochten.

Die Themen Exklusion und der Umgang mit geflüchteten Menschen liegen nah am Thema Menschenrechte. Die Achtung des Grundgesetzes und die Vertretung der Rechte der Menschen insbesondere von benachteiligten Menschen ist das Ziel der Sozialen Arbeit.

Die Rolle der Sozialen Arbeit im Rahmen des Konzepts

Das Konzept beinhaltet Methoden, welche von Sozialarbeiter_innen situativ sinnvoll eingesetzt werden. Ebenso werden die globalen Rahmenbedingungen vom Projektstart zur Qualitätssicherung über die Evaluation und Dokumentation bis hin zur Verstetigung des Projektes festgelegt. Die Rolle der Sozialarbeitenden im entworfenen Konzept wird umfassend skizziert. Soziale Arbeit hat eine entscheidende Rolle, wenn es um die Anwendung des Konzepts geht. Es sind Sozialarbeiter_innen, welche die Methoden des Community Organizings und des Community Gardenings aufgreifen und angemessen einsetzen. Sie machen sich die Prinzipien beider Ansätze zu Eigen und respektieren die selbstbestimmte und freie Gestaltung der Beteiligten statt diese zu bevormunden.

Soziale Arbeit ist eine Profession, die sozialem Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen fördert, um ihr Wohlbefinden zu verbessern. Indem sie sich auf Theorien menschlichen Verhaltens sowie sozialer Systeme als Erklärungsbasis stützt, interveniert Soziale Arbeit im Schnittpunkt zwischen Individuum und Umwelt/Gesellschaft. Dabei sind die Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit von fundamentaler Bedeutung. (Staub-Bernasconi 2007, 14)

Diese beschriebene Profession der Sozialen Arbeit ist der innere Kern des entwickelten Konzepts. Community Organizing und Community Gardening bieten in der Stadtteilarbeit so viel Potential, dass sie ein fester Bestandteil des Studiums der Sozialen Arbeit sein sollten. Die entsprechenden Prinzipien können durch Sozialarbeitende aufgegriffen werden und ihre Arbeit in

anderen Bereichen effektiver machen. Das könnte beispielsweise bedeuten, dass mehr Menschen eines Stadtteils erreicht werden. Zum Beispiel können sich isolierte Patienten eines in der Stadt ansässigen Krankenhauses im Gemeinschaftsgarten treffen und so Teil des öffentlichen Lebens sein. Community Organizing ist bereits an vielen Orten Bestandteil der Gemeinwesenarbeit. Es besteht jedoch Potential zur Erweiterung, vor allem hinsichtlich des beschriebenen Community Organizing nach Alinsky.

Die Community Gardens bieten einen Gestaltungsfreiraum, der die benannten Methoden der Sozialen Arbeit auf natürliche Weise, durch die Begegnung auf Augenhöhe, stärken kann. Diese Art der Herangehensweise kann sich auf andere Kontexte der Sozialen Arbeit auswirken und übertragen. Das natürliche Zusammenkommen und die Begegnung auf Augenhöhe gibt es im Rahmen der Sozialen Arbeit eher selten. Der Rahmen der einseitigen Hilfe durch die Fachkraft wird im hier konzeptionierten Community Garden aufgelöst. Es geht darum, gemeinsam das Projekt voranzutreiben und lebendig werden zu lassen, beziehungsweise die Lebendigkeit aufrecht zu erhalten.

Da mittlerweile nahezu jede größere Stadt einen Community Garden hat, handelt es sich um eine Entwicklung, die besonders für die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit relevant ist. Der aktuelle Bezug zu gesellschaftlichen Themen und zur Inklusion macht den Community Garden zu einem Ort der Inklusion; auf freiwilliger Basis, basis-demokratisch und ohne Zwangsmaßnahmen. Die Berücksichtigung der Prinzipien des Community Gardenings sollte für die Sozialarbeiter_innen selbstverständlich sein, um das vorhandene, bereits beschriebene Potential zu nutzen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Daher muss das bestehende Wissen vermittelt werden, sodass die Einbeziehung von Community Gardens ganzheitlich stattfinden kann.

Es ist Aufgabe der Sozialen Arbeit sich von Vereinnahmungen frei zu machen. Denn nur wer selbst frei ist, kann andere befreien. Das vorgestellte Konzept kann gesellschaftliche Veränderungen anstoßen. Um Verände-

zungspotentiale und zivilgesellschaftliche Potentiale, unter anderem hinsichtlich der Vernetzung von bestehenden Nichtregierungsorganisationen, optimal zu nutzen, sollten diese von der kommunalen Politik anerkannt und gefördert werden.

Forschungsbedarf

Die herausgearbeiteten Potentiale der Verknüpfung des Gemeinschaftsgartens und des Community Organizing stellen unbestreitbar eine Chance für die Soziale Arbeit und vor allem für benachteiligte Menschen dar. Der Aspekt der Partizipationsmöglichkeiten ist, wie auch die Stiftung des Gemeinschaftssinns und der Förderung von Solidarität, eine Bereicherung für die Gesellschaft.

Der Community Garden verbunden mit dem Community Organizing besitzt Wissen, Strategie und Stärke, sich gegen exkludierende und humanitär unverträgliche Prinzipien des Neoliberalismus durchzusetzen. Statt neue Produkte zu kaufen werden im Community Garden vorhandene Materialien wiederverwendet und statt als „Arbeitslose/r“ ausgegrenzt zu werden, sind Menschen dort Teil einer Gemeinschaft. Das beleuchtete Thema ist daher ein höchstaktuelles gesellschaftliches Thema und das entwickelte Konzept „Community Gardening trifft Community Organizing - Chancen einer konzeptionellen Weiterentwicklung“ ist relevant für zukünftige Projekte und Förderungen.

Die Forschungslandschaft sollte durch weitere qualitative und quantitative Daten zu Bürgerplattformen und Community Gardens bereichert werden. Es fehlen Evaluationsinstrumente und fundierte Ergebnisse, welche die Wirkung von Community Gardening und von Bürgerplattformen messen und deren Effektivität darstellen. In weiteren Forschungsprojekten zu diesem Thema sollten ergänzend zur bestehenden Recherche folgende Fragen aufgegriffen werden: Wie verhält sich die Verbindung von Community Gardening und Community Organizing in der Praxis? Wie können mehr Nichtregierungsorganisationen und Bürger_innen bei der Umsetzung des Konzepts einbezogen werden? Welche Exklusionsmechanismen spielen

eine Rolle, wenn es um die soziale Ungleichheit (Bildungszugänge, finanzieller Status etc.) geht? Wie ist es möglich diese zu überwinden? Wie kann ein einflussreicher Gegenpol zur gewinnorientierten, wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung entstehen, in welchem die bereits beschriebenen Prinzipien mehr gelebt werden können und weniger verteidigt werden müssen? Was fehlt den Community Gardens um eine etablierte, prägende Institution der Gesellschaft zu werden? Reicht die in diesem Konzept angestrebte Professionalisierung und Verbindung mit Community Organizing aus?

Forderungen und politische Konsequenzen

Städteplanung und die Kooperation mit der kommunalen Politik: Die Integration der Community Gardens in die Städteplanung ist ein wichtiger Faktor. Nur wenn sie in das Gesamtkonzept der Stadt einbezogen werden, können sie langfristig und zu günstigen Bedingungen bestehen. Ein ständiges „Kämpfen um das Überleben des Gartens“ entzieht zu viele Kapazitäten. Der Aachener Gemeinschaftsgarten wurde beispielsweise in die Planungen der Stadt einbezogen. Es soll eine Parkanlage mit offiziellen Wegen entstehen, die durch den bestehenden Garten führt. Anfang März 2016 wird jedoch von der großen Koalition abgewogen den bereits bestehenden Gemeinschaftsgarten an dieser Stelle zu schließen und ihm eine andere Fläche zu zuweisen (vgl. Aachener Nachrichten 2016). Ebenso ist in Mönchengladbach das Bestehen des Gemeinschaftsgartens „Margarethengarten“ bedroht, da das Grundstück gegebenenfalls verkauft werden soll (vgl. Waldhaus 12 e.V. 2016a).

An dieser Stelle wird deutlich, ob der Mehrwert und die Belange der Community Gardens von der städtischen Politik anerkannt werden oder nicht. Wenn ein jahrelang bestehender Garten nur geduldet wird und die Beteiligten stets um sein Überleben kämpfen müssen, kostet dies den Beteiligten wertvolle Zeit- und Energieressourcen. Auch ein Umzug eines Gemeinschaftsgartens stellt eine große Herausforderung dar. Durch die aktive Unterstützung der Stadt, zum Beispiel durch die Bereitstellung von einem Wasserzugang und die Bekanntmachung des Gartens in offiziellen Plänen und Broschüren wird er gestärkt und das langfristige Bestehen gefördert.

Die Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Stadt ist für das neu entwickelte Konzept ein Ausgangspunkt, um die Anliegen des Community Gardens langfristig umsetzen zu können. Auch die Stadt profitiert von diesem kostengünstigen Projekt, welches die Bürgerbeteiligung erhöht. Es handelt sich um eine Win-Win-Situation. Die Veränderungs-, Verbesserungspotentiale und zivilgesellschaftlichen Potentiale des Konzepts müssen durch die kommunale Politik anerkannt werden.

Es wird eine möglichst bedingungslose Unterstützung durch die Kommunen gefordert. Die Vorgehensweise in dem entwickelten Konzept fordert von stark reglementierten und zielorientierten Einrichtungen und Behörden ausgesprochen viel Zuversicht und Offenheit; Vertrauen darauf, dass die Bürger_innen durch den Community Garden die gestellten Ziele auf selbstbestimmte Art erreichen. Die Akzeptanz der ergebnisoffenen Arbeitsweise und Flexibilität werden gefordert. In Krisen und Phasen der bedingten Akzeptanz, sollte die Kommune eine Stütze darstellen, die den Nutzen des Konzepts bereits erkannt hat. Konflikte, die durch Begegnung und Kommunikation ausgetragen werden, können eine Bereicherung auf dem Weg zum „besseren Leben“ für alle sein.

Bestehende Community Gardens als Orte für Community Organizing nutzen: Gärten die bestehen, können als Orte für Community Organizing genutzt werden. Zunächst muss jedoch abgeklärt werden, ob die Gärtner_innen und Beteiligten Anliegen haben, die im Rahmen des Community Organizings aufgegriffen werden könnten und ob der Rahmen passend und vor allem gewünscht ist. Dieser Appell richtet sich insbesondere an Beteiligte im Community Garden, die seine Existenz und Ausweitung fördern möchten; sowie an Organizer_innen, welche die Bürgerplattformen fördern möchten. Wenn ein gegründeter Community Garden beispielsweise von der Schließung bedroht ist, kann er das Netzwerk und die politische Macht des Community Organizings nutzen. Vor Ort, je nach Situation, können Vertreter des Community Gardenings und des Community Organizings Pläne schmieden, konkret Ideen fassen und umsetzen. Die jeweiligen Vertreter_innen können abklären, ob eine Verbindung beider Konzepte gegeb-

nenfalls Vorteile bringt. Anliegen dieser Arbeit ist die Förderung des Zusammenspiels von Community Organizing und Community Gardening. Das entwickelte Konzept umfasst einige weitere Aspekte, wie auch die Gesamtumsetzung des Konzepts und die Professionalisierung von Community Gardens durch das Einbringen der Methoden der Sozialen Arbeit, einschließlich des Community Organizings.

Community Gardens als akzeptierte Institutionen der Gesellschaft:

Kann der Community Garden eine etablierte Institution der Gesellschaft werden? Oder ist er bereits als solche etabliert? Das Stichwort der mangelnden Akzeptanz zieht sich durch das Thema der Community Gardens. Eine Schule wird beispielsweise nicht hinterfragt und aufgrund von Faktoren wie Aussehen „zu bunt, zu viele selbstgemalte Bilder in den Fenstern“ geschlossen. Es sind sich alle einig, dass die Institution Schule, einen notwendigen Teil der Gesellschaft darstellt. An dieser Stelle soll nicht die Existenz der Schule in Frage gestellt werden; doch wie wäre es wenn Gemeinschaftsgärten akzeptiert werden und ebenso einen Teil des Stadtteils ausmachen würden? Auch hier ist das äußere Erscheinungsbild bunt. Das „Draußen-Stadtteilzentrum“ könnte mit einem „Innen-Stadtteilzentrum“ verknüpft werden, sodass es (auch im Winter) mehr Raum zur Gestaltung gibt. Die Idee kann sich auf den Stadtteil ausbreiten es kann eine Werkstatt zur Reparatur und Erstellung von Gartenbedarf entstehen, ein Café zur Begegnung; und das alles miteinander auf „ehrenamtlicher“ Basis. Ein Ort solcher aktiven Begegnung fehlt in vielen Stadtteilen.

Das Konzept bietet einen strukturierten Ansatz, der den größtmöglichen Gestaltungsfreiraum lässt. Doch kann dieser in der Praxis gewährleistet werden? Der fundierte sozialpädagogische Hintergrund bietet eine große Chance zur Etablierung der Community Gardens. Die Professionalisierung sorgt letztendlich für mehr Gestaltungsfreiraum durch die Anerkennung und Förderung der Bürger_innen und Kommunen. Doch der Weg dahin ist, realistisch betrachtet, ein steiniger mit vielen Gradwanderungen.

Community Gardening und Community Organizing sollen zukünftig als gesellschaftliche, frei gestaltende Institution, welche es zu fördern gilt, anerkannt werden.

Zusammenfassendes Schlusswort

Zusammenfassend werden folgende Forderungen festgehalten: Generell sollten die bereits genannten Rahmenbedingungen durch die Stadt gefördert werden, sodass mehr Community Gardens entstehen können. Handlungsempfehlungen hierzu beinhaltet auch der bereits vorgestellte Leitfaden „Gemeinschaftsgärten im Quartier. Handlungsleitfaden für Kommunen“. Die Entstehung von mehr Gemeinschaftsgärten ermöglicht mehr Commitment und Engagement der Bürger_innen. Zudem sollten politische Zugänge erleichtert werden. Das entwickelte Konzept fördert politische Partizipation. Diese Chance sollte erkannt und aktiv genutzt werden. Gerade Menschen, die sich nicht an den Wahlen sowie dem gesellschaftlichen Leben beteiligen dürfen und teilweise können, sollten einbezogen und gleichberechtigt behandelt werden.

Da im entwickelten Konzept Kategorien wie Nationalität, finanzielle Mittel, Bildungsstand und Berufsstatus keine Relevanz haben und es keine besonderen Voraussetzungen zur Partizipation gibt, sondern im Gegenteil, die Vermischung der unterschiedlichsten Menschen gewünscht wird, werden Zugänge ermöglicht. Das ist das Anliegen aller Community Gardens, der Verein des Mönchengladbacher Gemeinschaftsgartens drückt es wie folgt aus: „Wir sind Studierende, Erwerbstätige, Arbeitslose, Junge, Alte, Gladbacher Urgesteine und Zugezogene – und glauben dran, dass Vielfalt das ist, was das Leben spannend und abwechslungsreich macht“ (Waldhaus 12 e.V. 2016b). Die Talente des Einzelnen finden einen Ort, an dem sie bedingungslos gelebt werden können. Der wirtschaftliche Nutzen steht nicht im Vordergrund des Konzepts.

Das Konzept kann von Kritikern als utopisch bezeichnet werden. Die Praxis sowie die Literatur weisen jedoch auf die Möglichkeiten und die aktuellen bestehenden Projekte und Erfolge hin. Die Verknüpfung von Community Organizing und Community Gardening birgt ein großes Potential. Wenn es

akzeptiert wird und durch Engagierte, finanzielle Förderung und Anerkennung Rückenwind bekommt, kann sie Großes bewirken.

Es kann ein Ort entstehen, von dem aus Menschen gemeinsam, dabei aber ihre Vielfalt bewahrend, eine lebenswerte und gerechte Gesellschaft kreativ entwerfen können. Diese Vision kann beflügeln und Entwürfe können (teilweise) in die Realität umgesetzt werden, wenn die Menschen sich in handlungsfähigen Institutionen solidarisieren, die sich gegenüber den Kräften des Staates und der Wirtschaft behaupten können (vgl. Penta 2007, 14).

Soziale Arbeit, die sozialen Wandel sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen fördern soll, um ihr Wohlbefinden zu verbessern, hat die Aufgabe solche Konzepte, mit den in dieser Arbeit dargestellten Prinzipien und Ansprüchen, zu entwerfen und in die Tat umzusetzen.

Quellenverzeichnis

Fachliteratur

- AHLHEIM, Klaus (2011): Politische Bildung. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. 7. Aufl. Baden Baden: Nomos, 664
- ALINSKY, Saul David (1973): Leidenschaft für den Nächsten. Strategien und Methoden der Gemeinwesenarbeit. Gelnhausen u.a: Burckhardthaus-Verlag
- ALINSKY, Saul David (2007): Rebell trifft "Playboy" - Saul Alinsky im Gespräch mit Eric Norden. In: Penta, Leo (Hrsg.): Community Organizing - Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg: edition Körber-Stiftung, 19 - 39
- ATTIA, Iman (1997): Antirassistisch oder Interkulturell? Sozialwissenschaftliche Handlungskonzepte im Kontext von Migration, Kultur und Rassismus. In: Mecheril, Paul; Teo, Thomas (Hrsg.): Psychologie und Rassismus, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 259 - 285
- BALDAS, Eugen (2010): Einsichten aus Erfahrungen im CO-Projekt für die verbandliche Caritas. In: Baldas, Eugen (Hrsg.): Community Organizing – Menschen gestalten ihren Sozialraum. Freiburg im Breisgau: Lambertus, 231–243
- BIERMANN, Benno (2007): Soziologische Grundlagen der Sozialen Arbeit. München/Basel: Ernst Reinhardt
- BOURDIEU, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2. Göttingen: Fachzeitschrift Soziale Welt, 183-198
- <http://unirot.blogspot.de/images/bourdieuKapital.pdf>, letzter Zugriff 04.03.2016
- BOURDIEU, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Berlin: Suhrkamp

- BOURDIEU, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die Neoliberale Invasion. Konstanz: UVK Universitätsverlag
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.): Diskriminierung von Migranten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/182169/diskriminierung-von-migranten>, letzter Zugriff: 23.11.2015
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.): Politiklexikon - Kommunitarismus.
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17729/kommunitarismus>, letzter Zugriff: 14.03.2016
- CALLO, Christian (Hrsg.) (2004): Mensch und Garten: ein Dialog zwischen sozialer Arbeit und Gartenbau. Tagungsdokumentation. Norderstedt: Books on Demand
- DEUTSCHER BUNDESVERBAND FÜR SOZIALE ARBEIT e.V. (2016): Definition der Sozialen Arbeit.
<https://www.dbsh.de/beruf/definition-der-sozialen-arbeit.html>, letzter Zugriff: 23.02.2016
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR COMMUNITY ORGANIZING (DICO) (Hrsg.) (o.J.): Das DICO - Aufgaben und Ziele.
<http://www.dico-berlin.org/das-dico/aufgaben-und-ziele.html>, letzter Zugriff: 06.11.2015
- DÜCHTING, Frank; PENTA, Leo (2014): Für eine lebendige Zivilgesellschaft - Community Organizing in Bürgerplattformen. In: Forum Community Organizing (FOCO) Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing - Theorie und Praxis in Deutschland. 2. Aufl. Bonn: Stiftung Mitarbeit, 53 - 58
- DUDEN (2015): Netzwerk. Rechtschreibung, Bedeutung, Definition, Synonyme.
<http://www.duden.de/rechtschreibung/Netzwerk>, letzter Zugriff: 20.11.2015

- EUGSTER, Nicolas (2013): Über das Potential von Gemeinschaftsgärten - und was dies für die Soziale Arbeit bedeutet. In: SozialAktuell Nr. 6., 31 - 33
http://www.avenirsocial.ch/sozialaktuell/130253_sa_06_031_033.pdf,
 letzter Zugriff: 28.07.2014
- FORNEFELD, Barbara (o.J.): Bildung und soziale Teilhabe ohne Grenzen. Köln: Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Dept. Heilpädagogik und Rehabilitation, Lehrstuhl Pädagogik und Rehabilitation bei Menschen mit geistiger und schwerer Behinderung
<http://www.beb-ev.de/files/pdf/2012/dokus/lehrer/Bildung%20und%20soziale%20Teilhabe%20-%20Vortragsversion.pdf>, letzter Zugriff: 13.11.2015
- FORUM COMMUNITY ORGANIZING e.V. (2016a): Community Organizing an Hochschulen und Akademien.
<http://www.fo-co.info/ausbildung/fh-und-uni.html>, letzter Zugriff: 06.11.2015
- FORUM COMMUNITY ORGANIZING e.V. (2016b): Herzlich Willkommen beim Forum Community Organizing e. V. (FOCO).
<http://www.forum-community-organizing.de>, letzter Zugriff: 21.02.2016
- FORUM COMMUNITY ORGANIZING e.V. (2016c): CO in HH-Wilhelmsburg.
<http://www.forum-community-organizing.de/praxis/hamburg-wilhelmsburg.html>, letzter Zugriff: 10.03.2016
- FORUM COMMUNITY ORGANIZING e.V./STIFTUNG MITARBEIT (Hrsg.) (2014): Handbuch Community Organizing - Theorie und Praxis in Deutschland. Bonn: Stiftung Mitarbeit
- FREIRE, Paulo (1973): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- GABRIEL, Thomas (2005): Resilienz. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans; Böllert, Karin (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. 3. Aufl. München: Ernst Reinhardt, 1342–1348
- GEIßLER, Karlheinz A.; HEGE, Marianne (2007): Konzepte sozialpädagogischen Handelns - Ein Leitfaden für Soziale Berufe. Weinheim und München: Juventa

- GENENGER-STRICKER, Marianne (2015): Ergänzende Bestandsaufnahme Preuswald. Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Aachen, Fachbereich Sozialwesen, Masterstudiengang Soziale Arbeit, Schwerpunkt Bildung und Integration, SoSe 2015 (Unveröffentlichte Vorlesung)
- GERMAN, Christiano (1983): Brasilien, Autoritarismus und Wahlen. Materialien zu Entwicklung und Politik. München: Weltforum
- GRÜNSTEIDEL, Irmtraud (2000): Community Gardens - Grüne Oasen in den Ghettos von New York. In: Meyer-Renschhausen, Elisabeth; Holl, Anne (Hrsg.): Die Wiederkehr der Gärten. Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung. Innsbruck: Studien-Verlag, 125–177
- HERKOMMER, Sebastian (2003): Kapitalismus-Kritik bei Pierre Bourdieu. In: Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Nowak, Andreas (Hrsg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Zur Aktualität der Kritik der Politischen Ökonomie. Hamburg: VSA, 222-241
- <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/2003/2003-03-a-183.pdf>, letzter Zugriff 18.02.2016
- HERRIGER, Norbert (2011): Empowerment. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Baden-Baden: Nomos, 232-233
- HERRIGER, Norbert (2014): Empowerment in der Sozialen Arbeit - Eine Einführung. 5. aktualis. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer
- HINTE, Wolfgang; LÜTTRINGHAUS, Maria; OELSCHLÄGEL, Dieter (2011): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit - Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. 3. Aufl. Weinheim und München: Juventa
- HOBKINS, Rob (2013): Einfach. Jetzt. Machen! München: oekom verlag
- HONNETH, Axel (1992): Kampf um Anerkennung- Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main: Suhrkamp

- JAMOUL, Lina (2007): Handwerkszeug für Community Organizer. In: Leo Joseph Penta (Hrsg.): Community organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg: edition Körber-Stiftung, 224–230
- KILIAN, Dietmar; MIRSKI, J. Peter; HAUSER, Martin; WEIGL, Markus (2008): Projektmanagement: Praxis, Theorie, Werkzeuge. Wien: Linde
- KLOSE, Andreas (2012): Treffpunkt Straße? Öffentlicher Raum zwischen Verdrängung und Rückgewinnung. Einige geschichtliche und aktuelle Entwicklungen. In: sozialraum.de, Ausgabe 2/2012
<http://www.sozialraum.de/treffpunkt-strasse.php>, letzter Zugriff: 16.03.2016
- KOENIG, Matthias (2005): Menschenrechte. Frankfurt am Main: Campus
- KRECKEL, Reinhard (2005): Soziale Ungleichheit. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans; Böllert, Karin (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. 3. Aufl., München: Ernst Reinhardt, 1729–1735
- KREFT, Dieter; MÜLLER, C. Wolfgang (2010): Methodenlehre in der Sozialen Arbeit, München: Ernst Reinhardt
- KRELL, Gertraude; RIEDMÜLLER, Barbara; SIEBEN, Barbara; VINZ, Dagmar (2007): Einleitung - Diversity Studies als integrierende Forschungsrichtung. In: Krell, Gertraude; Riedmüller, Barbara; Sieben, Barbara; Vinz, Dagmar (Hrsg.): Diversity studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze. Frankfurt am Main: Campus, 7-17
- KRON, Thomas (2011): Individualisierung. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit, Baden Baden: Nomos, 444-445
- KRONAUER, Martin (Hrsg.) (2010): Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart. Bielefeld: Bertelsmann
- KUHLMANN, Carola (2008): Bildungsarmut und die soziale Vererbung von Ungleichheiten. In: Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage, 301-319

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG
(IPB - BW) (2016): Flüchtlingsproblematik.

<http://www.ipb-bw.de/fluechtlingsproblematik.html#c24505>, letzter Zugriff:
20.11.2015

LANG, Susanne; HÄRTEL, Alexandra; BÜRSCH, Michael (2010): Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Russland. Studie. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung

<http://library.fes.de/pdf-files/id/07173.pdf>, letzter Zugriff: 15.03.2016

LOB-HÜDEPOHL, Andreas (2010): Community Organizing als Perspektive diakonischer pastoral - Praktisch-Theologische Anmerkungen. In: Baldas, Eugen (Hrsg.): Community Organizing - Menschen gestalten ihren Sozialraum. Freiburg im Breisgau: Lambertus, 113–122

MADLENER, Nadja (2008): Grüne Lernorte - Gemeinschaftsgärten in Berlin. Erziehung, Schule, Gesellschaft. Würzburg: Ergon Verlag

MALCHEROWITZ, Manuel; ALBERT, Martin (2013): Community Gardening: Perspektiven für eine moderne Quartiersentwicklung. In: Soziale Arbeit, Nr.12, 482–489

MARUSCHKE, Robert (2014): Community Organizing - Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Eine kritische Einführung, Münster: Edition Assemblage

MECHERIL, Paul; CASTRO VARELA, Maria; DIRIM, Inci; KALPAKA, Annita; MELTER, Claus (2010): Migrationspädagogik. Weinheim und Basel: Beltz

MECHERIL, Paul; PLÖßER, Melanie (2005): Diversity und Soziale Arbeit. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans; Böllert, Karin (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. 3. Aufl. München: Ernst Reinhardt, 322–331

MEYER-RENSCHHAUSEN, Elisabeth (2004): Unter dem Müll der Acker. Community Gardens in New York City. Königstein im Taunus: Helmer

<http://www.socialnet.de/rezensionen/1915.php>, letzter Zugriff: 15.03.2016

- MOHRLOCK, M.; NEUBAUER, M.; NEUBAUER, R.; SCHÖNFELDER, W. (1993): Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organizing im Vergleich, München: AG SPAK
- MÜLLER, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Internationale Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: oekom Verlag
- MÜLLER, Christa (Hrsg.) (2012): Urban Gardening über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 4. Aufl. München: oekom Verlag
- MÜLLER, Carsten; SZYNKA, Peter (2014a): Community Organizing. In: Bähr, Christiane; Homfeldt, Hans Günther; Schröder, Christian; Schröder, Wolfgang; Schweppe, Cornelia (Hrsg.): Weltatlas Soziale Arbeit. Jenseits aller Vermessungen. Weinheim: Beltz Juventa, 296–307
- MÜLLER, Carsten; SZYNKA, Peter (2014b): Community Organizing - Was ist das? In: Forum Community Organizing und Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr. 46. Bonn: Stiftung Mitarbeit, 16–20
- MUNSCH, Chantal (2011): Engagement und soziale Ungleichheit. In: Olk, Thomas; Hartnuß, Birger (Hrsg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim: Beltz Juventa, 747–757
- NEHER, Peter (2010): Mehr als Strukturen - Der Beitrag der verbandlichen Caritas in den Pastoralen Räumen. Sozialräumliches Arbeiten als Zukunftsoption der Caritasarbeit. In: Baldas, Eugen (Hrsg.): Community Organizing - Menschen gestalten ihren Sozialraum. Freiburg im Breisgau: Lambertus
- NETTLE, Claire (2014): Community Gardening As Social Action (Transforming Environmental Politics and Policy). Surrey und Burlington: Ashgate Publishing Company
- NÉVE, de, Dorothee; OLTEANU, Tina (2013): Politische Partizipation jenseits der Konventionen. In: Dorothee de zip Néve und Tina Olteanu (Hrsg.): Politische Partizipation jenseits der Konventionen. Opladen: Budrich

- PENTA, Leo J. (2007a): Vision braucht Fahrpläne. In: Penta, Leo (Hrsg.) (2007): Community Organizing - Menschen verändern ihre Stadt, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 7 - 15
- PENTA, Leo J. (2007b): Die Macht der Solidarität. In: Penta, Leo (Hrsg.) (2007): Community Organizing - Menschen verändern ihre Stadt, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 99-108
- PENTA, Leo J. (2010): Kirchen als Akteure in der Zivilgesellschaft - internationale Aspekte. Monsignore John J. Egan gewidmet. In: Baldas, Eugen (Hrsg.): Community Organizing - Menschen gestalten ihren Sozialraum. Freiburg im Breisgau: Lambertus, 185–230
- PENTA, Leo (2011): Community Organizing. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Baden-Baden: Nomos, 153 - 154
- PENTA, Leo J.; DÜCHTING, Frank (2014): Für eine lebendige Zivilgesellschaft - Community Organizing in Bürgerplattformen
- PUTNAM, Robert D. (2000): Bowling alone. The collapse and revival of American community. New York: Simon & Schuster
- PUTNAM, Robert D. (Hrsg.) (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung
- RICHERS, Hille (2014): Wie man Community Organizing lernen kann - und warum es hier keine Trainingsunterlagen zu lesen gibt. In: Forum Community Organizing/Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr. 46. Bonn: Stiftung Mitarbeit, 89-101
- ROSOL, Marit (2006): Gemeinschaftsgärten in Berlin - Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung. Dissertation. Berlin: Mensch & Buch Verlag. Humboldt-Universität zu Berlin
- <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/rosol-marit-2006-02-14/PDF/rosol.pdf>, letzter Zugriff: 23.02.2016

- ROTH, Roland (2011): Partizipation. In: Olk, Thomas; Hartnuß, Birger (Hrsg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim: Beltz Juventa, 77–88
- RÖBKE, Thomas (2011): Netzwerkmanagement. In: Olk, Thomas; Hartnuß, Birger (Hrsg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim: Beltz Juventa, 611–622
- SAGEBIEL, Juliane (2007): "Mensch-in-der-Gesellschaft-sein". Soziale Probleme und Soziale Arbeit - zentrale Themen einer Sozialarbeitswissenschaft nach Silvia Staub-Bernasconi. In: Muntean, Ana; Sagebiel, Juliane (Hrsg.): Practici în Asisten?a Social?. România ?i Germania, Romania, Polirom, 359-376
- SANDER, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Handbuch Politische Bildung. 3. völlig überarb. Aufl. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag
- SCHNEIDER, Klaus (2010): Wohlstand, Armut und Befähigungschancen. In: Forum, 04/2010.
https://www.forum.lu/wp-content/uploads/2015/11/6771_295_Schneider.pdf, letzter Zugriff: 18.2.2016
- SCHRAML, Christiane (2010): Empirische und ethische Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleit-Forschung des Projekts "Broad-Based Community Organizing". In: Baldas, Eugen (Hrsg.): Community Organizing - Menschen gestalten ihren Sozialraum. Freiburg im Breisgau: Lambertus, 88–112
- SCHREIER, Maren (2011): Gemeinwesenarbeit (re-)politisiert?! In: sozialraum.de (3) Ausgabe 1/2011.
<http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-re-politisiert.php>, letzter Zugriff: 20.5.2015
- SCHUBERT, Klaus; KLEIN, Martina (2011): Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 5. aktualis. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18209/solidaritaet>, letzter Zugriff: 20.6.2015
- SEN, Amartya (2010): Die Idee der Gerechtigkeit, München: C. H. Beck Verlag

- SPITZENBERGER, A. (2011): Handlungskonzepte in der Gemeinwesenarbeit - Wie Praktikerinnen und Praktiker ihre Arbeit im Gemeinwesen sehen. In: SozialExtra, Ausgabe 5/6, 6-10
- STAUB-BERNASCONI, Silvia (1998): Soziale Probleme – Soziale Berufe – Soziale Praxis. In: Heiner, Maja; Meinhold, Marianne; von Spiegel, Hiltrud; Staub-Bernasconi, Silvia: Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau: Lambertus, 54-57
- STOCK, Lothar (2014): Zur Geschichte des Community Organizing in Deutschland. In: Forum Community Organizing (FOCO) und Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing - Theorie und Praxis in Deutschland. Bonn: Stiftung Mitarbeit, 32 - 42
- STOIK, Christoph (2011): Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung - ein "entweder-oder" oder ein "sowohl-als auch"? In: sozialraum.de, Ausgabe 1/2011. <http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-und-sozialraumorientierung.php>, letzter Zugriff: 20.5.2015
- SZYNKA, Peter (2011): Community Organizing. Ein Weg zu mehr Beteiligung. 304. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Projekt Gesellschaftliche Integration, Nr. 8)
- SZYNKA, Peter (2014): Wurzeln des Community Organizing bei Saul D. Alinsky. In: Forum Community Organizing (FOCO) und Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Handbuch Community Organizing - Theorie und Praxis in Deutschland, Bonn: Stiftung Mitarbeit, 11 - 15
- TABORSKY, Ursula (2008): Naturzugang als Teil des Guten Lebens. Die Bedeutung interkultureller Gärten in der Gegenwart. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang
- THUNS, Manfred (2010): Die Bürgerplattform Berlin-Wedding/Moabit und das Engagement der freien Wohlfahrt. In: Baldas, Eugen (Hrsg.): Community Organizing - Menschen gestalten ihren Sozialraum. Freiburg im Breisgau: Lambertus, 131–139
- THURICH, Eckart (2011): Pocket Politik. Demokratie in Deutschland. 4. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

- WELZER, Harald; SOMMER, Bernd (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München: oekom verlag
- WERNER, Karin (2012): Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstands gegen die neoliberale Ordnung. In: Müller, Christa (Hrsg.): Urban gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 4. Aufl. München: oekom verlag, 54–75
- ZICK, Andreas (2004): Psychologie des Rechtsextremismus. In: Sommer G., Fuchs A. (Hrsg.): Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim: Psychologie Verlags Union, 263-276

Weitere Quellen

- AACHENER NACHRICHTEN (2016): Der Gemüsegarten soll raus aus der City.
<http://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/hirschgruen-der-gemuesegarten-soll-raus-aus-der-city-1.1313685>, letzter Zugriff: 11.03.2016
- AMERICAN COMMUNITY GARDENING ASSOCIATION (ACGA): Mission.
<https://communitygarden.org/mission/>, letzter Zugriff: 22.11.2015
- ARBEITGEMEINSCHAFT NATUR- UND UMWELTBILDUNG BUNDESVERBAND e.V. (o.J., a): Zielgruppen.
<http://www.umweltbildung.de/zielgruppen.html?&print=1>, letzter Zugriff: 07.02.2016
- ARBEITGEMEINSCHAFT NATUR- UND UMWELTBILDUNG BUNDESVERBAND e.V. (o.J., b): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.
<http://www.umweltbildung.de/195.html>
- BARK, Christian (2015): Alternative Gartennutzung – Im Trend: Gemeinschaftsgärten in der Mark / Brandenburg. In: MAZ - Märkische Allgemeine. Potsdam, Brandenburg, Germany.
<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Im-Trend-Gemeinschaftsgaerten-in-der-Mark>, letzter Zugriff: 01.12.2015

BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (o.J.): Startseite des Bundesministeriums des Innern - Wann muss ich den Antrag stellen?

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/FAQs/DE/Themen/Migration/Auslanderrecht/18.html>, letzter Zugriff: 20.11.2015

BÜTIKOFER, Barbara (2012): Urbane Gemeinschaftsgärten als Keimzellen sozialer Netzwerke - Studie zu Sozialkapital und sozialen Netzwerken am Beispiel ausgewählter Gemeinschaftsgärten in Berlin. Humboldt-Universität Berlin: Master-Thesis im Studiengang Geographie der Großstadt – Human-geographie (Unveröffentlichte Masterthesis)

CLAUSEN, Marco (2013): +3 Magazin, Themenheft "Wie ökologisch ist die Stadt?" In: Süddeutsche Zeitung (09/2013)

EBBERTZ, Janise; HÄFNER, Lena (2015): Ein Forschungsprojekt zu Gemeinschaftsgärten und Teilhabe, Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Aachen, Fachbereich Sozialwesen, Masterstudiengang Soziale Arbeit, Schwerpunkt Bildung und Integration, SoSe 2015 (unveröffentlichter Forschungsbericht)

GARTENPOLYLOG e.V. (2015): Gartenkarte.

<https://gartenpolylog.org/gardens>, letzter Zugriff: 01.12.2015

GAMMELIN, Cerstin; ÖCHSNER, Thomas (2016): Deutschlands Arme werden immer ärmer. In: Süddeutsche Zeitung.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/soziale-ungleichheit-deutschlands-arme-werden-immer-aermer-1.2833313>, letzter Zugriff: 14.03.2016.

GENENGER-STRICKER; Marianne (2013): Analyse- und Handlungskonzepte im Kontext gesellschaftlicher Vielfalt und aktueller Herausforderungen. Vorlesung am 23.10.2013. Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Aachen, Fachbereich Sozialwesen, Masterstudiengang Soziale Arbeit, Schwerpunkt Bildung und Integration. WiSe 2013/2014

HABETSEDER, Michaela (Salzburger Bildungswerk) (2010): Der interkulturelle Gemeinschaftsgarten als Lernort.

http://erwachsenenbildung.at/aktuell/nachrichten_details.php?nid=3894,
 letzter Zugriff: 04.08.2014

INTERNATIONALE GÄRTEN e.V. GÖTTINGEN (2015a): Verein.

http://internationale-gaerten.de/?page_id=11, letzter Zugriff: 25.11.2015

INTERNATIONALE GÄRTEN e.V. GÖTTINGEN (2015b): Willkommen.

<http://internationale-gaerten.de/>, letzter Zugriff: 23.11.2015

JANSEN, Frank (2015): Zahl der rechten Straftaten deutlich angestiegen. In: Zeit-Online.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-12/rassismus-rechts-extremismus-anstieg-straftaten>, letzter Zugriff: 14.03.2016

KATHOLISCHE HOCHSCHULE AACHEN (2016): Informationen zum Master-Studiengang. Profile der Vertiefungsgebiete. "Bildung und Integration".

<http://www.katho-nrw.de/aachen/studium-lehre/studienangebote/soziale-arbeit-ma/informationen-zum-masterstudiengang/>, letzter Zugriff: 20.02.2016

KORBMACHER, Luk (2011): Netzwerk.jpg

<http://www.luk-korbmacher.de/Schule/PP/Netzwerk.jpg>, letzter Zugriff: 20.11.2015

KREITWOLF, Stefan (2015): Flüchtlinge: Kein Konto, keine Integration. In: Zeit-Online.

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/fluechtlinge-banken-konto>, letzter Zugriff: 25.11.2015

MENSCH IM MITTELPUNKT (MiM) (2005): Herausforderung Unterstützung. Perspektiven auf dem Weg zur Inklusion. Lechaschau: Verein TAFIE-Außerfern

<http://bidok.uibk.ac.at/library/mim-broschuere.html>, letzter Zugriff: 13.11.2015

NEULAND-KÖLN (2014): Kölner Neuland e.V.

<http://www.neuland-koeln.de/ueber-uns/koelner-neuland-e-v/>, letzter Zugriff: 04.08.2014

NORDDEUTSCHER RUNDFUNK (2015): Wie Flüchtlinge einen Stadtteil verändern.

<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Wie-Fluechtlinge-einen-Stadtteil-veraendern,bahrenfeld142.html>, letzter Zugriff: 20.11.2015

NORTH CAROLINA AGRICULTURAL AND TECHNICAL STATE UNIVERSITY (2016): How to Organize a Community Garden.

<http://content.ces.ncsu.edu/how-to-organize-a-community-garden>, letzter Zugriff: 23.02.2016

PAECH, Niko (2016): Grundzüge einer Postwachstumsökonomie.

<http://www.postwachstumsoekonomie.de/material/grundzuege>, letzter Zugriff: 13.01.2016

PRINZESSINNENGARTEN (2015): Prinzessinnengarten. Über Nomadisch Grün und die Prinzessinnengärten.

<http://prinzessinnengarten.net/wir/>, letzter Zugriff: 01.12.2015

PRINZESSINNENGARTEN (2016): Darstellung des Tätigkeitsbereichs urbane Resilienz* der gemeinnützigen GmbH Nomadisch Grün für das Jahr 2013.

http://prinzessinnengarten.net/wp-content/uploads/2014/12/UrbaneResilienz-Prinzessinnengarten2013_pu.pdf, letzter Zugriff: 13.01.2016

SCHILD, Margit (2015): Gemeinschaftsgärten im Quartier. Handlungsleitfaden für Kommunen. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/gemeinschaftsgaerten_quatier_handlungsleitfaden_broschuere_bf.pdf, letzter Zugriff: 23.02.2016

SOZIALDIENST KATHOLISCHER FRAUEN (Hrsg.) (2007): Arbeitshilfe - Konzeptentwicklung für Projekte.

http://www.skf-zentrale.de/aspe_shared/download.asp?id=10CBA120C6F459DD000D30B63BAB9D84E642F39449B64C367C7E02AE57B66E304CF7DB87D5BA066CD6BA12986C36607F&Description=Arbeitshilfe&Filename=Arbeitshilfe_Konzeptentwicklung.pdf, letzter Zugriff: 23.02.2016

STADT AACHEN (o.J.): Neuer Suermond-Park.

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/umwelt/stadtgruen/suermond_park/index.html, letzter Zugriff: 11.02.2016

STIFTUNGSGEMEINSCHAFT ANSTIFTUNG & ERTOMIS (2016): Interkulturelle Gärten (IG) - StadtLandschaften der Migrationsgesellschaft.

<http://anstiftung.de/urbane-gaerten/interkulturelle-gaerten-ig>, letzter Zugriff: 22.11.2015

TÜGEL, Hanne (2010): Transition Town: Testfall Totnes. In: Geo Magazin 05/10. 126-130

<http://www.geo.de/GEO/natur/green-living/transition-town-testfall-totnes-63941.html>, letzter Zugriff: 24.11.2015

URBANE GEMEINSCHAFTGÄRTEN AACHEN e.V. (2014): Über uns. Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen.

<http://www.essbares-aachen.de/ueber-uns/>, letzter Zugriff: 01.12.2015

WALDHAUS 12 e.V. (2016a): Margarethengarten.

www.waldhaus12ev.de/margarethengarten, letzter Zugriff: 11.03.2016

WALDHAUS 12 e.V. (2016b): Der Verein/Team. www.waldhaus12ev.de/der-verein/team, letzter Zugriff: 11.03.2016

WANNER, Matthias; MARTENS, Dörte (2009): Gartenbau, Gemeinschaft und Integration: interkulturelle Garten in Zürich. In: Inside 4/09, 25–30

<http://www.interkulturelle-gaerten.ch/site/images/dokumente/Zuerich.pdf>, letzter Zugriff: 22.11.2015

WEGWEISER BÜRGERGESELLSCHAFT (o.J.): Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

[http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/community-organizing/wie-wird-es-eingesetzt/gewerkschaften/?tx_smpagebrowser_pi1\[action\]=show&tx_smpagebrowser_pi1\[controler\]=Teaser&cHash=4d2b4e68520766f7de3d4896d1a81971](http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/community-organizing/wie-wird-es-eingesetzt/gewerkschaften/?tx_smpagebrowser_pi1[action]=show&tx_smpagebrowser_pi1[controler]=Teaser&cHash=4d2b4e68520766f7de3d4896d1a81971), letzter Zugriff: 01.01.2016

WIRD SIND DA! BÜRGERPLATTFORM BERLIN-WEDDING/MOABIT (2015a): Ausländerbehörde. Für eine gelebte Willkommenskultur.

<http://www.wirsindda.com/index.php/woran-arbeiten-wir/auslaenderbehoerde>, letzter Zugriff: 22.11.2015

WIRD SIND DA! BÜRGERPLATTFORM BERLIN-WEDDING/MOABIT (2015b): Mitgliedsgruppen.

<http://www.wirsindda.com/index.php/ueber-uns/mitgliedsgruppen>, letzter Zugriff: 13.11.2015

WIRD SIND DA! BÜRGERPLATTFORM BERLIN-WEDDING/MOABIT (2015c): Vision.

<http://www.wirsindda.com/index.php/ueber-uns/vision>, letzter Zugriff: 06.11.2015

Danksagung

An dieser Stelle möchten wir all jenen danken, die uns im Rahmen dieser Masterarbeit begleitet haben.

Frau Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker danken wir herzlich für die ausgezeichnete fachliche und persönliche Begleitung der Arbeit.

Wir bedanken uns auch bei Herrn Prof. Dr. Norbert Frieters-Reermann als Zweitgutachter der Masterthesis.

Ein großer Dank gilt unseren Kommilitonen Leif Möller, Rebecca Ebel und Elena Schoop, durch deren Anregungen unsere Arbeit kontinuierlich weiterentwickelt wurde.

Besonderer Dank gilt unseren fachlichen, als auch freundschaftlichen Begleiterinnen Marie Kehl, Jennifer Kollhammer und Jennifer Tißen.

Ferner bedanken wir uns recht herzlich bei Aiko Bünting für seine bedingungslose und tatkräftige Unterstützung.

Außerordentlicher Dank für die bedingungslose Unterstützung gilt unseren Familien Christine und Gunter Häfner mit Inga Hofs, Wiebke Hoffmann und Kerstin Worbs und Susanne und Heinz Ebbertz mit Morice Ebbertz.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichern wir, dass wir die vorliegende Arbeit zu dem Thema „Community Gardening trifft Community Organizing – Chancen einer konzeptionellen Weiterentwicklung“ selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt haben. Die Stellen der Arbeit, die anderen Quellen im Wortlaut oder Sinn nach entnommen wurden, sind durch Angabe der Herkunft kenntlich gemacht.

Aachen, den 01.04.2016

Aachen, den 01.04.2016

Ort, Datum, Unterschrift

Ort, Datum, Unterschrift

